

IMIS-BEITRÄGE

Heft 11/1999

Herausgegeben vom Vorstand
des Instituts für Migrationsforschung
und Interkulturelle Studien (IMIS)
der Universität Osnabrück

Institut für Migrationsforschung
und Interkulturelle Studien (IMIS)
Universität Osnabrück
D – 49069 Osnabrück
Tel.: (+49) 0541/969-4384
Fax: (+49) 0541/969-4380
e-mail: imis@rz.uni-osnabrueck.de
internet: <http://www.imis.uni-osnabrueck.de>

Januar 1999
Redaktion: Dr. Peter Marschalck
Texterstellung: Sigrid Pusch, Jutta Tiemeyer
Umschlag: Birgit Götting
Layout: Universitätsverlag Rasch, Osnabrück
Druck: Rasch Druckerei und Verlag GmbH, Bramsche

ISSN 0949-4723

Inhalt

Vorwort.....	5
<i>Philip L. Martin</i>	
Revolution or Evolution? The Long-run Effects of 1996 U.S. Immigration and Welfare Reforms	7
<i>Dietrich Thränhardt</i>	
Abschottung und Globalisierung. Die japanische Nichteinwanderungspolitik und ihre sozialen und politischen Kosten	17
<i>Kiyoko Sakamoto</i>	
Japanische Ausländerpolitik seit 1945. Entwicklungen und Konzepte	39
<i>Heiko Körner</i>	
›Brain-Drain‹ aus Entwicklungsländern	55
<i>Utz Maas und Ulrich Mehlem</i>	
Sprache und Migration in Marokko und in der marokkanischen Diaspora in Deutschland	65
Die Autoren.....	107

Vorwort

Heft 11 der IMIS-Beiträge vereint eine historiographische und zwei politikwissenschaftliche Studien zu Einwanderungs- und Eingliederungspolitik in den Vereinigten Staaten und Japan, eine wirtschaftswissenschaftliche Analyse zum ›Brain-Drain‹ aus Entwicklungsländern und eine sprachwissenschaftliche Untersuchung zu der bislang in der Migrations- und Integrationsforschung erst wenig erschlossenen sprachlich-kulturellen Dramatik der Eingliederungssituation am Beispiel der marokkanischen Diaspora in Deutschland.

Philip L. Martin fragt nach den langfristigen Folgen der Reform des US-amerikanischen Sozialsystems und der Regelungen zur Steuerung der Einwanderung von 1996. Einen Schwerpunkt bildeten dabei zum einen die eingeschränkten Zugangsmöglichkeiten zu Sozialleistungen, die nicht nur Einwanderer, sondern auch US-Bürger betrafen. Zum andern ging es um die Bekämpfung von illegaler Einwanderung. Den relativ schwachen Widerstand gegen diese Restriktionen führt der Autor vor allem auf den Wirtschaftsaufschwung in den USA in der zweiten Hälfte der 1990er Jahre zurück, der einen starken Rückgang der Erwerbslosigkeit und damit auch eine geringere Nachfrage nach Sozialleistungen zur Folge hatte.

Ein politik- sowie ein geschichtswissenschaftlicher Beitrag beschäftigen sich mit Einwanderungs- und Eingliederungspolitik in Japan: **Dietrich Thränhardt** untersucht den japanischen Sonderweg in der Migrationspolitik, dessen Axiomatik in der ›Nichteinwanderungspolitik‹ zentriert. Die Zuwanderungsprogramme der 1990er Jahre sowie politische und öffentliche Reaktionen auf Zuwanderung werden analysiert vor dem Hintergrund der Spannung zwischen traditioneller Abschottung und der damit verbundenen, vor allem unter den Bedingungen ökonomischer Globalisierung deutlich werdenden sozialen und politischen Kosten. In Japan sind Zuwanderer heute das, was sie in vielen westeuropäischen Industrieländern lange waren: Puffer zur Dämpfung sozialer Kosten im Wechsel von Krise und Aufschwung.

Kiyoko Sakamoto überblickt die Geschichte der Konzepte japanischer Ausländerpolitik, die bis heute weitgehend nicht nur durch die Abschließung nach außen, sondern auch im Innern geprägt ist – das gilt zum einen gegenüber den in der Zeit der japanischen Kolonialherrschaft bis 1945 nach Japan gebrachten Koreanern, denen auch heute noch die japanische Staatsangehörigkeit verweigert wird. Es gilt zum andern aber auch gegenüber den seit den 1970er Jahren ins Land geholten Ausländern. Mit dem wirtschaftlichen Aufschwung wurden sie zwar als Arbeitskräfte in der Industrie akzeptiert, seien sie nun als ›Studenten‹, ›Praktikanten‹ oder als Rückwanderer japanischer Herkunft ins Land gekommen. Die Vorstellungen von der

Homogenität der japanischen Bevölkerung aber sind durch diese Zuwanderung nicht aufgebrochen worden. Eine soziale, wirtschaftliche und staatsbürgerliche Integration der Zuwanderer ist nach wie vor nicht vorgesehen.

Heiko Körner beschäftigt sich mit der ökonomischen, aber auch politischen Diskussion der Elitenwanderung aus den Entwicklungsländern in die Industrieländer, die unter dem Stichwort ›Brain-Drain‹ ein Streitfeld in der internationalen Entwicklungs- wie Migrationsdiskussion geworden ist. Versuche, die wirtschaftlichen Folgen dieser Abwanderung für die Ausgangsräume zu bestimmen, erweisen sich indes als schwierig angesichts der Komplexität der Rückwirkungen des ›Brain-Drain‹. Immerhin erscheint es plausibel, daß die Industrieländer Humankapital gewinnen, während die Entwicklungsländer in dieser Hinsicht auf die Verliererseite geraten. Vorschläge zum Ausgleich solcher Disparitäten – etwa in Gestalt von Sondersteuern für Zuwanderer in den Industrieländern zugunsten der Abwanderungsländer – sind wenig praktikabel und würden hohe zusätzliche Kosten verursachen. Konsequenter wäre eine nachhaltige Entwicklungspolitik, die die Attraktivität der Ausgangsräume für Hochqualifizierte steigern würde.

Utz Maas und **Ulrich Mehlem** analysieren die Integration von Migranten unter sprachlich-kulturellen Aspekten. Deutlich wird, daß nicht nur die Distanz zwischen Sprache der Heimat und der Diaspora, sondern auch sprachliche Differenzen innerhalb der Herkunftsregion einen Indikator für den Grad der Fremdheit der Migranten darstellen. Marokkanische Zuwanderer sprechen Arabisch und/oder Berberisch, aber sie kommen auch aus einer Gesellschaft, in der Mehrsprachigkeit eine verbreitete Lebensform ist. Der Beitrag zeigt, daß sprachwissenschaftliche Fragestellungen in der Migrationsforschung ernstgenommen werden müssen, um zu vermeiden, daß z.B. die kulturellen und sprachlichen Formen im Zuwanderungsland als aus dem Herkunftsland mitgebracht betrachtet werden oder aber sie nur als eine unzureichende Replik auf die entsprechenden Formen im Zuwanderungsland erscheinen. Vielmehr ist zu untersuchen, wie die mitgebrachten sprachlichen Ressourcen bei den Einwanderern genutzt werden, aber auch welche Blockierungen gegenüber dem Ausbau dieser Ressourcen bestehen. Der Beitrag belegt dies exemplarisch für die Gruppe der marokkanischen Einwanderer in Deutschland, indem er die sprachlichen Verhältnisse Marokkos einschließlich der historisch sedimentierten sprachlich-kulturellen Überschichtungen als analytische Folie benutzt, mit der die sprachlichen Leistungen marokkanischer Schulkinder in Deutschland interpretierbar werden.

Der Vorstand: Klaus J. Bade
Leonie Herwartz-Emden
Hans-Joachim Wenzel

Philip L. Martin

Revolution or Evolution?

The Long-run Effects of 1996 U.S. Immigration and Welfare Reforms

Immigration Trade-Offs

In U.S. debates, immigration is increasingly treated as either good or bad. One aspect of immigration is examined, and the evidence is marshaled to support the view that, under current conditions, immigration promotes or harms goals such as prosperity, or decent working conditions, or the vitality of urban life.¹

In reality, few public policy choices are contests between good and bad. They are instead arguments about which of two goods deserves higher priority. For example, adjusting interest rates upward can lead to lower inflation, a desirable good, but away from fuller employment, a competing good. Similarly, reducing trade barriers can stimulate exports, helping some employers and workers, but increase imports, leading to the closure of other businesses and the loss of jobs. De-criminalizing the sale or usage of drugs would lower prices and perhaps profits to drug traders, but would lead away from the competing goal of using law to stigmatize and deter harmful behavior. There are no easy answers to trade-offs between such desirable outcomes, which is one reason why they are often the focus of intense debate.²

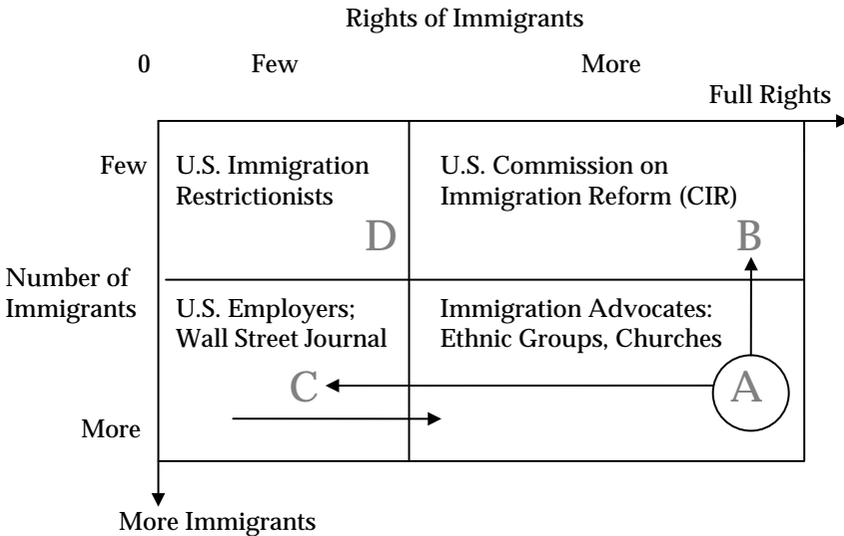
In the U.S. in the 1990s, a trade-off between numbers and rights developed that many immigration advocates found hard to accept. The fundamental issue was simple: how many needy immigrants could the U.S. accept, and still provide immigrants and their children with reasonable chances of climb-

1 An example of an assessment built on the negatives associated with immigration, see Peter Brimelow, *Alien Nation: Common Sense About America's Immigration Disaster*, New York 1995; for assessments built on the positives, see Joel Millman, *The Other Americans: How Immigrants Renew Our Country, Our Economy, and Our Values*, York 1997; Sanford J. Ungar, *Fresh Blood: The New American Immigrants*, New York 1995.

2 For more on the trade-off approach to immigration and immigrant policy, see Philip L. Martin/Elizabeth Midgley, *Uncertain Outcome: Immigration to the United States*, Washington, D.C. 1998.

ing the U.S. job ladder, while preserving full access to welfare and similar safety net programs, including special programs for immigrant children in schools. The competing goods in this trade-off are the desire of the U.S. to accept large numbers of immigrants, and the desire to assure equal rights and full access to all residents.

Figure 1: U.S. Immigration Policy in the 1990s



The U.S. in the mid-1990s was at **A**; high and rising levels of immigration, and full rights for legal immigrants; **A** was not stable.

U.S. CIR recommended in 1995 moving toward **B**; reduce immigration, preserve full rights to welfare, etc.

U.S. in 1996 moved toward **C**; high numbers, fewer rights. **C** is not stable; in 1997-98, about half welfare cuts were restored.

The bipartisan U.S. Commission on Immigration Reform (CIR), chaired by civil rights icon Barbara Jordan, weighed this trade-off and concluded that the U.S. would have to reduce the number of legal and illegal immigrants in order to preserve full rights to safety net and immigrant integration programs.³ In Figure 1, the U.S. in the CIR's view was at **A**, accepting large

3 Commission on Immigration Reform, U.S. Immigration Policy: Restoring Credibility, Washington (September) 1994; idem, Legal Immigration: Setting Priorities, Washington (July) 1995; idem; Becoming an American: Immigration & Immigrant Policy, Washington (September) 1997.

numbers of needy immigrants and giving them full access to the U.S. labor market and the social safety net. However, **A** was not stable in an era of federal and state budget deficits, stories of immigrant abuse of welfare programs, and voter approval of Proposition 187 in California.

The question was simple: Which direction should immigration policy move? The CIR recommended a move from **A** to **B**, to take additional steps to reduce illegal immigration, and to reduce the number of legal immigrants by reducing the slots available to adult brothers and sisters of U.S. citizens, but to maintain full access of legal immigrants to the social safety net, under the theory that legal immigrants who are welcomed to the U.S., and pay taxes on the same basis as U.S. citizens, should enjoy the same rights as citizens to programs that provide assistance to poor residents.

Many immigrant advocates opposed reducing the number of immigrants. They questioned whether immigrants were taking undue advantage of welfare programs, and argued that efforts to reduce the number of immigrants were at best misguided and at worst racist.⁴ Early in 1996, immigrant advocates convinced Congress to separate consideration of legal and illegal immigration. The legal immigration system thus remained unchanged, but the provisions of laws aimed at curbing illegal immigration became tougher, and opened the door to reducing the access of legal immigrants to welfare.

The result of the 1996 legislation was a movement toward **C**, the preferred position of many employers. In the words of the major proponent of open borders, the Wall Street Journal (the largest circulation U.S. business paper), the U.S. should approve a five-word amendment to the U.S. constitution: »there shall be open borders.«⁵ The Wall Street Journal and many business leaders also oppose minimum wages, a generous social safety net, and special immigrant integration services. For example, when California voters on June 2, 1998 ended bilingual education on a 61 to 39 vote, the Wall Street Journal editorialized that democracy triumphed: »open immigration [...] is sustainable only if [...] most Latino immigrants understand that becoming American means being able to speak English.«⁶

Thus, a strange coalition of ethnic and religious groups combined with business groups to prevent a movement from **A** to **B**, as recommended by the CIR, which represented the broad middle along the immigration policy spectrum. Instead, Congress in 1996 moved from **A** to **C** - legal immigration remained at 900,000 per year, plus about 300,000 unauthorized immigrants who continue to arrive to settle each year, but both legal and illegal immi-

4 National Immigration Forum, *Immigration Legislation 1996: Information and Analysis*, Washington 1996.

5 An editorial on July 3, 1986 first made this proposal, which was repeated in an editorial on July 3, 1990.

6 American Hispanics, *Wall Street Journal*, June 4, 1998.

grants found their access to safety net programs curtailed. C turned out to be too drastic a removal of social safety net protections, so the federal government and many states in 1997–1998 restored the eligibility of some legal immigrants to means-tested programs.

Will U.S. immigration and integration policies continue to swing from one end of the pendulum to the other? There are many indications that the extremes have begun to play a more important role than the broad middle, making immigration policy more similar to abortion, gun control, or farm worker issues. The U.S. foreign-born population numbered 26 million in 1997, making about 10% of U.S. population (one third of these foreign born residents had become U.S. citizens by March 1997).

Almost two-thirds of the foreign-born arrived since 1980. About seven million, 27% of the foreign-born, were born in Mexico, followed by 1.1 million, 4% each, born in Philippines and China/Hong Kong; 900,000 born in Cuba; 775,000 born in Vietnam; 750,000 born in India; and about 600,000 each born in Dominican Republic, El Salvador, U.K. and South Korea.⁷

The 1996 Legislation

The Anti-Terrorism and Effective Death Penalty Act, the Personal Responsibility and Work Opportunity Reconciliation Act, and the Illegal Immigration Reform and Immigrant Responsibility Act (IIRIRA) were notable for several reasons.⁸ First, all three laws responded to perceived abuses of U.S. society by immigrants. Second, all were criticized by President Clinton and most immigration experts as going too far, but all were signed into law by Clinton, who then promised to work for measures that would soften their impact. Third, all contained provisions aimed at immigrants, but only the IIRIRA was considered by Congressional immigration subcommittees; the other two laws were shepherded through Congress by non-immigration subcommittees.

Anti-Terrorism

The Anti-Terrorism and Effective Death Penalty Act was a response to the Oklahoma City bombing of April 1995; it was signed into law to mark the first year anniversary of the destruction of a federal building filled with employees. Most of the law's immigration provisions are aimed at speeding up the processing of immigrants for deportation as they leave the U.S. criminal justice system. Concerns about terrorism due to immigrants, especially the role of rejected asylum seekers in the 1994 World Trade Center bombing and

7 U.S. Bureau of the Census, Current Population Survey. The Foreign-Born Population in the United States: March 1997, Washington 1998.

8 For background see Migration News: <http://migration.ucdavis.edu>

shootings at the CIA, led to expedited removal provisions that permit foreigners who arrive in the U.S. with no documents or false documents and who cannot express a credible fear of persecution at home to be turned away at a port of entry and barred from the U.S. for five years.

The major effect of the provisions of the anti-terrorism law has been to reduce the discretion of the Immigration and Naturalization Service (INS) when dealing with foreigners who have been convicted of aggravated felonies in the U.S., generally offenses that led to a sentence of one year or more. This provision has been controversial because a non-U.S. citizen convicted of e.g. a drug offense as a teen, who then marries and returns to the U.S. from a visit home as a 40-year old must be detained and deported.

Newspaper reports of sympathetic cases suggest that there this provision may have to be softened. In one celebrated case, Jesus Collado, a Dominican immigrant, was convicted of statutory rape and given probation in 1974 for, at 19, having sex with his 15-year-old girlfriend, a crime of moral turpitude. Collado was detained by the INS on his return from the Dominican Republic on April 7, 1997, and held in jail for almost six months as he fought deportation. A documentary film about Collado was aired in October 1997, and he was released because of political pressure in October while Congress ponders changes to the law.

The INS continues to deport foreigners at a record pace: Some 113,325 foreigners were deported in financial year 1997 (FY97), and INS expects to deport 127,300 in FY98. About half were convicted of crimes in the U.S.; the INS aims to deport 1,000 criminal aliens per week. About 75% of those deported are Mexicans, and most Mexicans are removed from the U.S. by bus.⁹

The anti-terrorism law also changed the asylum system, making it more difficult for foreigners to be excluded at ports of entry if they arrive with no or false documents. Foreigners arriving in such circumstances who request asylum can nonetheless be excluded if they cannot make a credible claim that they face persecution at home.

On April 1, 1997, the expedited removal provisions of the IIRIRA went into effect. During the first seven months of the expedited removal process, April–November 1997, 1,400 of the 29,200 foreigners attempting to enter the U.S. with no or false documents requested asylum and were referred for credible fear interviews. Of those 79% were permitted to remain in the U.S. and file asylum applications. Of the 200 foreigners whom secondary INS inspectors found had no credible fear, independent asylum officers agreed that 83% should be returned to their country of origin immediately.

9 Immigration and Naturalization Service, 1998. Statistical Yearbook of the INS, Washington 1998.

The number of asylum applications filed by persons in the U.S. peaked at 127,000 in 1993 and was 46,000 in 1997. An average of 11,000 foreigners a year are granted asylum in the U.S.

Welfare Reform

The 1996 welfare law was based on the desire to find savings to balance the federal budget and to end perceived immigrant abuses of the U.S. welfare system; it radically changed the U.S. welfare system, and the way that newly arrived legal immigrants are received in the United States. Welfare reform ended the right of poor U.S. residents to cash payments: instead, there is a ›lifetime‹ limit of five years of federally-assisted welfare relief, and a two-year limit of cash assistance without working. The 50 states, which design and administer their own welfare system under federal guidelines, have incentives to put welfare recipients into jobs as quickly as possible.

The new welfare law was expected to save \$54 billion over six years, and about half of the savings were due to denying legal immigrants access to most welfare programs. Until August 22, 1996, immigrants were accorded almost the same access to most means-tested benefits by the federal government as U.S. citizens. The new welfare law changed this equal access principle: It made legal immigrants who entered the U.S. after August 22, 1996 ineligible for federal means-tested welfare services unless they are refugees, or veterans of the U.S. Armed Services, or non U.S. citizens who have worked at least 10 years in the U.S.

To make sure that future immigrants will not need public assistance, the law now requires U.S. residents who sponsor immigrants for admission to have higher incomes than were previously required, and to sign legally binding pledges to support the immigrants they sponsor. U.S. residents who want to sponsor family members for admission as immigrants must now have incomes of 125% of the poverty line, which in 1997 is \$19,461 for a family of four. In 1994, about one-third of the family members who immigrated would have been denied admission under this income-for-sponsor requirement.

About 1.5 million legal immigrants were receiving federal welfare benefits at the time the new welfare law was passed, and most were not immediately removed from the welfare rolls. For example, most legal immigrants receiving food assistance, Food Stamps, kept them until September 1, 1997, when about 900,000 immigrants were removed from the rolls. The major immediate effect of the 1996 welfare law was to prevent newly arrived immigrants from applying for benefits.

There are at least four reasons why there has been relatively little outcry over disproportionate impacts on immigrants:

1. The booming U.S. economy – the unemployment rate fell to 4.3% in April 1998, the lowest rate since 1970. The unemployment rate for Hispanics was 6.5%, the lowest rate since data began being collected in 1973, and the 8.9% rate for Blacks was the second lowest since 1973.
2. The number of welfare recipients fell from a peak 14 million in March 1994 to 9 million in April 1998, reflecting new rules that restricted U.S. citizens to a maximum two years of benefits without working, and a maximum five years per lifetime.
3. Many legal immigrants became naturalized U.S. citizens. The INS received 1.6 million naturalization applications in FY97, the most in any one year, and about twice the level of immigrant admissions.
4. Welfare benefits were restored to some legal immigrants – poor children, the elderly – by the federal government in 1997–1998, and many states created state welfare programs to provide benefits to some of the most deserving immigrants who lost federal benefits.

Illegal Immigration

Congress in 1996 was frustrated with continued illegal immigration. Employer sanctions were not discouraging illegal immigrants from entering the U.S. because they found that, once inside the U.S., it was easy to purchase false documents and obtain jobs.¹⁰

The CIR set the stage for the 1996 IIRIRA with its 1994 recommendation that the best way to effectively curb illegal immigration would be to require employers to verify the right to work of all newly hired employees by checking their right to work with a computerized national registry of authorized workers.¹¹ Congress did not adopt this suggestion, which was attacked by employers who resisted becoming ›deputy INS agents‹, as did not civil libertarians who opposed ›Big Brother‹ government, and immigration advocates who feared increased discrimination against minority workers.

Instead of a national registry, IIRIRA introduced several voluntary pilot verification programs that enable employers to verify the status of newly-hired workers: the basic pilot, the citizen-attestation pilot, and the machine-readable document pilot programs. The basic pilot uses automated systems to verify the Social Security and alien registration numbers of newly hired workers in California, Texas, New York, Florida, and Illinois; the Social Secu-

10 Michael Fix (ed.), *The Paper Curtain: Employer Sanctions. Implementation, Impact, and Reform*, Washington 1991; Frank D. Bean/Barry Edmonston/Jeffrey S. Passel (eds.), *Undocumented Migration to the United States: IRCA and the Experience of the 1980s*, Washington 1990.

11 The CIR recommended: »A computer registry to verify that a Social Security number is valid and has been issued to someone authorized to work in the U.S.«

rity system could accommodate inquiries from a maximum 2,000 employers in 1997 (the U.S. has about 7 million employers). The citizen-attestation pilot is available to up to 1,000 employers in states that put photographs on the driver's licenses and identification cards they issue. The machine-readable pilot is limited to Iowa, because it has machine-readable Social Security numbers on driver licenses and identification cards.

Instead of an effective national system to verify the right of newly hired workers to find U.S. jobs, IIRIRA led to the development of a national system to verify the eligibility of all immigrants to welfare benefits. The states must have verification systems in place by the end of 1999, but many states have already begun to implement verification and anti-fraud provisions in a manner that discourages immigrants from applying for benefits. One provision that was dropped from IIRIRA at the last minute would have permitted the deportation of legal immigrants from the U.S. if they received means-tested federal welfare assistance for more than 12 months during their first seven years in the U.S.

For example, agents of California's Public Charge Lookout System, put in place after 50 Philippine Airlines flight attendants were found to have used their multiple-entry visas to give birth in the United States, and to pay for their deliveries with the health care program for the poor, Medi-Cal, were stationed along the U.S.-Mexico border and at major airports to look for foreigners with Medi-Cal cards or a history of illegally receiving public benefits. If the INS found such persons, some had their green cards confiscated, and others were advised to repay the benefits they received if they wanted to sponsor relatives for admission to the U.S. Several million dollars were repaid before, in 1998, the state stopped demanding repayments, and offered refunds to those who had made repayments.

California's Proposition 187 would have established a state-operated system to verify the legal status of those seeking welfare benefits as well as children enrolling in K-12 schools (Kindergarten-12 grade/secondary schools). The House approved a provision, 254 to 175, that would have implemented Proposition 187 by allowing states to prevent the estimated 700,000 illegal alien children in U.S. K-12 schools from attending. President Clinton threatened to veto IIRIRA if this provision was included, and it was dropped from the final law.

IIRIRA also calls for an additional 1,000 Border Patrol agents per year, until the Border Patrol doubles in size, from 5,200 in 1996 to 10,000 by 2000. Along the U.S.-Mexican border south of San Diego, the INS is ordered to build three layers of fences to prevent illegal entries, an example of Congressional micro management of border control strategies. IIRIRA also increased penalties for smuggling aliens into the U.S. and for using false documents to obtain U.S. jobs or welfare assistance.

IIRIRA establishes a far more effective screen at the welfare office than in the work place, demonstrating the convincing victory of those who want high levels of immigration, but a limited social safety net. The net effect of the 1996 reforms is to send the message: If you can get into the U.S., legally or illegally, you can go to work, and your children can go to school, but you cannot obtain welfare assistance.

Policy Implications

There are three broad lessons of the 1996 U.S. immigration reforms. First, it is very important to bolster the middle ground in the immigration debate, and not permit immigration and integration policy to be made by those at the ›no borders‹ and ›no immigrants‹ extremes. Especially immigration advocates were guilty of rejecting the middle-of-the-road recommendations of the CIR in the mid-1990s. Ethnic groups, immigration lawyers and church groups formed an unusual alliance with business groups and libertarians to move U.S. policy from A to C rather than A to B. They then had to work to try to restore some of the holes in the social safety net in 1997–1998, aided immeasurably by the strong national economy.

Second, the U.S. and other industrial democracies should avoid as much as possible ›zig-zag‹ immigration policies. Immigration and integration are analogous to giant oil tankers; they can be nudged slightly in a different direction, but cannot change course quickly. Unlike trade policy, which is made as liberal or open as possible, because experience demonstrates that protectionist sentiments will clog trade channels over time, it should be recognized that, in a world of inequality and in the face of communications, transportation, and rights revolutions that make migrants aware of foreign opportunities, cheaper to get abroad, and easier to stay abroad, immigration channels widen over time. However, the prudent strategy is to not open channels so wide, as the U.S. did in 1986 and 1990, and then try to shut them with new legislation, as in 1996.

Third, immigration may be an area in which researchers are as apt to mislead as to lead. For too long in the early 1990s, researchers argued that the economic benefits of immigrants were greater than their costs, even as California, home to 40% of U.S. immigrants, was experiencing its worst recession in 50 years, and U.S. citizens were leaving the state in large numbers.¹² The research began to turn pessimistic, especially after Proposition 187 was approved in 1994, and has remained largely pessimistic since then.

12 For a review of the 1980s and 1990s U.S. economic research, see J. Edward Taylor/Philip L. Martin, *The Immigrant Subsidy in California Agriculture: Farm Employment, Poverty, and Welfare*, in: *Population and Development Review*, 23, 1997, no. 4, pp. 855–874.

The U.S. and California are in the midst of an unprecedented economic boom. In 1998, California is creating an average 1,000 net new jobs each day, and the U.S. 10,000 new jobs each day. Immigration seems to have become less of a public priority, which may reflect the fact that the benefits of immigration have increased and the costs have diminished. Once again, researchers may be lagging public opinion.

The year 1996 was a watershed year for immigration legislation, as Congress approved three major immigration laws that aimed to: 1. speed the deportation of criminal immigrants, 2. reduce the access of legal and illegal immigrants to federal welfare benefits, 3. further reduce illegal immigration.

These laws are still being implemented, but they illustrate a pattern that may be emerging in U.S. immigration policy making. For many years, U.S. immigration policy was made largely in a consensus or nonpartisan way, and debate was kept near the middle between ›no immigrants‹ and ›no borders‹ extremes. As restrictionists and admissionists have come to dominate the U.S. immigration debate, each side pushes for laws that reflect its point of view. The result is laws that are closer to one extreme, followed by revisions that soften some of the most extreme features.

Immigration can bring out the best and worst in industrial societies, from generosity to refugees seeking persecution to control systems that infringe personal liberties to separate them and us. To avoid the U.S. ›zig-zag‹ model of immigration policy making, institutions and individuals must strengthen the broad middle ground, where durable solutions to complex and controversial immigration and integration issues lie.

Dietrich Thränhardt

Abschottung und Globalisierung

Die japanische Nichteinwanderungspolitik und ihre sozialen und politischen Kosten

Japans Nichteinwanderungspolitik als Ausnahme

»Yet Japan remains an anomaly. It is the only industrial democracy that has not relied heavily on foreign labor to fuel economic growth in the postwar period, if we discount the resident Korean and Chinese populations.«¹

Obwohl es eines der reichsten Länder der Welt ist, läßt Japan bis heute keine Einwanderung in großem Stil zu. Inzwischen gibt es auch in weniger entwickelten Ländern wie Südkorea, Taiwan, Hongkong, Singapur und Malaysia mehr ausländische Arbeitskräfte als in Japan.² Im japanischen Bericht an die OECD für 1995 wird diese Politik formuliert. In diplomatischer Sprache heißt es dort:

»The official policy of the Japanese government is to allow entry to foreigners with technological expertise, skills or knowledge or who engage in businesses which require a knowledge of foreign cultures not possessed by Japanese. On the other hand, the entry of unskilled workers is not encouraged, because of the potential impact on industry, labour, education, welfare and public security as well as because of the absence of a national consensus on the issue.«³

Im Zentrum dieses Bezugs auf den japanischen Pluralismus steht ein langandauernder und fortbestehender Konflikt zwischen dem Arbeits- und Sozialministerium und dem Justizministerium. Als ich einen verantwortli-

1 James F. Hollifield, *Immigrants, Markets, and States. The Political Economy of Post-war Europe*, Cambridge, Mass. 1992, S. 15.

2 Vgl. Organisation for Economic Co-operation and Development (OECD), *Migration and Regional Economics Integration in Asia*, Paris 1998.

3 *Trends in International Migration. Annual Report 1994. Continuous Reporting System on Migration*, Paris 1995, S. 99 (OECD SOPEMI Report 1995). Die offiziellen Argumente in voller Länge in: Study Group. *Immigration Bureau, Ministry of Justice, Employment of Foreign Nationals, Questions and Answers*, Tokio 1990; s. auch *Trends in International Migration. Annual Report 1996. Continuous Reporting System on Migration*, Paris 1997, S. 122 (OECD SOPEMI Report 1997).

chen Beamten im Arbeits- und Sozialministerium 1991 interviewte, sprach er ganz offen von der Notwendigkeit der Anwerbung ungelernter Arbeitskräfte für die japanische Wirtschaft und wies auf die entgegengesetzte Ansicht des Justizministeriums in dieser Angelegenheit hin. Dieser Gegensatz hat sich seitdem nicht verändert, und das Justizministerium überwacht alle Maßnahmen. Während Japan bis 1993 überhaupt nicht in der Arbeitsgruppe der OECD für Einwanderung vertreten war – es betrachtete sich nicht als Einwanderungsland –, schickt es seit 1994 im Gegensatz zu allen anderen Ländern zwei Vertreter: einen aus dem Arbeits- und Sozialministerium und einen zweiten aus dem Justizministerium.⁴ Außerdem ist bekannt, daß auch das Außenministerium und die Wirtschaftsbehörden sich für die Zulassung ausländischer Arbeitskräfte aussprechen.⁵

Solche unterschiedlichen Meinungen zwischen Ministerien sind auch in anderen Ländern nicht ungewöhnlich. So geht z.B. in Deutschland das Innenministerium hauptsächlich von Gesichtspunkten der Inneren Sicherheit aus, das Arbeits- und Sozialministerium von Problemen der Beschäftigung, der Renten und der Arbeitsbeziehungen, das Wirtschaftsministerium von Gesichtspunkten des Wettbewerbs und des Wachstums und das Außenministerium von den Auswirkungen der Einwanderungsprobleme auf die Beziehungen zu den Entsendestaaten. In einem gewissen Ausmaß werden in westlichen Demokratien solche Meinungsunterschiede aber auch von den Ministern und ihrem politischen Hintergrund bestimmt. Wenn wir wiederum Deutschland betrachten, so stellen wir fest, daß die Innenminister in den 1970er Jahren Liberale waren, die versuchten, die Rechte der Einwanderer zu erweitern, während von 1982 bis 1989 der Minister von der CSU kam und für eine sehr rigide Ausländerpolitik stand. In Japan finden wir im Gegensatz dazu Kontinuität in der Ansicht der Ministerien, was darauf hinweist, daß eine bürokratische Entscheidungsfindung vorherrscht⁶, die wiederum auf einem konservativen Konsens über die Aufrechterhaltung kultureller und ›rassischer‹ Homogenität beruht.⁷

Wie in anderen Ländern sind die Wirtschaftsinteressen sehr vielfältig. Die Bauindustrie leidet unter großem Arbeitskräftemangel, obwohl sie massiv in neue Technologien investiert. Nicht nur in den Großstädten, sondern

4 OECD SOPEMI Report 1995, S. 243; OECD SOPEMI Report 1997, S. 271.

5 Vgl. Takamichi Kajita, Characteristics of the Foreign Worker Problem in Japan, unveröffentl. Diskussionspapier 1994, S. 34.

6 Vgl. T. John Pempel, The Bureaucratization of Policymaking in Postwar Japan, in: American Journal of Political Science, 18. 1974, H. 4, S. 647–664.

7 Keiko Yamanaka, Unskilled Foreign Workers and the New Immigration Policies of Japan (Paper 44th Annual Meeting of the Association for Asian Studies), überarb. Neuauf. Washington, D.C. 1992, S. 7.

überall im Land kann man auf den ersten Blick südasiatische Arbeiter auf den Baustellen entdecken.⁸

Die Unterhaltungsbranche, die in der ersten Hälfte des Jahrhunderts noch Töchter armer japanischer Bauern ihren Eltern abkaufte, ist eine andere spezielle Interessengruppe. Alle erreichbaren Statistiken zeigen, daß der Baubereich für die Männer und das ›Entertainment‹ für die Frauen die beiden wichtigsten Beschäftigungsfelder legaler und illegaler Einwanderer sind.

Die einflußreichsten Verbände der japanischen Industrie setzen sich jedoch nicht für die Anwerbung ausländischer Arbeitskräfte ein. Die dominanten Großunternehmen können sich hohe Löhne für ihre Stammarbeiter leisten. Zudem profitieren sie von einer vergleichsweise geringen Steuerlast, die auf einem ›schlanken‹ Sozialstaat und einer Kultur sozialer Verpflichtung beruht und wenig Anreize für Sozialeleistungen entstehen läßt⁹, und von den Niedriglöhnen ihrer kleinen Tochterfirmen.

Zusätzlich haben die Großunternehmen andere Quellen für Billigarbeit gefunden. Zuerst verlegten sie Produktionsstätten aus den Zentren an die Peripherie des japanischen Inselreichs. Der nächste Schritt waren Investitionen in Südostasien, wo inzwischen einige arbeitsintensive Produktionszweige konzentriert sind, und zwar in enger Verbindung zu japanischen Großunternehmen. Einen Hinweis darauf gibt der hohe Prozentsatz der Importe nach Japan in bestimmten arbeitsintensiven Bereichen: 85% für Armbanduhren und 55% für Fernsehgeräte.¹⁰

Nach der Wirtschaftsschwäche, die der starken Aufwertung des Yens 1993–1995 folgte, ist eine Öffnung für die Einwanderung noch unwahrscheinlicher als vorher. Die Tradition der Beschäftigung auf Lebenszeit für Stammarbeiter in den Großunternehmen verliert an Bedeutung. Die Arbeitslosigkeit steigt, obwohl sie immer noch niedriger als in allen anderen OECD-Ländern außer Luxemburg ist. Jedoch ist wichtig festzustellen, daß Japan die hohen Einwanderungsbewegungen vermieden hat, die Westeuropa und Nordamerika in der Zeit des Hochwachstums zugelassen haben. Wie auch immer die künftigen Entwicklungen verlaufen werden, die Einwanderung wird jedenfalls wesentlich niedriger bleiben als in den übrigen OECD-Ländern. Bürokratische Starrköpfigkeit und Isolationismus haben eine einfache Lösung der Arbeitsmarktprobleme verhindert. Zusätzlich kann Japans Stellung als Spätentwickler bei der Industrialisierung im Vergleich zu Großbri-

8 Vgl. Hiroshi Komai, *Migrant Workers in Japan*, London/New York 1995, S. 100–108.

9 Anna Maria Thränhardt, Sozialstaat als Sparmodell: Staatsentlastung durch Delegation, in: Gesine Foljanty/Anna Maria Thränhardt (Hg.), *Der schlanke japanische Staat – Vorbild oder Schreckbild?*, Opladen 1995, S. 69–87.

10 Haushaltsjahr 1993/94, in: *The Nikkei Weekly*, 19.12.1994, S. 1.

tannien, Frankreich, Deutschland oder den Vereinigten Staaten eine gewisse Erklärung bieten.¹¹

Einwanderung im großen Stil kann niemals ohne wichtige interne wirtschaftliche Interessen stattfinden. Das Interesse mag sich auf die Stärkung des Wettbewerbs des Landes insgesamt beziehen, wie bei der Anwerbung der Hugenotten im 17. Jahrhundert oder der Wanderungsbewegung von Bauern aus Mitteleuropa ins östliche Europa zwischen dem 13. und 19. Jahrhundert. Es mag am Bedarf der Industrie orientiert sein, wie im westlichen Europa zwischen 1960 und 1974, als die Ausweitung der Produktion direkt von der Anwerbung einer fast unbegrenzten Anzahl neuer Arbeitskräfte abhing, die direkt an die Fließbänder gestellt wurden.¹² Man erinnert sich, daß während dieser Periode der Anwerbung von Arbeitskräften die einheimische Jugend in großem Maße in die Universitäten strömte und viele von ihnen sich ironischerweise während der Studentenrevolte nach 1968 proletarisch kostümierten.

Ein anderer derartig starker Akteur ist die Agroindustrie kalifornischen Typs, wo Großunternehmen billige Arbeitskräfte wünschen und auch bekommen. Allerdings ist landwirtschaftliche Arbeit saisonal und führt zu einer weniger stabilen Einwanderungssituation. In Europa sind solche Typen der Anwerbung weniger wichtig, weil großagrarische Verhältnisse nicht prägend sind. Billigarbeit in illegalen Textilunternehmen, wie sie in England vorkommt, kann dem gleichen Typ zugerechnet werden.

Arbeitsanwerbung führt nach einigen Jahren zu Einwanderungsprozessen, zumindest in liberalen Demokratien, in denen es eine unabhängige öffentliche Meinung, unabhängige Menschenrechtsgruppen, Kirchen, linke oder liberale Parteien und Behörden sowie Berufsgruppen mit Ausrichtung auf Standards in der Erziehung, der medizinischen Versorgung und der sozialen Absicherung gibt. Wichtig sind außerdem unabhängige Gerichte, die die Verwaltung kontrollieren. Alle diese Elemente haben einen wichtigen Einfluß auf die Handlungsweise der Regierung. Wenn solche Einwanderungsprozesse einmal stattgefunden haben, können sie nicht rückgängig gemacht wer-

11 Vgl. Dietrich Thränhardt, Japan und Deutschland in der Welt nach dem Kalten Krieg, in: ders., Japan und Deutschland in der Welt nach dem Kalten Krieg, Münster 1996, S. 7–9.

12 Einen Überblick in: Dietrich Thränhardt, Europe – A New Immigration Continent. Policies and Politics since 1945 in Comparative Perspective, in: ders., Europe – A New Immigration Continent, 2. Aufl. Münster/Boulder, Col. 1996, S. 28–87. Für eine genauere Einsicht in die Art der Anwerbung nach Deutschland s. Karl-Heinz Meier-Braun, 40 Jahre ›Gastarbeiter‹ und Ausländerpolitik in Deutschland, in: Aus Politik und Zeitgeschichte. Beilage zur Wochenzeitung Das Parlament, B 35/1995, S. 14–17.

den, obwohl derartige Parolen in solchen Situationen von etablierten Politikern ebenso wie von rechtsradikalen Gruppierungen geäußert werden.¹³

Japan hat Einwanderungsprozesse vergleichbaren Ausmaßes nie erlebt und war deswegen auch nicht gezwungen, sich mit ihren Konsequenzen zu beschäftigen. Japan hat zudem den Typ der postkolonialen Einwanderung vermieden, der in Großbritannien, Frankreich, den Niederlanden, Portugal und den Vereinigten Staaten gegen Ende der Kolonialzeit stattfand, als sich zum Zeitpunkt der Unabhängigkeit eine Öffnung für die Einwohner der ehemaligen Kolonien ergab. Für eine kurze Zeit wurden sie den Bürgern der ›Mutterländer‹ gleichgestellt, weil die Kolonialländer neue Wege suchten, um ihren Einfluß aufrechtzuerhalten und zudem einen harmonischen Übergang zu sichern. Der letzte wichtige Fall eines derartigen Übergangs war die Rückgabe von Hongkong 1997.

Japan verlor seine Kolonien 1945. Schon vor dem Friedensvertrag von San Francisco 1952 wurde das Bürgerrecht für die Einwohner der ehemaligen Kolonien abgeschafft, und zwar sogar für diejenigen, die in der kaiserlichen Armee gedient hatten, Opfer in Hiroshima geworden waren oder weiterhin in Japan lebten. Rechtlich bilden diese Nationalitäten heute die größten Gruppen von ›Ausländern‹ in Japan – 666.000 Koreaner und 223.000 Chinesen. Die meisten dieser ›Koreaner‹ sind schon in der zweiten Generation in Japan geboren, da die Zuwanderung bereits vor dem Ersten Weltkrieg begonnen hatte.¹⁴ Weithin sprechen sie japanisch als Muttersprache, und 80% von ihnen sind mit Japanern verheiratet. Da die japanische Staatsangehörigkeit seit den frühen 1970er Jahren von der Mutter ebenso wie vom Vater vererbt werden kann, hat sich die Zahl der Koreaner stabilisiert. Der intergenerationale Übergang zur japanischen Staatsangehörigkeit wird durch eine gewisse Neueinwanderung wettgemacht. Allerdings müssen junge Menschen in Japan bei Erreichung der Volljährigkeit für eine der beiden ererbten Staatsangehörigkeiten optieren. Das japanische Staatsangehörigkeitsrecht gestattet auch in diesem Fall keine doppelte Staatsangehörigkeit. Die Zahl der Einbürgerungen hat sich von 1988 bis 1995 mehr als verdoppelt, und zwar von 5.767 auf 14.104 Fälle.¹⁵ Die Einbürgerungsrate lag 1995 bei 1,0%, bezogen auf die

13 Bezüglich der europäischen Erfahrungen vgl. Dietrich Thränhardt, Fremdenfeindlichkeit und Rassismus in der Konkurrenzdemokratie, in: Leviathan, 21. 1993, S. 336–357.

14 Zu Details s. Michael Weiner, The Origins of the Korean Community in Japan, 1910–1923, Manchester 1989; ders., The Representation of Absence and the Absence of Representation: Korean Victims of the Atomic Bomb, in: ders. (Hg.), Japan's Minorities. The Illusion of Homogeneity, London 1997, S. 79–107; Pak Kyong Sik, Die Zwangsanwerbung von Koreanern für Japan während des Pazifischen Krieges, in: Masao Nishikawa/Masato Miyachi, Japan zwischen den Kriegen, Hamburg 1990, S. 287–322.

15 OECD SOPEMI Report 1997, S. 253.

ausländische Bevölkerung in Japan insgesamt. Sie liegt damit nach wie vor unterhalb der natürlichen Reproduktionsrate.

Wenn wir die Einwanderungsgruppen in Japan und anderen Ländern vergleichen, sollte die Gruppe der ›Koreaner‹ nicht einbezogen werden. In Europa oder Amerika besäße der Hauptteil dieser Gruppe (mit Ausnahme einiger Neueinwanderer, vielfach Studenten) das Bürgerrecht. Ihre Vorfahren oder sogar sie selbst waren in der Vergangenheit Untertanen des japanischen Kaiserreichs. Die ganze Geschichte ihrer Einwanderung ist in eine Kultur kolonialer Diskriminierung und entsprechender Reaktionen eingebunden, die emotional tief besetzt sind. Höhepunkte dieser Geschichte waren die Pogrome an Koreanern nach dem großen Kanto-Erdbeben 1923, die Zwangsassimilierungs-Politik der 1930er Jahre mit dem Ziel der Unterdrückung der koreanischen Kultur, die Verpflichtung, sich alle fünf Jahre Fingerabdrücke abnehmen zu lassen, die für Ausländer nach 1945 bestand und die antijapanische Propaganda der Regierungen der beiden koreanischen Staaten, die um das Vertrauen der Koreaner in Japan wetteiferten. Im Unterschied zu Europa ermutigten die USA nach dem Zweiten Weltkrieg keine Annäherung zwischen den beiden Ländern, sondern tolerierten die intensive Diskriminierung auf der japanischen Seite und die xenophobe Propaganda auf der koreanischen Seite.

Erst in den letzten Jahren ist es zu einer gewissen Entspannung gekommen. Die Koreaner und das Land Korea werden in Japan inzwischen höher bewertet, was mit ihrem wirtschaftlichen Erfolg zusammenhängt. Die Olympischen Spiele in Seoul waren in dieser Beziehung ein Durchbruch. Dazu einige Indizien: In den letzten Jahren können Schüler koreanischen Ursprungs Preise in landesweiten Schülerwettbewerben erringen. Ebenso wurden Schriftsteller koreanischer Herkunft Literaturpreise zuerkannt. Das koreanische Nationalgericht Kim Chi ist in Japan populär geworden. Ein Grund für diese Steigerung des Ansehens der Koreaner dürfte die Existenz und die Erkennbarkeit einer neuen Einwanderungsgruppe in Japan sein, was eine Übertragung negativer Haltungen von einer alten Außenseitergruppe auf eine neue zur Folge hat. Wir kennen die Geschichte derartiger Übertragungen in den klassischen Einwanderungsländern ebenso wie im Westeuropa der letzten Jahrzehnte. In dieser Beziehung ist Japan wirklich ein Einwanderungsland geworden.

Die Stereotypen über Koreaner wurden im Kontext der Kolonisierung entwickelt und waren ein Teilelement kulturellen Lernens vom Westen um die Jahrhundertwende.¹⁶ Heute werden diese negativen Haltungen auf die neue Einwanderung aus Süd- und Südostasien übertragen. Ein schlagendes

16 Vgl. Carol Gluck, *Japan's Modern Myths. Ideology in the Late Meiji Period*, Princeton, N.J. 1985; Bruce Armstrong, *Racialisation and Nationalist Ideology: The Japanese Case*, in: *International Sociology*, 4. 1989, S. 329–343.

Beispiel dafür findet man in dem repräsentativen ›Japan Almanac 1993‹, der von dem großen liberalen Zeitungshaus Asahi Shimbun herausgegeben wird. Er enthält eine spezielle Kategorie ›International Crime‹, in dem in eindrucksvollen Schaubildern steigende Werte gezeigt werden. Dazu wird kommentiert: »Crimes committed by foreigners have risen sharply, and they have become more violent. International crime has therefore come to be a serious problem.« Die Zahlen selbst sind allerdings sehr niedrig und betragen nur 0,4% der Werte in Japan insgesamt – weniger als die Hälfte des entsprechenden Bevölkerungswertes. Dabei sind die 3,8 Mio. ausländische Touristen, Geschäftsleute etc. noch nicht einmal berücksichtigt.¹⁷

Die Statistik demonstriert also, daß die Ausländer in Japan geringere Kriminalitätsraten haben als die Japaner selbst. Diese wiederum haben wesentlich geringere Kriminalitätsraten als die Bewohner Europas, von Amerika ganz zu schweigen. Gleichwohl gibt es eine weitverbreitete Medienberichterstattung über Kriminalität von Ausländern, in der dies als eine für Ausländer typische Verhaltensweise dargestellt wird.¹⁸ Seit 1995 kam es zu einer allgemeinen Debatte über Kriminalität und Sicherheitsprobleme in Japan, die oft mit Ausländern in Beziehung gebracht wird.¹⁹

Betrachtet man den wirtschaftlichen Erfolg Südkoreas und die negative Haltung der Koreaner gegenüber Japan, so würde es möglich sein, die Grenzen zwischen beiden Ländern nach westeuropäischem Muster zu öffnen, ohne große Einwanderungswellen nach Japan auszulösen. Die Unterschiede im Pro-Kopf-Einkommen zwischen den beiden Ländern sind kleiner als innerhalb der Europäischen Union. Wird allerdings ein derartiger Vorschlag europäischen Stils gemacht, so sind sogar japanische Experten überrascht und beunruhigt.

Japan kultiviert immer noch in starkem Maße *Nihonjinron* oder ›Japanischsein‹ – ein Gefühl nationaler Homogenität und Ausnahmestellung.²⁰ Es gibt ältere japanische Traditionen der Abschottung, die zu diesem Konzept beigetragen haben, aber im Kern ist dies eine Variante des Nationalismus, die

17 Japan Almanac 1993, Asahi Shimbun, Tokio 1992, S. 210.

18 Vgl. Wolfgang Herbert, Ausländerkriminalität in Japan als Argument in der Diskussion um ausländische ›illegale‹ Arbeitsmigrantinnen, Wien 1992.

19 Siehe u.a. »Bodyguard Business Booming as Crime Worries Rise«, in: The Nikkei Weekly, 3.11.1997.

20 Eine systematische Beschreibung bei Peter N. Dale, *The Myth of Japanese Uniqueness*, Oxford 1988; s. auch Harumi Befu, *Nationalism and Nihonjinron*, in: ders. (Hg.), *Cultural Nationalism in East Asia: Representation and Identity*, Berkeley, Cal. 1993; Kosaka Yoshine, *Cultural Nationalism in Contemporary Japan: A Sociological Inquiry*, London/New York 1992; Martin Seymour Lipset, *American Exceptionalism – Japanese Uniqueness*, in: Mattei Dogan/Ali Kazancigil (Hg.), *Comparing Nations*, Oxford/Cambridge 1994, S. 153–212; Michael Weiner, *The Invention of ›Self‹ and ›Other‹ in Pre-war Japan*, in: ders. (Hg.), *Japan's Minorities*, S. 1–16.

auf der europäischen Tradition kollektiver Identität aus dem 19. Jahrhundert beruht. Dieses Modell einer *nation une et indivisible* ist heute – wenigstens in der entwickelten Welt – nirgendwo stärker verwurzelt als in Japan. Helmut Schmidt hat dies mit der wenig charmanten Aussage beschrieben, Japan habe ›keine Freunde‹. In seiner Einwanderungspolitik hat sich das Land lange Zeit so verhalten, wie es diesem Zitat entspricht.

Undokumentierte Einwanderung und öffentliche Diskussion

Innerhalb des traditionellen Systems der Anwerbung gutbezahlter und respektierter ausländischer Spezialisten, das seit dem 19. Jahrhundert in Japan existiert, entstand seit 1979 eine neue Variante. Die Kategorie ›Entertainment‹ wurde immer größer und umfaßte 1990 85% aller offiziell angeworbenen Ausländer in Japan: 75.091 von insgesamt 87.969. In der japanischen Öffentlichkeit wurden diese weiblichen Zuwanderer als *japayuki-san* (Frau Japangänger) bezeichnet.²¹ Diese Zahlen weisen auf eine immer stärkere Besetzung der Prostitutionsberufe durch Ausländerinnen in den Jahren nach 1979 hin. In dieser Zeit stellte die Gruppe den Hauptteil der ausländischen Arbeitskräfte in Japan, eine Entwicklung, die von den Behörden toleriert wurde.²² Ein weiterer zahlenmäßiger Hinweis ist die Tatsache, daß 74% der ausgewiesenen Ausländerinnen 1989 als ›hostesses, prostitutes or stripteasers‹ kategorisiert wurden. Bis 1988 waren dementsprechend die meisten Einwanderer weiblichen Geschlechts. Erst seitdem finden wir mehr männliche Zuwanderer, die hauptsächlich in der Baubranche arbeiteten. In den 1990er Jahren sank der Prozentsatz beider Bereiche, und Produktionsberufe wurden wichtiger. 1992 war der Anteil der ›hostesses plus prostitutes‹ unter den ausgewiesenen Ausländerinnen auf 45% gesunken, und bei den ausgewiesenen Ausländern lag der Anteil der Bauberufe nur noch bei 51%. Fabrikarbeit war auf 17% bei den Frauen und auf 28% bei den Männern angestiegen. Erst 1997 begannen die japanischen Behörden striktere Kontrollen bei den Visa für ›Entertainer‹ durchzuführen, nachdem die Regierung und die öffentliche Meinung in den Philippinen gegen die sexuelle Ausbeutung von Frauen philippinischer Herkunft in Japan protestiert hatten. Der offizielle Bericht an die OECD drückt dies wie folgt aus: »As a consequence of the stricter examination of entry based on this amendment and control over criteria for departure in sending countries, the number of these entries fell significantly from 91,000 to 60,000 in 1995.«²³

21 Kajita, Characteristics of the Foreign Worker Problem in Japan, S. 4.

22 Vgl. Komai, Migrant Workers in Japan, S. 71; für weitere Details s. S. 71–80.

23 OECD SOPEMI Report 1997, S. 124.

Wie in Europa schlugen sich die Probleme der steigenden Einwanderung auch in Japan in einer Ausdehnung des Visumszwangs nieder. Nachdem die Visumpflicht bis 1990 für die Länder Südostasiens und des indischen Subkontinents eingeführt worden war, kamen immer mehr Iraner nach Japan. Sie fungierten als Ersatz für die Arbeitskräfte aus Südostasien und waren noch wahrnehmbarer als diese. Sie sammelten sich an Sonntagen in zwei Parks im Zentrum von Tokio, von denen einer bald als ›Klein-Teheran‹ bezeichnet wurde. Der Iran war in dieser Zeit nach dem Golfkrieg isoliert und hatte starke wirtschaftliche Probleme. Schließlich führte Japan 1991 auch gegenüber Iranern Visa ein.

Es ist klar, daß Visakontrollen gegenüber allen asiatischen Ländern Probleme für den freien Handel und die Wirtschaftsbeziehungen bringen. Ein offenes und prosperierendes Japan benötigt freie Bewegungsmöglichkeiten für mehr und mehr Geschäftsleute, Touristen und ähnliche Gruppen, was die Kontrolle weiter erschwert. 1992 kamen 3,8 Mio. Ausländer nach Japan, zwei Drittel von ihnen waren Asiaten. Jedoch ist die japanische Polizei berühmt für ihre Fähigkeit, die Bevölkerung zu kontrollieren. Zudem genießt der Datenschutz in Japan keinen hohen Stellenwert, insbesondere in bezug auf Ausländer. Diese sind beispielsweise dazu verpflichtet, ihren Ausweis immer bei sich zu tragen. Die japanische Polizei könnte die nicht gemeldeten Ausländer finden und ausweisen, wenn dies gewollt wäre. Zudem gäbe es wenig rechtliche Hindernisse. Gleichwohl geschieht dies nicht, und bei der tagtäglichen Handhabung der Situation herrscht Pragmatismus vor. Eine nicht registrierte ausländische Arbeitskraft kann nie vor Ausweisung sicher sein, aber solange sie keine Probleme bereitet oder mit Problemen in Verbindung kommt, wird normalerweise nichts geschehen. Eine Illustration dieser angespannten Lebenssituation bietet das Tagebuch eines philippinischen Journalisten, der unter diesen Bedingungen gelebt hat. Er beschreibt, daß die Polizei über seine Existenz genau Bescheid wußte und ihn auch nach Kontakten laufen ließ.²⁴

Obwohl Japan die Genfer Konvention unterzeichnet hat, hat es nur 200 von ganzen 1.000 Flüchtlingen akzeptiert, die sich in Japan gemeldet haben. Zusätzlich wurden auf amerikanischem Wunsch insgesamt 9.200 vietnamesische Flüchtlinge aufgenommen, und weitere 4.500 bekamen zeitweiligen Schutz.²⁵

Die offizielle Politik ist klar gegen die Aufnahme von Flüchtlingen gerichtet; das Argument ist, alle Ankömmlinge seien Wirtschaftsflüchtlinge. Was die wenigen Flüchtlinge betrifft, die das Land aufgenommen hat, so hat

24 Rey Ventura, *Underground in Japan* (hg. und mit einer Einleitung versehen von James Fenton, mit einem Nachwort von Ian Buruma), London 1992.

25 OECD SOPEMI Report 1995, S. 101.

ein gut organisierter Integrationsprozeß stattgefunden. Eine Studie, in der die Integrationspolitik für Vietnamesen in Tokio und München verglichen wurde, kommt zu dem Ergebnis, daß die Programme in beiden Fällen gut organisiert waren und daß eine weitgehende funktionale und soziale Integration erfolgte. In beiden Fällen gab es allerdings eine Weiterwanderung in die Vereinigten Staaten, wo die meisten Verwandten der vietnamesischen Flüchtlinge leben.²⁶

Obwohl Japan nur geringe Einwandererzahlen hat, ist Immigration dennoch ein heiß diskutiertes Thema. In den japanischen Medien und in akademischen Kreisen hat es einen sehr lebhaften Diskurs über Migration gegeben. Der Wirtschaftswissenschaftler Shimada zählte allein zwischen 1989 und 1993 46 Entwürfe, Berichte und Materialien zur Migrationsproblematik, herausgebracht von politischen Parteien, verschiedenen Behörden, Unternehmerverbänden, Gewerkschaften und Forschungs- und Meinungsumfrageinstituten.²⁷ Hunderte von Artikeln wurden in Zeitschriften veröffentlicht, Dutzende Konferenzen mit internationaler Beteiligung veranstaltet. Viele Wissenschaftler besuchten Europa, um sich über die Erfahrungen dort zu informieren, sie schrieben Dutzende von Büchern und Artikeln über die Migrationspolitik dieser Staaten. Das Arbeitsministerium organisierte selbst eine umfangreiche Studie über die Einwanderungspolitik in Frankreich, Großbritannien, Italien und Deutschland. Die vorherrschende Interpretation ist, daß Deutschland – das viele Japaner immer noch für fast so effizient wie Japan und insofern für vergleichbar hält – einen Fehler gemacht habe, als es so viele Türken einwandern ließ, und daß es deshalb jetzt mit den Konsequenzen zu kämpfen habe. Es ist nicht nötig, dubiose Kommentare wichtiger japanischer Politiker wie des früheren Ministerpräsidenten Nakasone zu zitieren, der die Probleme der Vereinigten Staaten besonders auf die Afro-Amerikaner und die Heterogenität in den USA zurückführte. Sehr zu meiner Verwunderung hat sogar der bekannte Historiker Paul Kennedy, selbst ein Einwanderer aus England in die USA, den Vorteil der ›racial coherence‹²⁸ in Japan hervorgehoben.

Es ist daher nicht überraschend, daß fast alle japanischen Spezialisten, die eine regulierte Einwanderungspolitik erwägen, verschiedene Arten von temporären Anwerbesystemen vorschlagen.²⁹ Sie befürworten Arbeitskräfte auf Zeit, aber keine Einwanderung auf Dauer. Vielfach werden Trainings-

26 Vgl. Fumiko Kosaka-Isleif, Integration südostasiatischer Flüchtlinge in der Bundesrepublik Deutschland und in Japan, Saarbrücken/Fort Lauderdale 1991.

27 Vgl. Haruo Shimada, Japan's ›Guest Workers‹. Issues and Public Policies, Tokio 1994, S. 50–54.

28 Paul Kennedy, In Vorbereitung auf das 21. Jahrhundert, Frankfurt a.M. 1993, S. 182.

29 Eine Auflistung der in diesen Debatten üblichen Argumente bei Masami Sekine, Guest Worker Policies in Japan, in: Migration, 9. 1991, S. 60–63.

oder ›work and learn‹-Programme vorgeschlagen, in denen keine volle Bezahlung während der Zeit des Aufenthalts in Japan enthalten ist. Der elaborierteste Plan dieser Art wird in Haruo Shimadas Buch ›Guest Workers‹ vorgestellt, dessen Titel charakteristischerweise auf einen Begriff rekurriert, der in Deutschland und anderen europäischen Ländern nicht mehr verwendet wird.³⁰ Shimada ist allerdings eine seltene Ausnahme unter den japanischen Wissenschaftlern, wenn er argumentiert, die unausweichliche Konsequenz eines Gastarbeitersystems sei die Einwanderung eines Teils der betreffenden Arbeitskräfte.³¹ Zudem befürwortet Shimada eine Politik der Öffnung und erklärt, die negative demographische Bilanz rufe einen gewissen Bedarf an Zuwanderung hervor. Auch eine große Mehrheit der japanischen Öffentlichkeit hat sich in mehreren Umfragen für Gastarbeiterprogramme ausgesprochen.³² All diese Diskussionen, einschließlich vieler kritischer Artikel über Ausbeutung und Menschenrechtsverletzungen, haben aber nicht zu einer Änderung der Gesetze geführt.

Die Regierung konnte ihre Richtlinien in einer derart allgemeinen und wenig spezifischen Weise formulieren, daß sogar Spezialisten in bezug auf die Interpretation unsicher sind und deswegen bei der Verwaltung um Rat fragen müssen – die typisch japanische *administrative guidance*. Seit der 1995 einsetzenden Rezession ist die Diskussion jedoch sehr zurückgegangen.

Das Gesetz von 1990 und die Einwanderungsprogramme

Aufgrund der starken Anspannung des Arbeitsmarktes, insbesondere in der Baubranche, im Gesundheitswesen und bei der Altenpflege, und der Klagen der Klein- und Mittelunternehmen entschloß sich die Regierung, gesetzliche Öffnungen vorzunehmen, ohne jedoch eine allgemeine reguläre Einwanderung oder Anwerbung zuzulassen.³³ Bei den Problemen der Klein- und Mittelunternehmen ging es vor allem um die Stellen, die nicht mehr besetzt werden konnten, in Japan als die 3 Ks bezeichnet (in englischer Übersetzung die 3 Ds ›dull, dirty and dangerous‹). Als das Gesetz 1990 geändert wurde, gab es im Gegensatz zu anderen Ländern keine Amnestie. Statt dessen gerieten die nicht registrierten Ausländer unter Druck, und es verbreitete sich das Ge-

30 Shimada, Japan's ›Guest Workers‹; s. auch: ders., A Possible Solution for the Problem of Foreign Labor, in: Japan Review of International Affairs, 4. 1990, H. 1, S. 66–90.

31 Vgl. Shimada, Japan's ›Guest Workers‹, S. 155–157.

32 Die Mehrheit betrug 1991 70%; s. Prime Minister's Office, Public Opinion Survey on Foreign Workers: Summary, Tokio 1991. Eine Asahi Shimbun Umfrage 1989 ergab eine Befürwortung dieses Konzeptes in Höhe von 56%, s. Komai, Migrant Workers in Japan, S. 217–232.

33 Vgl. zu den Auswirkungen des Gesetzes auch den Beitrag von Kiyoko Sakamoto in diesem Heft.

rücht, alle ›illegalen‹ Ausländer würden ausgewiesen werden.³⁴ Während Länder wie Italien, Spanien, Frankreich, die USA und Australien bei der Reform ihrer Einwanderungspolitik in den 1980er Jahren Amnestien erließen und Deutschland ohne viel Aufsehen ›Altfälle‹ regulierte, hat Japans neues Einwanderungsgesetz zu einer Verschärfung der Ausweisungen geführt. Viele Ausländer ohne Dokumente stellten sich selbst den Behörden, und mehr als 30.000 Menschen aus Entwicklungsländern wurden 1990 ausgewiesen. 1993 war diese Zahl auf 70.000 angestiegen; 1995 betrug sie 55.000 und 1996 48.000. In der Relation zu den 300.000 bis 500.000 undokumentierten ausländischen Arbeitskräften, die für Japan geschätzt werden, sind diese Ausweisungszahlen recht hoch, besonders im Vergleich mit anderen OECD-Ländern.

Gleichwohl haben diese Maßnahmen aber nicht zu einem Japan ohne ausländische Arbeitskräfte geführt. Schon das Bild auf den Baustellen oder in der Unterhaltungsbranche zeigt dies. Während der Zugang stärker reguliert und gedrosselt wurde, hat das neue Einwanderungsgesetz von 1990 drei Kanäle legaler Quasi-Einwanderung geöffnet. All diese Programme werden von besonderen Organisationen verwaltet, was den verantwortlichen Ministerien spezielle Vorteile bringt. Die Organisationen stellen ein lukratives Arbeitsfeld für pensionierte hohe Beamte dar. Das Pensionierungsalter in Japan beträgt 55 Jahre, und zu diesem Zeitpunkt ist es üblich, neue Positionen zu übernehmen, was als *amukudari* oder ›Herabsteigen vom Himmel‹ bezeichnet wird. Hohe Beamte nehmen Positionen unterhalb oder außerhalb der Ministerien ein, aber in enger Beziehung zu diesen. Auf diese Weise sind die Probleme, die wir im folgenden behandeln, nicht einfach das Resultat schlechter Verwaltung oder Vernachlässigung, sondern sie beziehen sich auf besonders ausgearbeitete Programme und Interessen.³⁵

Programm 1: Nikkeijin aus Lateinamerika. Menschen japanischen Ursprungs bis zur dritten Generation (*Nikkeijin*) haben das Recht bekommen, in Japan zu leben und zu arbeiten. Diese Präferenzpolitik ähnelt der anderer Länder wie Deutschland, Italien, Spanien, Großbritannien und Griechenland. Sie beruht auf der Idee einer gemeinsamen kulturellen Identität und Homogenität.³⁶ Obwohl die *Nikkeijin* in diesem Sinn ›unsichtbar‹³⁷ sind, wird berichtet, daß die ethnischen Japaner aus Lateinamerika größere kulturelle Distanz zu den

34 Vgl. Komai, *Migrant Workers in Japan*, S. 6.

35 Für die ›language students‹ s. ebd., S. 62f., wo die intensiven Bemühungen (*hot pursuit*) des Justizministeriums, eine Agentur unter der eigenen Schirmherrschaft zu gründen, beschrieben werden.

36 Siehe Thränhardt, *Europe – A New Immigration Continent*, S. 33f.

37 Yoko Sellek, *Nikkeijin. The Phenomenon of Return Migration*, in: Weiner (Hg.), *Japan's Minorities*, S. 178–210.

Japanern in Japan haben als die ostasiatischen Einwanderer. Dies hängt damit zusammen, daß sie von der lateinamerikanischen Kultur beeinflusst sind und nach Japan nicht als einzelne, sondern in Gruppen kommen, die von Vermittlern organisiert werden. Im japanischen Diskurs wird diese kulturelle Differenz immer wieder mit dem Hinweis auf Samba tanzende *Nikkeijin* erläutert. Da diese Gruppe aber legal in Japan ist und Erziehung und eine gewisse soziale Integration gewährleistet sind, werden sich auf längere Sicht Integrationsprozesse durchsetzen.

Da die Diskrepanzen bei den Pro-Kopf-Einkommen zwischen Japan und Lateinamerika immer stärker angewachsen sind, könnten diese Einwanderungsmöglichkeiten zur kollektiven Auswanderung der japanischen Gemeinschaften in Lateinamerika führen. Die größte Gruppe dieser Einwanderer kommt aus Brasilien, die zweitgrößte aus Peru. Die meisten von ihnen gehören der Mittelschicht an und haben vielfach eine akademische Ausbildung. In Japan arbeiten sie aber im allgemeinen in Fabriken im Großraum Tokio. Die japanischen Behörden berichten, daß 40% der *Nikkeijin* ihre Arbeitsplätze während der jüngsten Rezession verloren haben, was die Ungesicherheit ihrer Position unterstreicht.³⁸

Wie in vielen anderen Migrationsbewegungen bleiben die *Nikkeijin* oft länger als ursprünglich geplant. Sie genießen einen sicheren Status und integrieren sich zunehmend, wie auch aus dem im Anhang angefügten Beispiel deutlich wird. Im Gegensatz dazu gibt es keine Rückwanderung von ethnischen Japanern aus den USA oder Kanada, da die Lebenssituation dort sehr viel günstiger ist.

Eine andere kleine Gruppe ethnischer Japaner wirft weiteres Licht auf diese Politik. In den frühen 1990er Jahren entwickelte sich ein starkes Interesse für japanische Kinder, die am Ende des Krieges zurückgelassen und von chinesischen Familien adoptiert worden waren. Die Tochter des früheren Ministerpräsidenten Tanaka schuf sich persönliches Prestige als konservative Abgeordnete, indem sie eine Kampagne organisierte, um nach solchen verlorenen Kindern zu suchen und sie nach fünfzig Jahren nach Japan zu bringen. Auf diese Weise wurde die ethnische und kulturelle Identität Japans wieder einmal bestätigt. Gleichwohl ist auch bezeichnend, daß diese Abkömmlinge japanischer Familien kein Recht auf Einwanderung haben.

Programm 2: Trainee-Programme. Die zweite Änderung durch das Gesetz von 1990 betraf die Etablierung des Status ›Trainee‹. Die Betroffenen werden nicht als Arbeiter definiert, und es ist deswegen ungesetzlich, ihnen ein volles Gehalt zu zahlen. Statt dessen wird nur eine ›training allowance‹ von 661–744 Yen gewährt. Erst ›Senior trainees‹ bekommen nach Sprach- und Fähig-

38 OECD SOPEMI Report 1995, S. 100; Komai, *Migrant Workers in Japan*, S. 23f.

keitstests vollen Lohn.³⁹ Dieses Arrangement verhindert nicht, daß Trainees harte Arbeit verrichten und lange Arbeitszeiten haben (was in Japan üblich ist, besonders auch für sog. ›part time‹-Arbeitskräfte, die oft ebenso lange arbeiten wie Stammarbeiter, aber geringere Löhne und weniger Sozialleistungen erhalten⁴⁰). Die Regierung hat bestimmt, daß mindestens ein Drittel der Arbeitszeit der Trainees für Ausbildungsmaßnahmen verwendet werden muß. Sie hat außerdem ein Mindestverhältnis zwischen japanischen Arbeitskräften und ausländischen Trainees festgelegt. Diese Regeln können aber kaum überwacht werden, und das System begünstigt das Interesse der Arbeitgeber an billigen Arbeitskräften ebenso wie das der ausländischen Arbeiter an möglichst hohen Ersparnissen, die nach Hause geschickt werden können. 1993 wurde das System geändert, um Trainees zu ermöglichen, bis zu zwei Jahre nach Abschluß der Trainee-Periode in Japan zu arbeiten. 1997 wird über eine weitere Verlängerung diskutiert. Auf diese Weise ist der Übergang zu einem Gastarbeiterstatus faktisch erfolgt, und diese Realität wird implizit auch von der Regierung und den Unternehmen anerkannt.⁴¹ Mit Recht bezeichnet Shimada dieses System als »something of a charade«.⁴²

Ein positiver Aspekt der Programme mag sein, daß die Verantwortlichkeit für die Unterbringung bei den Unternehmen liegt. Auf der anderen Seite bedeutet das auch die vollständige Abhängigkeit von ihnen. Wenn Trainees von kleinen und mittleren Firmen beschäftigt werden, gibt es auch wenig Aussicht auf reale Transfers von Kenntnissen. Dazu könnte es nur kommen, wenn die großen transnationalen Unternehmen eine Trainee-Politik betreiben würden. Diese brauchen aber gerade keine ungelerten Kräfte. Sie könnten außerdem leicht südostasiatische Spezialisten beschäftigen. Im ganzen erleichtern die Trainee-Programme den Unternehmen die Ausbeutung von Arbeitskräften und erschweren die Zahlung eines fairen Lohnes. Die Zahl der Trainees, die in Japan leben, betrug 1996 nur 45.536.⁴³ Die Regierung plant aber umfangreiche neue Programme, die das Trainee-System wesentlich ausweiten würden. Diese Programme würden von der japanischen Handelskammer verwaltet werden und treffen auf »enormes Interesse«.⁴⁴ 1997 wurde in Abstimmung zwischen fünf Ministerien auch ein Trainee-Programm für die Landwirtschaft geplant.

39 Migration News, Oktober 1997 (Internet).

40 Siehe Anna Maria Thränhardt, Aspekte der Sozialpolitik in Japan. Zwei Analysen (Beiträge zur Politikwissenschaft und Verwaltungswissenschaft des Instituts für Politikwissenschaft der Universität Münster), Münster 1987.

41 Vgl. Kajita, Characteristics of the Foreign Worker Problem in Japan, S. 26.

42 Shimada, Japan's ›Guest Workers‹, S. 69. Beispiele für Mißbrauch finden sich in Komai, Migrant Workers in Japan, S. 37–54.

43 Migration News, Oktober 1995 (Internet).

44 Shimada, Japan's ›Guest Workers‹, S. 71.

Programm 3: Sprachstudenten. Das dritte und am stärksten mit Problemen behaftete Programm ist das ›Sprachstudenten-Visum‹, das es erlaubt, bis zu 20 Stunden pro Woche zu arbeiten. Es ist ein Ergebnis der Forderung des früheren Ministerpräsidenten Nakasone, bis zum Beginn des 21. Jahrhunderts mindestens 100.000 ausländische Studenten nach Japan zu bringen. Daher wurden die Visumserfordernisse für diese Gruppe 1984 vereinfacht.⁴⁵

Die Sprachstudenten sind verpflichtet, sich an einer Sprachschule einzuschreiben. Die meisten von ihnen kommen aus armen asiatischen Ländern und sind hochmotiviert, möglichst viel Geld zu verdienen. Ironischerweise brauchen sie dieses Geld zunächst, um die Sprachschule zu bezahlen – sogar wenn diese nur zum Schein existiert oder die Studenten keine Zeit haben, sie regelmäßig zu besuchen. Außerdem ist das Leben in Japan sehr teuer. Auf dem Arbeitsmarkt sind Sprachstudenten ungeschützt, insgesamt ist daher das Ergebnis dieser institutionellen Arrangements die Bereitstellung billiger Arbeitskräfte und ein Aufschwung des Wirtschaftszweiges der Sprachschulen. 1993 wurde die Zahl der Sprachstudenten, die gleichzeitig arbeiteten, mit 62.700 angegeben.

Es wäre sicherlich ein rationalerer Ansatz, Japanisch-Kurse in den Herkunftsländern zu organisieren, wo die Lebenshaltungskosten wesentlich geringer sind als in Japan, dem teuersten Land der Welt. Die Trainee-Programme und die Sprachschulen werden von einer neuen Behörde, der Japan Immigration Association beaufsichtigt, die verschiedene Informationsbroschüren veröffentlicht hat, die alle notwendigen Informationen für einen Aufenthalt in Japan enthalten.⁴⁶ Diese Behörde beschäftigt sich auch mit der Einwanderung von ausgebildeten Arbeitskräften.

Zusammenfassung

Insgesamt ist die Zahl der Ausländer, die in Berufen arbeiten, die bei Japanern wenig beliebt sind, angestiegen. Im Gegensatz zu anderen OECD-Ländern ist dies jedoch in einem Kontext geschehen, der den meisten ausländischen Arbeitskräften die Löhne vorenthält, die ihre japanischen Kollegen bekommen. Gleichzeitig werden die ausländischen Arbeitskräfte in einem sorgfältig arrangierten System der Halblegalität gehalten. Vielfach müssen sie einen Teil ihres Einkommens dafür verwenden, Sprachschulen oder Vermittler zu bezahlen. Viele ausländische Arbeitskräfte werden vollständig von Vermittlern, *Yakuza* (der japanischen Variante der Mafia) oder den Unter-

45 Vgl. Komai, *Migrant Workers in Japan*, S. 54f. Für eine realistische Einschätzung der Situation s. S. 54–70.

46 Japan Immigration Association, *A Guide to Entry, Residence and Registration Procedures in Japan for Foreign Nationals*. Japanese/English, Tokio 1990.

nehmen kontrolliert. In vielen Fällen wird berichtet, daß sie sogar gezwungen werden, ihre Pässe abzugeben.

In Japan und in den Herkunftsländern ist Migration ein großes Geschäft geworden. Die japanische Politik der Nichteinwanderung kann von Vermittlern, Arbeitgebern oder Kriminellen als Sanktionsmittel benutzt werden. Wenn es Schwierigkeiten gibt und etwa Arbeiter einen vollen Lohn oder Freizeit verlangen oder Frauen sich weigern, Prostituierte zu werden, können diese Ausländer den Behörden angezeigt und ausgewiesen werden. Nach der Ausweisung ist es äußerst schwierig, rechtliche Schritte zu unternehmen. Im Fall von Arbeitsunfällen oder Krankheiten wenden sich die Unternehmer ungern an Versicherungen, da sie rechtliche Schwierigkeiten fürchten. Strafen für Arbeitgeber sind im Gesetz vorgesehen, ganz nach dem Vorbild des entsprechenden deutschen Gesetzes. Dies hat jedoch – ebenso wie in Deutschland – kaum zu harter Bestrafung geführt. Statt dessen wenden sich japanische Unternehmer üblicherweise an Vermittler und können auf diese Weise das Gesetz umgehen.

Die offizielle Politik der Abschottung gegenüber Einwanderung, verbunden mit Nachsicht gegenüber unethischen Arbeitsbeziehungen, hat zur Schaffung einer ausländischen ›underclass‹ geführt, die weder grundlegende Menschenrechte genießt noch eine angemessene Bezahlung erhält. Darüber hinaus ist die japanische Beschäftigungspolitik gegenüber Ausländern stark von der rechtlichen, sozialen und ökonomischen Diskriminierung gegenüber Koreanern in der Vergangenheit geprägt. Für Japan und besonders für Japaner, die in ähnlichen Verhältnissen arbeiten, ergeben sich daraus soziale Probleme. Für viele ausländische Arbeitskräfte führt diese Situation zu Jahren einer prekären Existenz, die oft damit endet, daß die angestrebte Rückkehr ins Herkunftsland als erfolgreiche Person nicht realisiert werden kann. Die Herkunftsländer profitieren folglich nur wenig davon, daß sie junge Menschen im besten Arbeitsalter, oft mit qualifizierten Bildungsabschlüssen, entsenden, die in Berufen beschäftigt werden, die für Japaner als wenig wünschenswert gelten, und dabei wenig finanzielle Transfers erzielen. Für die Beziehungen zwischen Japan und den asiatischen Entwicklungsländern – viele von ihnen mit Erinnerungen an den Zweiten Weltkrieg – kann diese Ausbeutungspraxis zu schwerwiegenden außenpolitischen Problemen führen. Die Situation kann in sechs Punkten zusammengefaßt werden:

1. Die öffentliche Meinung in Japan hat die Einwanderungsprobleme breit diskutiert, aber die Entscheidungsfindung ist beim Justizministerium geblieben, gestützt auf einen konservativen Konsens. Daß die Zivilgesellschaft keinen Einfluß auf die Regierung hat, ist typisch für den japanischen Entscheidungsprozeß mit seinem ›eisernen Dreieck‹ aus permanenter Regie-

rungspartei, Bürokratie und Großindustrie.⁴⁷ Es ist allerdings darauf hinzuweisen, daß es eine große Zahl aktiver Rechtsanwälte, Menschenrechtsgruppen, christlicher Gemeinden, Gewerkschaften und anderer aktiver Bürger gibt, die mit den Einwanderern sympathisieren, Hilfe für sie bereitstellen und sich energisch mit den Behörden auseinandersetzen. Allerdings spielt sich dies auf lokaler Grundlage ab, ohne starke zentrale Organisation, wie sie in Deutschland etwa mit den Wohlfahrtsverbänden gegeben ist.

2. Japan ist es weitgehend gelungen, sich dem weltweiten Migrationsgeschehen zu entziehen. Es ist wahrscheinlich, daß dies die soziale Kohäsion des Landes und die ökonomischen Aufstiegschancen der Arbeiterschaft, der Bauern und der Frauen ebenso positiv beeinflußt hat wie das Niveau der Arbeitslosigkeit. In dieser Beziehung ist die Regierungspolitik als grundsätzlich rational zu bewerten, sie ruht gleichzeitig auf alten Traditionen. Das Ende der Ära hohen Wirtschaftswachstums und die Zunahme der Arbeitslosigkeit in Japan, besonders unter Frauen und jungen Leuten, machten es sehr unwahrscheinlich, daß Japan sich in der Zukunft für Einwanderung im großen Maßstab entscheiden wird. Im Gegensatz zu Westeuropa hat sich aufgrund dieser Konstellation das ›window of opportunity‹ für Einwanderung nicht geöffnet. Die neuesten Zahlen zeigen einen leichten Rückgang bei den Ausweisungen und bei den Zuwanderern, die ihr Visum überschritten haben.⁴⁸ Das japanische Beispiel zeigt, daß ein hohes Maß an Einwanderung kein unabwendbares Schicksal hochentwickelter Industriestaaten darstellt – im Gegensatz zu den Erwartungen einiger ausländischer Experten.⁴⁹ Auf der anderen Seite macht die schiere Größe seiner Wirtschaft Japan zu einem relativ wichtigen Einwanderungsland, wenn wir die absoluten Zahlen vergleichen.

3. Vergleicht man die steigenden Diskrepanzen bei den Pro-Kopf-Einkommen und bei der demographischen Entwicklung zwischen Japan und Lateinamerika, so ist zu erwarten, daß die Öffnung für Lateinamerikaner japanischer Abstammung in eine steigende Rückwanderung münden wird. Dies wird sich allerdings im Höchstfall, d.h. sogar wenn alle *Nikkeijin* aus Lateinamerika nach Japan kommen würden, auf die Größenordnung eines halben Prozents der japanischen Bevölkerung beziehen.

4. Die Programme für die Trainees und besonders für die Sprachstudenten wirken sich in organisierter Ausbeutung von Menschen aus Südostasien aus und führen zu einer Rotation von Arbeitskräften, für die Parallelen

47 Vgl. Yasushi Yamaguchi, Vom hegemonialen zum bipolaren Parteiensystem in Japan, in: Thränhardt (Hg.), Japan und Deutschland in der Welt nach dem Kalten Krieg, S. 165–186.

48 OECD SOPEMI Report 1997, S. 124.

49 Vgl. Komai, Migrant Workers in Japan, S. 247–251; Wayne A. Cornelius, Japan: The Illusion of Immigration Control, in: ders./Philip L. Martin/James F. Hollifield (Hg.), Controlling Immigration, Stanford, Cal. 1994, S. 375–410.

nur in den Golfstaaten, der früheren DDR und der Schweiz zu finden sind. Nur ein kleiner Teil dieser ausländischen Arbeitskräfte wird die Möglichkeit haben, auf Dauer nach Japan einzuwandern. Die Rotationspolitik beruht auf der weitgehenden Abwesenheit von Rechten für Einwanderer und einer weitverbreiteten De-facto-Toleranz für ein gewisses Maß an Einwanderung, was dem japanischen Stil der administrativen Anleitung anstelle rechtlicher Instrumente und Kontrollen entspricht.

5. Trotz der kleinen Zahl von Einwanderern ist ein intensiv empfundenes Negativklischee der asiatischen Einwanderer entstanden, das mit der halblegalen und schwierigen Situation der Ausländer zusammenhängt.

6. Zur Zeit wirkt sich diese Politik insgesamt positiv auf die Kostenstruktur der japanischen Wirtschaft aus. Die Ausländer können als Puffer benutzt werden, um Arbeitslosigkeit oder andere Kosten zu reduzieren. Gleichzeitig sind die Unternehmen gezwungen, außerhalb Japans zu investieren. Auf lange Sicht ist die japanische Bevölkerung aber in einem rapiden Überalterungsprozeß begriffen und wird von Einwanderung abhängig sein, um bestimmte Positionen zu besetzen. Andere Alternativen, um Dienste wie Altersbetreuung, Bauarbeit oder Fließbandarbeit weiterhin durchführen zu können, sind kaum zu entdecken. Dieser Aspekt ist inzwischen zur Kernbegründung der Öffnung geworden.⁵⁰

Anhang

a) Sushi und die Einwanderung

Sushi ist das japanische Prestige-Gericht par excellence, in den letzten Jahren kommt es auch außerhalb Japans immer mehr in Mode. Es muß ganz frisch und gut zubereitet sein, um den besonderen japanischen Ansprüchen elaborierter Einfachheit zu genügen. Trotz des japanischen Flairs dieses Gerichts ist es nicht möglich, Sushi durch japanische Arbeitskräfte herstellen zu lassen. Denn trotz sauberer und sicherer Betriebsverhältnisse wabert ein durchdringender Geruch durch die fischverarbeitenden Betriebe, dem man nicht entkommen kann. Fischverarbeitende Betriebe gehören zu den Wirtschaftszweigen, die einheimische Japaner meiden.

In dieser Situation müssen sich die Unternehmen nach Alternativen umsehen. Eine Möglichkeit ist es, die Produktion nach Südostasien auszulagern, wo billige Arbeitskräfte im Überfluß zur Verfügung stehen. Für einige Produktionslinien ist das auch getan worden. Abgesehen von Problemen einer verlässlichen Energieversorgung ist diese Möglichkeit aber auf Fischkonserven und Gefrierfisch beschränkt. Die Produktion von Frischfisch und insbesondere rohem Frischfisch – die besondere japanische Spezialität – kann

50 Japan: More Foreign Workers?, in: Migration News, August 1997.

wegen der zu langen Transportwege nicht ins Ausland verlagert werden. Darüber hinaus erwartet der japanische Konsument eine gewisse ästhetische Qualität des Produkts, die in Indonesien oder den Philippinen schwer zu sichern ist. Auch die Automatisierung hat ihre Grenzen erreicht. Eine Möglichkeit, einheimische Arbeitskräfte anzuziehen, könnten höhere Löhne sein. Das aber ist im harten Wettbewerb zwischen verschiedenen fischverarbeitenden Unternehmen kaum durchführbar. Außerdem könnte auch damit wegen der allgegenwärtigen Geruchsprobleme schwerlich eine stabile Belegschaft gesichert werden.

Für die Fischverarbeitung war die beste Option deshalb die Beschäftigung von Einwanderern. Seit der Änderung des Gesetzes 1990 können Südamerikaner japanischer Abstammung (*Nikkeijin*) eine Arbeits- und Aufenthaltsberechtigung bekommen. Das macht sie zu einem verlässlichen Reservoir von Arbeitskräften, die an das Unternehmen gebunden werden können. Der Betrieb, den wir in der kleinen Küstenstadt Yaizu 150 km westlich von Tokio besuchen konnten⁵¹, umfaßt sechzig Arbeitskräfte und ist eine Untereinheit eines größeren Komplexes mit sechshundert Beschäftigten. Vierzig der sechzig Arbeitskräfte sind *Nikkeijin*, einschließlich fünf Beschäftigter, die über Arbeitsvermittler engagiert wurden. Männliche Arbeiter verdienen 1.100–1.500 Yen (15–21 DM), weibliche 800–1.500 Yen (11–15 DM) pro Stunde. Zum Zeitpunkt des Interviews wurde überlegt, die Löhne anzuheben, um die Beschäftigten davon abzuhalten, auf besser bezahlte Jobs im Automobilbereich zu wechseln, der in der Region stark vertreten ist. *Nikkeijin* mit akademischer Ausbildung konnten langfristig nicht gehalten werden und verließen den Betrieb bei der ersten sich bietenden Gelegenheit. Andererseits blieben Arbeitskräfte mit Erfahrungen als Bauern oder Viehzüchter weit eher langfristig im Betrieb. Einige der Einwanderer hatten vorher in brasilianischen Geflügelzuchtanlagen gearbeitet, wo die Geruchsprobleme denen der Fischverarbeitung vergleichbar waren.

Im Durchschnitt lebten die Einwanderer 1997 vier Jahre in Japan, einer von ihnen schon seit sieben Jahren. Viele von ihnen kommen aus der Region São Paulo. Das Unternehmen ermutigt sie, ihre Familien nach Japan nachzuholen, und zwei Drittel haben das getan. Da der Betrieb auf eine stabile, erfahrene und motivierte Belegschaft angewiesen ist, hat er ein Eigeninteresse an den Einwanderern und ihren Lebensverhältnissen. Der Betrieb sorgt für Wohnungen, und die meisten Einwanderer leben deshalb zusammen in

51 Professor Fukawa, Staatliche Universität Shizuoka, möchte ich herzlich dafür danken, daß er unseren Besuch bei der Yaizu Aquatic Products Processing Factory am 8.9.1997 organisiert hat, ebenso dem Manager der Fabrik, der die wirtschaftlichen und sozialen Aspekte der Beschäftigung der *Nikkeijin* in großer Offenheit und Sachkunde mit uns diskutiert hat.

demselben Wohngebiet. Jede Familie bezahlt 30.000 Yen (420 DM) Miete, und der Betrieb steuert weitere 20.000 Yen (280 DM) bei.

Ein Problem stellt die Kinderbetreuung dar, weil viele Mütter in der Fabrik arbeiten und es keine Kindergärten oder Kindertagesstätten gibt. In der Schule leben sich die Kinder gut ein, wenn sie jung nach Japan kommen. Die häufigsten Beschwerden der einheimischen Bevölkerung betreffen Lärmbelästigung, laute Parties, Fehler bei der Müllsortierung (die in Japan auf einer strikten Unterteilung in brennbare und nichtbrennbare Stoffe basiert) und Kleinkriminalität. Ein anderes Problem ist das der ›vierten Generation‹, die nach dem Einwanderungsgesetz von 1990 keinen Rechtsanspruch auf Aufenthalt in Japan hat. Obwohl sie meist besser japanisch sprachen als ihre Eltern, wurden diese Jugendlichen zu Ausländern ohne Paß, zu Illegalen, sobald sie volljährig waren. Erst seit Sommer 1997 wird ihnen das Recht zuerkannt, in Japan zu bleiben und zu arbeiten, sofern sie in Japan aufgewachsen sind.

Zur Zeit ist die Situation stabil. Arbeitskräfte, die in andere Betriebe wechseln, werden durch Neueinwanderer aus Lateinamerika ersetzt. Gleichwohl stellt der Betrieb Überlegungen an, als Alternative zu den *Nikkeijin* Trainees aus China zu engagieren. Zur Zeit ist geplant, sechs Trainees anzuwerben. Nach den neuen Vorschriften können sie bis zu drei Jahre in Japan beschäftigt werden. Der Hauptgrund für diese Überlegungen ist die Tatsache, daß viele Arbeiterinnen in absehbarer Zeit in ein Alter kommen, in dem sie nicht mehr für die Fischverarbeitung geeignet sind. Außerdem kosten Trainees aus China nur drei Viertel der Löhne der *Nikkeijin*. Dies ist besonders in Hinsicht auf diejenigen Arbeitskräfte ein großer Unterschied, die über Arbeitsvermittler engagiert werden und das Unternehmen über den normalen Lohn hinaus 300–500 Yen pro Stunde kosten. Die chinesischen Arbeitskräfte könnten ferner über das Trainee-System fest an das Unternehmen gebunden werden, da ihre Arbeitsbewilligung darauf bezogen ist. Insofern bilden sich Veränderungen in der Gesetzgebung direkt in der Beschäftigungspolitik und der Lebenslage der Arbeitskräfte ab.

b) Tabellen

*Tabelle 1: Einkommen in Japan und in potentiellen Zuwanderungsländern
1992*

Land	Pro-Kopf- Einkommen in \$	Pro-Kopf-Einkommen im Vergleich zu Japan
Japan	28.790	
Singapur	15.730	1 : 1,8
Hongkong	15.360	1 : 1,8
Südkorea	6.790	1 : 4,0
Malaysia	2.790	1 : 10,0
Brasilien	2.770	1 : 10,0
Iran	2.200	1 : 13,0
Thailand	1.840	1 : 15,0
Peru	950	1 : 30,0
Philippinen	770	1 : 37,0
Indonesien	670	1 : 42,0
Sri Lanka	540	1 : 52,0
China	470	1 : 60,0
Pakistan	420	1 : 67,0
Indien	310	1 : 91,0
Bangladesh	220	1 : 128,0

Quelle: World Bank, World Development Report, Washington 1994.

Tabelle 2: Offiziell zugelassene ausländische Arbeitskräfte nach Aufenthaltsstatus (wichtige Kategorien) in Japan 1976–1993

	Entertainment	Skilled Labor	Company Employees	Language Teachers
1976	10.738	307	1.446	
1977	10.939	327	1.716	
1978	13.132	309	1.051	
1979	18.995	336	1.476	
1980	20.580	475	1.706	
1981	26.615	484	1.923	
1982	23.844	550	871	1.027
1983	25.035	408	979	1.041
1984	32.952	511	883	1.196
1985	34.569	498	314	1.464
1986	44.989	552	716	1.355
1987	59.693	465	756	1.718
1988	71.026	480	1.304	2.032
1989	60.546	468	1.688	3.534
1990	75.091	1.510	1.540	4.092
1992	84.368	2.441	4.639	2.573
1993	76.242	1.768	4.438	2.635

Quelle: Japanisches Justizministerium, Einreisestatistiken. Seit 1990 gelten modifizierte Aufenthaltskategorien, die hier so weit wie möglich auf die alten Kategorien umgerechnet wurden. Dadurch ergeben sich einige zahlenmäßige Sprünge.

Tabelle 3: Ausländische Bevölkerung in Japan nach Nationalitäten (in Tsd.)

	1985	1986	1987	1988	1989	1990	1991	1992	1993	1994	1995
Korea	683,3	678,0	673,8	677,1	681,8	687,9	693,1	688,1	682,3	676,8	666,4
China/ Taiwan	74,9	84,4	95,5	129,3	137,5	150,3	171,1	195,3	210,1	218,6	223,0
Brasilien	2,0	2,1	2,3	4,2	14,5	56,4	119,3	147,8	154,7	159,6	176,4
Peru	0,5	0,6	0,6	0,9	4,1	10,3	26,3	31,1	33,2	35,4	36,3
Südostasien	23,5	31,5	37,2	50,3	59,4	72,4	91,0	94,2	122,7	141,8	135,6
OECD-Länder	41,2	46,1	46,9	50,6	54,8	61,1	69,4	70,3	71,4	72,9	72,9
Andere Länder	23,4	24,5	25,7	28,6	32,4	36,9	48,7	54,8	46,3	49,0	51,8
Zusammen	850,6	867,2	884,0	941,0	984,5	1075,3	1218,9	1281,6	1320,7	1354,0	1362,4

Quelle: Japanisches Arbeitsministerium, Tokio

Kiyoko Sakamoto

Japanische Ausländerpolitik seit 1945

Entwicklungen und Konzepte

Auch in der neueren wissenschaftlichen Literatur findet sich die inzwischen veraltete Vorstellung, daß Japan ein Land mit einer national homogenen Bevölkerung sei. So kategorisiert etwa Walker Connor noch 1994 Japan als »nation-state [...] characterized by an extremely homogeneous population«¹. Migrationsforscher, die ein wenig über Japan informiert sind, wissen, daß das nicht richtig ist, auch wenn die Ausländerzahlen im Vergleich zu anderen Industrieländern niedrig liegen: Nach der amtlichen Statistik hat die Ausländerzahl in Japan im Jahre 1990 zum ersten Mal die Schwelle von einer Million überschritten und 1992 den Wert von 1% der Gesamtbevölkerung erreicht; heute sind es 1,4 Mio., also 1,1% der Bevölkerung.

Dennoch widersprechen sich die Positionen in der Diskussion der Frage, ob, warum und inwieweit die Bevölkerung Japans doch in höherem Maße als ›homogen‹ betrachtet werden kann als diejenige anderer Zuwanderungsländer. Vor diesem Hintergrund muß die Entwicklung der japanischen Ausländerpolitik seit 1945 betrachtet und analysiert werden. Es geht dabei nicht um Identitäts- oder Mentalitätsfragen, sondern vorwiegend darum, konzeptionelle Grundlagen der Ausländerpolitik und deren Folgen langfristig zu untersuchen und einzuordnen.

Im ersten Teil dieses Beitrags² werden als Voraussetzung für die Betrachtung der gegenwärtigen Ausländerpolitik drei Entwicklungen der Zeit vor dem Zweiten Weltkrieg zusammenfassend beschrieben, die für die Zeit nach 1945 Bedeutung erlangten. Der zweite Teil bezieht sich auf den Aus-

1 Walker Connor, *Ethnonationalism*, Princeton 1994, S. 77.

2 Überarbeitete Fassung eines Vortrags, den ich im Rahmen einer IMIS-Vortragsreihe am 11.12.1997 an der Universität Osnabrück gehalten habe. Für die Förderung meines Forschungsaufenthaltes danke ich dem IMIS, insbesondere Prof. Dr. Klaus J. Bade, dem japanischen Ministerium für Kultur und Erziehung (Monbusho) und dem DAAD. Die Anmerkungen wurden bewußt knapp gehalten; s. insgesamt hierzu auch: Rogers Brubaker, *Citizenship and Nationhood in France and Germany*, London 1992; Horoshi Komai (Hg.), *Nippon no Ethnic Shakai*, Tokio 1996; Chongmiong Park (Hg.), *Sainichi Chosen-jin*, Tokio 1995; Kiongshik Park, *Tennnosei-Kokka to Sainichi Chosen-jin*, Tokio 1986; Haruo Shimada, *Japan's »Guest Workers«*, Tokio 1994; Yukiharu Takahashi, *Nikkei Brasile Imin-shi*, Tokio 1993; Justizministerium, *Statistik der Ausländer in Japan 1995, 1996 und 1997*.

gangspunkt der japanischen Ausländerpolitik nach dem Zweiten Weltkrieg. Dabei geht es um die Leit motive der Diskriminierung der Ausländer – insbesondere der Koreaner – bis zum Ende der 1970er Jahre. Der dritte Teil gilt einem der wichtigsten Wendepunkte in der Entwicklung der ausländerpolitischen Leitideen seit dem 19. Jahrhundert: der Flüchtlingswelle aus Vietnam und den neuen Ausländerproblemen der 1980er Jahre. Im vierten und letzten Teil geht es um die Veränderungen im Ausländergesetz und die sich daraus ergebenden Folgen in den 1990er Jahren.

Von der ›Öffnung des Staates‹ zur Kolonialmacht Japan

Bis 1854, als ein modernes amerikanisches Kriegsschiff eintraf, war Japan über 200 Jahre lang ein von der Welt isolierter, von einer Generalsfamilie regierter Staat. Erschrocken und verwirrt schlossen die Japaner auf den militärischen Druck hin mit Amerikanern und später mit Europäern Handelsverträge, in denen allerdings das alte japanische Regime noch keineswegs als gleichberechtigter Handelspartner erschien; denn für gleichberechtigte Verträge hatte es bis dahin in Japan noch keine Grundlage – wie etwa die Verfassung eines modernen Staates – gegeben. Diese ›Öffnung des Staates‹ bestimmte das Bild von Japan in der Weltöffentlichkeit, das Bild eines in seiner Entwicklung gegenüber dem Westen rückständigen Landes.

Nach der Restaurierung des alten Regimes im Jahre 1868 versuchte die neue Regierung, Japan zu modernisieren und so mit den Europäern gleichzuziehen. ›Modernisierung‹ im Sinne von ›Europäisierung‹ war damit ein politisches Leitmotiv geworden. Neben der Einrichtung des Rechts- und Erziehungssystems betonte die Regierung dabei nachdrücklich zwei konkrete Ziele der Modernisierung: wirtschaftliche Stärkung durch industrielle Entwicklung (*shokusan-kogyo*) und politische Stärkung durch militärische Aufrüstung (*fukoku-kyohei*). Dabei diente der Kaiser als eine die japanische Bevölkerung einigende und Identität stiftende Institution des zentralistischen Staates. Das galt besonders nach dem japanisch-chinesischen Krieg (1894/95) mit Hilfe einer ›Nation-Ideologie‹, die Japaner als abgeschlossene Gruppe aus »einem Stamm für zehntausend Generationen (*bansei-ikkei*)« darstellte. Diese Familien-Nation-Ideologie wird im folgenden als der dritte Faktor der japanischen Modernisierung bezeichnet.

Die Bedeutung der Ausländer darf zu jener Zeit nicht zu niedrig eingeschätzt werden. Die Europäisierung wurde nämlich nicht nur in den rechtlichen Maßnahmen wie Verfassung oder Rechtssystem, sondern bald in jedem Bereich wie z.B. in Kultur, Kunst, Wissenschaft und Lebensstil staatlich vorangetrieben. Dazu wurden jeweils Experten aus Europa als Lehrer eingeladen, die ›angestellte Ausländer‹ genannt wurden.

Ein zweiter wichtiger Aspekt in der Analyse der japanischen Zuwanderungssituation ist eine Tatsache, die auch im Zusammenhang mit dem Aus-

länderproblem der 1990er Jahre in Japan nur selten erwähnt wird: Japan war von der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts bis in die 1970er Jahre hinein Auswanderungsland, und zwar auf der Grundlage staatlicher Politik und Organisation. Hauptauswanderungsziel war zunächst Hawaii, wohin schon 1885 Japaner vom Staat vermittelt worden waren. Seit dem Ende des 19. Jahrhunderts wurden dann die USA und seit Beginn des 20. Jahrhunderts Lateinamerika und Mikronesien zu bevorzugten Wanderungszielen. In den 1930er Jahren, am Vorabend des Zweiten Weltkrieges, wurden mehr und mehr Umsiedlungen – ab 1941 ausschließlich – nach Nordchina (Mandschurei) registriert. Insgesamt haben seit 1868 über eine Million Japaner das Land verlassen, in den 1940er Jahren lebten etwa 1,5 Mio. Japaner im Ausland.

In diesen Zahlen sind allerdings die Japaner in den damaligen Kolonialgebieten, in Taiwan (Kolonialzeit: 1895–1945) und Korea (1910–1945), nicht enthalten. Wegen der Zielsetzung der Kolonialexpansion, koloniale Siedlungsräume zu finden, kann man aber auch diese Umsiedlungen als Teil der japanischen Migrationsgeschichte verstehen. Bis Ende 1941 waren in Korea über 700.000 und in Taiwan ca. 350.000 Japaner angesiedelt worden. Einschließlich dieser in die Kolonialgebiete umgesiedelten Einwohner Japans lag die Gesamtzahl der außerhalb des japanischen Mutterlandes lebenden Japaner zu dieser Zeit bei mehr als 2,5 Mio.

Der dritte Aspekt schließlich ist die Kolonialzeit selbst, vor allem die Annexion von Korea. Als Japan 1905 im Russisch-Japanischen Krieg gesiegt und 1910 die koreanische Halbinsel – angeblich vertragsmäßig – annektiert hatte, herrschte in Japan Euphorie. Denn eines der zwei Ziele der Modernisierung im 19. Jahrhundert, die politische Stärkung durch militärische Aufrüstung, schien erreicht zu sein. Politiker und Medien bezeichneten Japan wiederholt als ›Staat erster Klasse‹. Auch in der westlichen Welt wurde Japan nun als eine der nationalen ›Großmächte der Welt‹ anerkannt. Und diese Einschätzung schien sich dann auch im Ersten Weltkrieg zu bestätigen.

Die Koreaner wurden in Japan wie in Korea als Untertanen des japanischen Kaisers behandelt. Es wurde versucht, sie zu assimilieren: Sie wurden ausschließlich japanisch erzogen, besuchten Shintoschreine und beschworen Treue zum Kaiser. Später, ab 1940, hat die Regierung auf der Grundlage der Familien-Nation-Ideologie sogar koreanische Namen in japanisch klingende umbenennen lassen (die Politik der *soshi-kaimet*). Diese nationale Ideologie, bei der Familiennamen eine entscheidende Rolle spielten, wurde während des Zweiten Weltkrieges extrem forciert.

Die Koreaner wurden in Japan dennoch, durchaus im Widerspruch zur Idee der Assimilation, ›Ausländer‹ (*gaichi-jin*) genannt. Die japanischen Inseln und die koreanische Halbinsel waren zwar Bestandteile eines Staatsgebiets, die Teile waren aber nicht gleichberechtigt. Die japanischen Inseln blieben *naichi* (In-land), während Korea als Gebiet unter einem fremden Recht,

gaichi (Aus-land) hieß. Die Übertragung ihres *Koseki*³ (Familienbuchs) nach Japan war nicht erlaubt. Damit ließ die japanische Regierung die Koreaner letztlich Ausländer bleiben. Auf diese zeitgleiche Antinomie von Assimilation und Exklusion wird noch zurückzukommen sein.

Die *sainichi* von 1945 bis in die 1970er Jahre: zwischen Ausschluß und Assimilation

Nach der Kapitulation im Jahre 1945 hatte Japan im Friedensvertrag von San Francisco auf die Kolonialgebiete verzichtet. Über 6 Mio. Japaner kehrten daraufhin aus den besetzten Gebieten, vor allem aus China, und aus den Kolonien nach Japan zurück. Zwischen 1945 und 1951 stieg die Einwohnerzahl Japans von ca. 72 Mio. auf fast 85 Mio. an, von denen über 13 Mio. Menschen arbeitslos waren. 1951 begann die Regierung erneut, die Auswanderung zu organisieren, allerdings jetzt nicht mehr in die asiatischen Länder, sondern nach Nord- und Südamerika. Japan blieb bis Anfang der 1970er Jahre Auswanderungsland, zeigte sich nach außen hin abgeschlossen und trieb die industrielle Entwicklung – durch staatliche Einflußnahme – voran.

Nachdem die meisten Koreaner nach Kriegsende in ihre Heimat zurückgeschickt worden waren, blieben noch etwa 650.000 von ihnen auch nach 1946 in Japan. Die Zahl der Taiwanesen in Japan war mit knapp 20.000 weit aus geringer. Diese beiden Gruppen wurden später *sainichi* (in-Japanbleibende) genannt. Aus der vom Staat betriebenen rechtlichen und sozialen Diskriminierung dieser *sainichi*-Ausländer ergibt sich die Geschichte der *sainichi*-Probleme, des größten Ausländerproblems seit 1945, das zum Teil noch immer aktuell ist.

Der entscheidende Ausgangspunkt dieser Geschichte lag im Jahre 1952, als die Regierung den staatsrechtlichen Status der Menschen aus den ehemaligen Kolonialgebieten änderte: Koreaner und Taiwanesen, einschließlich derer, die im *naichi* (In-land) wohnten, verloren die japanische Staatsangehörigkeit. Obwohl die Möglichkeit der freien Wahl der Staatsangehörigkeit bis dahin mehrmals angekündigt worden war, kam sie nicht zustande. Die ehemaligen Japaner wurden nun wie reguläre Ausländer behandelt und mußten ein Einbürgerungsverfahren einleiten, wenn sie die japanische

3 Familienbuch oder -register. Jede Person japanischer Staatsangehörigkeit ist in einem *Koseki* verzeichnet, und zwar nicht primär als Einzelperson, sondern als Mitglied einer Familie. (Bei jeder Eheschließung wird ein neues *Koseki* angelegt, nicht aber bei einer Geburt.) Die Eintragung ins *Koseki* – die wichtigste Grundlage für alle relevanten Dokumente wie z.B. den Paß – ist also nicht gleichbedeutend mit einer Registrierung beim Einwohnermeldeamt in Deutschland. Das *Koseki* wird oft von der Gemeindeverwaltung des Ortes geführt, aus dem die Familie stammt, der aber nicht mit dem aktuellen Wohnort identisch sein muß. Eine Übertragung innerhalb Japans ist jedoch möglich. Das eben war den Koreanern verwehrt.

Staatsangehörigkeit erwerben wollten. Auf diese Weise wählten sie nicht freiwillig die japanische Staatsangehörigkeit, sondern der japanische Staat wählte sich seine Staatsangehörigen selbst aus. Der frühere Ministerpräsident Shigeru Yoshida begründete diese Maßnahme 1951 im Oberhaus mit den Worten: »Aus der Mühe der bisherigen Regierungen, die Koreaner sogar durch die Umbenennung zu japanisieren, folgte, daß manche sich als Koreaner in Japan eingelebt haben oder manche sogar ganz Japaner geworden sind. Nicht wenige aber haben mit irgendwelchen politischen Krawallen zu tun und nehmen an Unruhen im Lande teil. Es gibt beide, gute und schlechte...«.⁴ Für die Regierung waren also ›ganz Japaner‹ nur die guten *sainichi*, und nur sie konnten ›ganz Japaner‹ werden.

Status und Aufenthaltsrecht der Koreaner und Taiwanesen als Ausländer in Japan waren nur vorläufig geregelt. Im ›Gesetz für die Ausführung der Befehle des Außenministeriums aufgrund der Angelegenheiten um die mit der Aufnahme der Potsdamer Deklaration gegebenen Befehle‹ (kurz ›Gesetz 126‹ genannt) heißt es im Zusammenhang mit den Menschen aus ehemaligen Kolonialgebieten: »Sie könnten ohne Aufenthaltsgenehmigung in Japan bleiben, bis ihr Status und die Dauer ihres Aufenthalts durch ein Gesetz bestimmt wird.«⁵

Das so angekündigte Gesetz wurde jedoch erst 1991, fast ein halbes Jahrhundert später, verabschiedet. Aufgrund dieses langen Zeitraums hießen die in Japan zurückgebliebenen Koreaner und Taiwanesen nach dem ihren Rechtsstatus festschreibenden Gesetzesakt ›Gesetz-126‹. Viele ›Gesetz-126‹ blieben in diesem Status bis in die 1990er Jahre hinein, und ihre in Japan geborenen Kinder hießen ›Kinder von Gesetz-126‹. Später änderte sich der Begriff für die ›Gesetz-126‹ und ihre Nachkommen; sie wurden nun *sainichi* genannt. Allerdings sind wegen der überwältigen Mehrheit der Koreaner in dieser Gruppe (der Anteil der Taiwanesen lag von Anfang an nur bei rund 2%, 1989 gab es nur 800 taiwanesischen ›Gesetz-126‹) mit dieser Bezeichnung meistens *sainichi*-Koreaner gemeint.

Unter den wenigen Ausländern, die in Japan lebten, waren diese *sainichi* die größte Gruppe. Die Ausländerklauseln, die das japanische Rechtssystem beinhaltete, galten de facto ausschließlich für *sainichi*. Sie waren nicht sozialversichert, erhielten keine Renten, kein Kindergeld und keine Möglichkeit, in einer Sozialwohnung zu wohnen. Sie mußten, wie andere Ausländer, ständig einen Ausländerausweis bei sich tragen und alle 2 Jahre, später alle 5 Jahre, einen Antrag auf einen neuen Ausweis stellen. Bei der Beantragung wurden jedesmal Fingerabdrücke genommen. Fingerabdrücke hatte die Polizei auch schon 1951 von allen Japanern sammeln wollen, was aber an der Er-

4 Zitiert nach Hiroshi Tanaka, *Sainichi Gaikoku-jin*, Neuauf. Tokio 1997, S. 70.

5 Gesetz 126, Art. 2 Nr. 6.

klärung des Innenministeriums gescheitert war, daß das im Hinblick auf die Menschenrechte nicht zu empfehlen sei. Nur ein Jahr darauf (1952) war diese Vorschrift für Ausländer eingeführt worden. Wer die Fingerabdruckabgabe ablehnte, wurde festgenommen und mit Zuchthaus oder Gefängnis bis zu einem Jahr oder Bußgeld bis 200.000 Yen bestraft. Der Kampf gegen dieses Registrierungssystem bildete in den 1980er Jahren einen der wichtigsten Punkte für die rechtliche Rehabilitierung der *sainichi*.

Auch in bezug auf die Einbürgerung waren im japanischen Rechtssystem Hürden und Hemmnisse aufgebaut worden. Die Kandidaten mußten darlegen, daß und wieweit sie japanisiert – mit dem Wort von Ministerpräsident Yoshida ›gut‹ – waren. Sie mußten darüber hinaus ihre Namen in japanisch klingende ändern, eine Maßnahme, die nachdrücklich an die Familienideologie des 19. Jahrhunderts und an die Kolonialzeit erinnert. Der Erwerb der japanischen Staatsangehörigkeit setzte die vollständige Assimilation voraus. Offiziell hatten die Ausländer in Japan zwar die Wahl zwischen Ausländer-sein und Japaner-werden, aber in der ausländerpolitischen Realität blieb nur die Wahl zwischen Diskriminierung und Assimilation. Das Resultat war in beiden Fällen das gleiche: die Verdrängung des Ausländer-Seins. Damit wirkte die Staatsangehörigkeit gleichsam als Festung, die die ›Homogenität‹ der Japaner – nach der bereits oben genannten Nation-Ideologie ›eines Stammes für zehntausend Generationen‹ – bewahren sollte.

In der allgemeinen historischen Periodisierung bedeutet das Jahr 1945 eine absolute Zäsur. In der Ausländerpolitik aber scheinen Kontinuitäten aus der Kolonialzeit fortzuwirken. Erst in den 1970er Jahren änderte sich die Lage der *sainichi* im Kontext des allgemeinen politischen Klimawechsels.

Die Aufnahme von Flüchtlingen, Studenten und Praktikanten in den 1970er und 1980er Jahren

In den 1970er Jahren erlebte die Weltwirtschaft den Ölpreisschock und danach die größte Wirtschaftskrise seit dem Zweiten Weltkrieg. Japan, das inzwischen zu den führenden Industrieländern zählte, konnte die Krise relativ schnell überwinden. Die Auswanderung hatte keine Anziehungskraft mehr, das letzte Auswandererschiff nahm 1973 von Japan aus Kurs nach Brasilien. Vor diesem Hintergrund fand Japan auch politisch seinen Platz in der Weltpolitik: Schon 1975 hatte das erste Gipfeltreffen der sieben führenden Industrienationen (G7) unter Beteiligung Japans stattgefunden. Die Anerkennung der Welt und das neue Bewußtsein, eine wirtschaftliche Großmacht zu sein, veranlaßte die japanische Regierung, im internationalen Kontext politische Aufgaben zu übernehmen. Mit diesem Wechsel von der ›Modernisierung‹ zur ›Internationalisierung‹ begann ein wichtiger Wendepunkt in der politischen Entwicklung Japans.

Im Zusammenhang mit der ›Internationalisierung‹ in den 1970er und 1980er Jahren sind es zwei Entwicklungen, deren Folgen für die Änderung des Ausländergesetzes im Jahr 1990 entscheidend sind:

Die erste Entwicklung begann mit der Fluchtwelle der Vietnamesen 1975. Mit diesem internationalen Problem wurde auch die japanische Regierung konfrontiert, als neun vietnamesische *Boat-people* von einem amerikanischen Schiff gerettet und in die Nähe von Tokio gebracht wurden. Das geschah zu einer Zeit, als die Regierung Ausländer – vor allem *sainichi*-Koreaner – stark diskriminierte. Die Vietnamesen durften nur kurze Zeit in Japan bleiben, und zwar am Anfang nur 15 Tage, und wurden dann in andere Aufnahmeländer geschickt.

An dieser Maßnahme eines asiatischen Landes, das in der Sicht der westlichen Länder so gut wie ein Nachbar von Vietnam war, gab es heftige Kritik der G7-Länder und insbesondere der USA. 1978 beschloß dann die Regierung, nicht nur provisorisches Asyl für 180 Tage, sondern bis zu 6.000, später bis zu 10.000 Flüchtlingen auch die Niederlassung in Japan zu gestatten. Anfang der 1980er Jahre ratifizierte Japan die Genfer Flüchtlingskonvention (GFK). 1989 lebten dann fast 4.000 Vietnamesen in Japan.

Wegen des Beitritts zur GFK war die Regierung nun gezwungen, die Ausländerklauseln in den japanischen Gesetzen und Vorschriften abzuschaffen und allen Ausländern die Möglichkeit einzuräumen, sich um Sozialwohnungen zu bemühen, Mitglied in der Rentenversicherung zu werden und Kindergeld in Anspruch zu nehmen. Zu ›allen Ausländern‹ gehörten natürlich auch die *sainichi*. Deren besonderer Rechtsstatus wurde 1982 als Ergebnis der Flüchtlingswelle verbessert. Die ›Internationalisierung‹ Japans, sozusagen die zweite ›Öffnung des Staates‹, war erneut erst durch Druck von außen möglich geworden. In einem weiteren Punkt hatte diese Entwicklung für die spätere Zeit eine entscheidende Bedeutung: Erneut hatte die Regierung die Initiative ergriffen, um einen japanischen Rückstand wettzumachen – nun nicht mehr der ›Modernisierung‹, sondern der ›Internationalisierung‹.

Das zeigte sich auch in der folgenden merkwürdigen Politik des Aufholens. 1983 hatte eine vom damaligen Ministerpräsidenten Nakasone organisierte Arbeitsgruppe einen »Vorschlag der Politik für das 21. Jahrhundert in bezug auf ausländische Studenten« vorgelegt. Dabei handelte es sich um einen Plan zur Aufnahme von 100.000 ausländischen Studenten bis zum Beginn des 21. Jahrhunderts. Aus dem Material der Arbeitsgruppe war der zahlenmäßige Rückstand Japans damals unverhüllt abzulesen. Nach diesem Plan sollten die Zahlen der ausländischen Studenten in Japan bis 1992 auf 50.000, d.h. auf das Niveau von Deutschland und Großbritannien, bis zum Jahre 2000 auf 100.000, auf das Niveau von Frankreich, anwachsen. 1992 wurden in der Tat ca. 56.000 Studenten gezählt. Die besondere Bedeutung

zweier ausländerpolitischer Maßnahmen, mit deren Hilfe diese Zahl erreicht worden war, wurde Ende der 1980er Jahre offenbar.

Zum einen hatte die Regierung ausländischen Studenten erlaubt, in Japan Arbeit aufzunehmen. Das Kabinett hatte damals erklärt: »Für die Arbeitsaufnahme durch ausländische Studenten innerhalb der Grenze« von bis zu 20 Stunden pro Woche »bedarf es keiner Antragstellung. Auch bei längerer Arbeitszeit werden die Verfahren vereinfacht.« Diese Erlaubnis galt auch für Studenten in japanischen Sprachkursen.

Zum anderen wurden die Verfahren der Beantragung eines Visums für diese Sprachschüler vereinfacht. Wer in Japan eine Universität besuchen wollte, mußte zuerst eine Sprachprüfung bestehen. Der größte Teil der Studenten mußte deswegen in Japan vorher eine Zeitlang eine Sprachschule besuchen. Nach der neuen Regelung durfte nun die Sprachschule stellvertretend für die Schüler das Visum beantragen und konnte dabei auch als Bürge fungieren. Aufgrund dieser Verfahrenserleichterung verdoppelte sich innerhalb eines Jahres nicht nur die Zahl der Sprachschüler, sondern auch die der Sprachschulen.

Die Folgen dieser Art der ›Internationalisierung‹ wurden in der zweiten Hälfte der 1980er Jahre, in der Zeit der sog. Seifenblasen-Konjunktur, deutlich erkennbar. Bis zum Beginn der 1990er Jahre hatte die japanische Wirtschaft einen großen Aufschwung erfahren. Nach 1988 war das Angebot an freien Stellen auf dem Arbeitsmarkt größer als die Nachfrage, und die Firmen hatten ständig unter Mangel an Arbeitskräften, vor allem für wenig Qualifikation erfordernde und schlecht bezahlte Tätigkeiten, gelitten. Das Verhältnis Stellenangebote/Stellengesuche (im Juli 1989 1,35:1) zeigte den verbreiteten Mangel an Arbeitskräften in allen Branchen an. Besonders ernst war es für die kleineren Unternehmen, so daß manche Firmen Ende der 1980er Jahre sogar wegen Arbeitskräftemangel in Konkurs gingen. Zwei Aspekte der Folgen der ›Internationalisierung‹ sind dabei wichtig:

Was wurde nach dem ›Plan zur Aufnahme der 100.000 Studenten‹ aus den ausländischen Studenten und Schülern? Die Zahl ausländischer Studenten stieg von 1983 bis 1989 um das Dreifache auf etwa 30.000 an. Da sie bis zu 20 Stunden pro Woche arbeiten durften und auch Überstunden verhältnismäßig leicht genehmigt wurden, waren sie eine der legalen Arbeitskraftreserven für die japanischen Unternehmen.

Als das Verfahren zur Beantragung von Visa für ausländische Sprachschüler vereinfacht wurde, gab es noch kein System für ihre Aufnahme; das Ausländergesetz kannte noch nicht die Statuskategorie ›Schüler (pre-college student)‹. Ein weitaus größeres Problem war es, daß es bis 1988 keine Vorschriften dafür gab, Japanischschulen als Bildungsinstitutionen zu überprüfen. In dieser faktisch anarchischen, gesetzlich ungeregelten Situation wurden mehr und mehr Sprachschulen als Privatunternehmen – manche ledig-

lich als ›paper-companies‹ – gegründet, die nach Anerkennung durch das Justizministerium die Rolle von Visumvermittlern spielten. Einige Schulen gingen dann auch dazu über, die Zulassung zu den Schulen zu verkaufen; und auch gewerbliche Arbeitsvermittler begannen, sich auf diesem Gebiet zu betätigen. Das Schülervisum war so zu einem Mittel geworden, in Japan eine Arbeitsstelle zu finden. Erst nach den Unruhen in China im Jahre 1988, die ausgelöst worden waren, weil viele junge Menschen Gebühren bezahlt und nach vergeblichem Warten auf ihre Aufenthaltsgenehmigungen für Japan das Generalkonsulat in Shanghai gestürmt hatten, wurde damit begonnen, die Gründung der Sprachschulen zu kontrollieren. Bis dahin waren schon 35.000 (echte und mutmaßlich falsche) Schüler in Japan angekommen. 1989 gab es sogar ein verbreitetes Vorurteil, nachdem die Statuskategorie ›Schüler‹ neben den ›Touristen‹ als Tarnmantel für illegale Arbeitnahme betrachtet wurde.

In beiden Kategorien, der Studenten wie der Schüler, ist der hohe Anteil der Chinesen auffällig. 1989 waren nach den Zahlen des Justizministeriums 70% der Studenten und 58% der Schüler aus China gekommen. Dahinter rangierten in diesen Kategorien Zuwanderer aus Korea und Malaysia. Von den aufgedeckten Fällen illegaler Beschäftigung waren 1989 Zuwanderer (meistens Touristen) aus Bangladesh, Pakistan, den Philippinen und Korea etwa gleichmäßig betroffen.

Neben Studenten und Schülern gab es eine weitere Kategorie von Zuwanderern, die de facto gleichbedeutend mit illegalen Arbeitnehmern waren: die der ›Praktikanten (trainees)‹, denen die Erwerbstätigkeit nicht gestattet war. Ihre Zahl hatte sich zwischen 1986 und 1989 verdoppelt und lag 1989 bei etwa 30.000. Die vier wichtigsten Herkunftsländer waren damals Thailand, Korea, die Philippinen und China. Das Justizministerium bestätigte aufgrund einer Prüfung von 40 verdächtigen Fällen, daß eine beträchtliche Zahl von Firmen Praktikanten unter Umgehung der arbeitsrechtlichen Regelungen in Vollzeitstellen arbeiten ließen.⁶ Alle drei Gruppen, ausländische Studenten, ausländische Schüler und ausländische Praktikanten, wurden in den Medien und den politischen Diskussionen immer häufiger als ›illegal‹ bezeichnet und damit entsprechend problematisiert.

Die besondere Stellung, die Schüler, Studenten und Praktikanten im Prozeß der ›Internationalisierung‹ eingenommen hatten, sollte den Blick auf das Dauerproblem der Flüchtlinge in dieser Zeit nicht verstellen. Seit 1982 waren alle *Boat-people* aus Indochina aufgenommen worden, unabhängig davon, daß sie gelegentlich als ›Wirtschaftsflüchtlinge‹ eingeschätzt wurden. 1989 landeten plötzlich zahlreiche angebliche *Boat-people* aus Vietnam an den verschiedenen japanischen Südküsten. Innerhalb von drei Monaten waren insgesamt etwa 3.000 Vietnamesen in Japan angekommen. Es gab durchaus

6 Asahi-Zeitung, 14.8.1989.

Einrichtungen für ihre Aufnahme in Nagasaki und Tokio, aber alle Behörden und Lager waren bald überfordert. Langsam begann das Justizministerium, an restriktive Maßnahmen zu denken. Dann, Ende August 1989, wurden die Flüchtlinge als falsche Flüchtlinge ›enttarnt‹, die nicht aus Vietnam, sondern überwiegend aus China gekommen und mit Hilfe organisierter ›Schlepper‹ eingereist waren.

In der Regierung gab es unterschiedliche Reaktionen darauf. Der Regierungssprecher erklärte: »Wir nehmen auch die Leute aus China auf, wenn sie als Flüchtlinge anerkannt werden. Sie werden wie die Vietnamesen behandelt.« Dagegen sah das Justizministerium, das ohnedies restriktive Maßnahmen ergreifen wollte, die Chinesen als ›illegal‹ einreisende Arbeitswanderer an und wollte sie nach China abschieben. Im Außenministerium gab es wie immer die Befürchtung vor einer internationalen Verwicklung, wenn die Chinesen abgeschoben werden sollten.

Bemerkenswert war die Reaktion der Wirtschaft: Gleich zu Beginn der Zuwanderung der *Boat-people* meldeten sich viele kleinere Unternehmer bei den Betreuungsorganisationen der Flüchtlinge, um ihnen Stellen anzubieten. Bei einer der größten Organisationen betrug die Zahl der Stellenangebote zwischen Mai und Juli 1989 etwa 1.400. Mehrere Unternehmer waren sogar der Ansicht, daß nicht nur Vietnamesen, sondern auch »illegal eingereiste Chinesen« in Frage kommen könnten⁷, ein deutlicher Beleg für den damaligen großen Arbeitskräftebedarf vor allem bei den von Japanern nicht gerne übernommenen Stellen in kleineren Unternehmen.

Die Zuwanderung der *Boat-people* führte jedoch zu Restriktionen bei der Aufnahme von Flüchtlingen. Mit dem Argument, daß es sich um ›Wirtschaftsflüchtlinge‹ handele, wurden alle Chinesen abgeschoben. Darüber hinaus wurde die Einzelprüfung (screening) der Vietnamesen eingeführt, und zwar unter Berufung auf den Internationalen Kongreß für die Flüchtlinge aus Indochina vom Juni 1989, in dem die Kontrolle der Flüchtlingswelle aus wirtschaftlichen Gründen im ›umfassenden Aktionsplan‹ legitimiert worden war. Abgeschoben wurden überdies nicht nur chinesische Staatsbürger, sondern auch vietnamesische Flüchtlinge, die zuerst nach China geflüchtet und nach zehnjährigem Aufenthalt dort nach Japan gekommen waren. Sie wurden nämlich als ›Chinesen‹ betrachtet, wohingegen *sainichi*-Koreaner in Japan nach 50 Jahren noch Ausländer sind.

Die Ausweisungen und Abschiebungen heizten die Diskussion über ›ausländische Arbeiter in Japan‹ an, und die Medien brachten nun auch die Situation der illegalen ausländischen Arbeiter ans Licht, die im Schatten der Konjunktur arbeitsrechtlich und sogar menschenrechtlich benachteiligt worden waren. In diesem Durcheinander von Einwanderungserleichterungen

7 Asahi-Zeitung, 3.9.1989.

und Zuwanderungsrestriktionen, von wirtschaftlichen Argumenten für und politischen Argumenten gegen die Aufnahme von Ausländern als Arbeitskräfte, wurde die Änderung des Ausländergesetzes nach 40 Jahren, im Jahre 1989, zum ersten Mal zu einem der wichtigsten Themen im Parlament.

Die 1990er Jahre: Arbeitskräftezuwanderung und die Rückwanderung der *dekasegi* aus Brasilien

Die Problematik war nur allzu deutlich: Es ging hauptsächlich um den Arbeitsmarkt für unqualifizierte Arbeitskräfte, die in Japan nachgefragt und im Ausland angeboten wurden, deren Einreise jedoch illegal war. Und es ging um den Arbeiterschutz, der grundsätzlich allen Arbeitern gewährt werden mußte, dem sich die Unternehmen aber in bezug auf ihre illegal Beschäftigten leicht entziehen konnten.

Bevor die Vorschläge zu der Gesetzesänderung vom Justizministerium vorgelegt worden waren, wurden verschiedene Stellungnahmen eingeholt. Der Präsident der Landesplanungsanstalt befürwortete die Zulassung ausländischer unqualifizierter Arbeiter mit der Begründung: »Branchen wie das Baugewerbe oder die Unterhaltungsindustrie leiden unter dem Mangel an Arbeitskräften. In Japan fehlt es an unqualifizierten Arbeitern. [...] Ausländische Arbeiter sollten aufgenommen werden.«⁸ Diese Meinung vertraten auch die Unternehmen aus der Bauindustrie. Sie wurde aber auch, mit unterschiedlichen Begründungen, häufig in Stellungnahmen von Journalisten und Wissenschaftlern geäußert. Wissenschaftler verwiesen auf die Möglichkeit internationaler Kritik am Ausschluß ausländischer Arbeiter in Japan. Dagegen äußerte die Regierung wiederum Sorge vor dem Vorwurf der Weltöffentlichkeit, daß Japan ›Drecksarbeiten‹, die Japaner nicht gerne leisten wollten, auf Ausländer abschöbe. In der öffentlichen Diskussion wurde von verschiedener Seite auch darauf hingewiesen, daß es nicht nur um die Aufnahme der Ausländer als Arbeitskräfte, sondern auch um die Möglichkeit ihrer Niederlassung in Japan und die Koexistenz mit ihnen ging. In diesem Zusammenhang wurde wieder die ›Öffnung des Staates‹ – seit dem 19. Jahrhundert zum dritten Mal – zu einem Schlüsselbegriff in der ausländerpolitischen Diskussion.

In den parlamentarischen Verhandlungen, in denen in erster Linie über die Zulassung ausländischer Arbeitskräfte diskutiert wurde, war hauptsächlich von unqualifizierten Arbeitskräften die Rede. Zum Thema ›Koexistenz‹ mit ihnen wurden die Erfahrungen der Deutschen, die seit Ende der 1950er Jahre mit diesem Problem umgehen würden, mehrere Male erwähnt. Einmal wurde sogar ein deutscher Journalist in einen Ausschuß des Oberhauses eingeladen, wo er mit der Erklärung, daß die Deutschen das Zusammenleben

8 Asahi-Zeitung, 5.9.1989.

mit der zugewanderten türkischen Bevölkerung sehr gut gelernt hätten, die Zulassung von ausländischen Arbeitskräften in Japan ausdrücklich befürwortete.⁹ In den Verhandlungen des Unterhauses dagegen hatten sich alle vier eingeladenen Experten – ein Gewerkschafter, ein Wirtschaftswissenschaftler, ein Journalist und ein Unternehmer – gegen die Zulassung unqualifizierter Arbeiter ausgesprochen; sie waren sich dabei darin einig, daß statt der Ausländer mehr Alte und Frauen eingesetzt werden sollten.¹⁰

In dem neuen Gesetz von 1990¹¹ als Ergebnis dieser Diskussionen wurde jedoch der Arbeitsmarkt für unqualifizierte Arbeiter überhaupt nicht geregelt. Nun war im Text des Gesetzes nicht mehr von unqualifizierten, sondern ausschließlich von ›kompetenten ausländischen‹ Arbeitskräften die Rede, zu denen unter Betonung der ›Öffnung des Staates‹ als neue Berufskategorien z.B. Juristen, Buchhalter, Mediziner, Wissenschaftler oder Lehrer gehörten. Zu den Kategorien ›Studenten‹ und ›Praktikanten (trainee)‹ trat nun, als nicht erwerbstätige Statusgruppe, die Kategorie ›Schüler (pre-college student)‹.

Die Ausführungsbestimmungen erfuhren in dreierlei Hinsicht erhebliche Änderungen: Zum einen waren die Maßnahmen nun grundsätzlich restriktiv. Gesetzlich geregelt wurde die Art und Weise der Nachfrage nach unqualifizierter Arbeit, wobei ausdrücklich bestimmt wurde, daß Unternehmer und Arbeitsvermittler für illegale Erwerbstätigkeit von Ausländern zu haften hätten. Für Studenten wurde die Arbeitserlaubnis von ursprünglich bis zu 20 Stunden pro Woche *ohne* Antrag auf 4 Stunden pro Tag *mit* Antrag eingeschränkt. Die Visumsvermittlung der Sprachschulen wurde abgeschafft. Für Praktikanten versuchte die Regierung, das Programm des Praktikums (work-and-learn) zu systematisieren. Für Touristen aus Bangladesch, Pakistan und später auch aus dem Iran wurde die Visumpflicht eingeführt.

Trotz dieser restriktiven Maßnahmen ergaben sich bis 1992 statistisch gesehen keine großen Änderungen. Während des Wirtschaftsaufschwungs stiegen die Zahlen der Studenten, Schüler, Praktikanten sowie der ›Illegalen‹ jeweils an. Als 1993 die Rezession einsetzte, begannen sich die Zahlen der Praktikanten und der ›Illegalen‹, besonders stark aber der Schüler, zu vermindern, ein deutlicher Hinweis darauf, welche Gruppen als verschiebbare Masse im Wirtschaftsabschwung benutzt wurden.

Zum zweiten wurde in bezug auf das *sainichi*-Problem ein entscheidender Schritt getan. In den Verhandlungen über die Gesetzesänderung

-
- 9 Protokoll des Justizausschusses im Oberhaus Nr. 2 (Sangiin Homuiinkai-Kaigiroku dai 2 go), 5.12.1989.
- 10 Protokoll des Justizausschusses im Unterhaus Nr. 3 (Shugiin Homuiinkai- Kaigiroku dai 3 go), 14.11.1989.
- 11 Vgl. zu den Folgen des Gesetzes von 1990 auch den Beitrag von Dietrich Thränhardt in diesem Heft.

wurde mehrfach die Sorge davor ausgesprochen, daß die restriktive Absicht der Gesetzesänderung die mühsam erworbenen Rechte der *sainichi*-Ausländer rückgängig machen könnte. Nach der Gesetzesänderung im Jahre 1991 wurde dann der Status aller *sainichi*-Ausländer unabhängig von der Generation einheitlich als Dauer-Wohnberechtigte (permanent resident) gesichert, womit nun die Notwendigkeit, wiederholt einen Antrag auf einen Ausländerausweis zu stellen, entfiel. Zwei Jahre später, 1993, wurde schließlich auch das System der Fingerabdruckkontrolle für *sainichi* abgeschafft. Damit wurden *sainichi* rechtlich zu einer von anderen Ausländern unterschiedenen Kategorie, die in der Rechts- und Politikwissenschaft, nicht nur in Japan, als ›denizen‹ bezeichnet wird.

Zum dritten war die Zahl der Ausländer japanischer Abstammung (*nikkei-jin*) dramatisch angestiegen. Dabei spielte eine neue Einwohnerkategorie, die der ›Niedergelassenen‹ (long-term resident) eine große Rolle, weil die Beschäftigung der zu dieser Kategorie zählenden Personen keinerlei Beschränkungen unterlag, d.h., sie durften als unqualifizierte Arbeiter so viel arbeiten, wie sie wollten. Zu ihnen gehörten nicht nur Flüchtlinge aus Indochina, sondern auch die dritte Generation von früher ausgewanderten Japanern. Die letztere Gruppe, *nikkei-jin*, wurde in den parlamentarischen Verhandlungen nie erwähnt, selbst wenn nach der Kategorie der ›Niedergelassenen‹ gefragt wurde. Bisher hatte es für die japanischen Auswanderer ohne japanische Staatsangehörigkeit nur die Kategorie ›Ehegatte/-gattin der Japaner und deren Kinder‹ gegeben. Aber inzwischen war in der Gruppe der ehemaligen Auswanderer auch die dritte oder vierte Generation geboren. Die Regierung erklärte, zwar nicht im Text des Gesetzes, aber in einer Verlautbarung, daß die Ehegatten der zweiten und dritten Generation zur Kategorie der ›Niedergelassenen‹ gehörten, eine Maßnahme, die eindeutig dazu diente, der großen Nachfrage nach Arbeitskräften zu entsprechen und damit einen Ausgleich für die nicht mehr oder nur noch beschränkt zum Arbeitsmarkt zugelassenen übrigen Ausländer zu schaffen. Bis 1995 waren mehr als 200.000 *nikkei-jin* – gewissermaßen auch auf Einladung des Staates – aus Lateinamerika als Arbeitsmigranten (*dekasegi*) nach Japan zurückgewandert.

Besonders stark stieg die Zahl der *dekasegi*-Zuwanderer aus Brasilien. Innerhalb eines Jahres, von 1990 bis 1991, verdoppelte sie sich und erreichte 1995 die Zahl von rund 176.000. Das entsprach über 80% der japanischstämmigen Lateinamerikaner in Japan. Mit 36.000 (16%) folgten japanischstämmige Peruaner als nächstgrößere Gruppe der Lateinamerikaner. Ein Blick in die Geschichte der japanischen Auswanderung nach Brasilien als wichtigstem Bereich der Südamerikaauswanderung soll die gegenwärtigen Probleme Japans mit seinen *nikkei-jin* verdeutlichen helfen.

In Brasilien leben heute etwa 1,3 Mio. *nikkei-jin*. Die Auswanderung nach Brasilien hatte 1908 begonnen. Bis zum Beginn des Zweiten Weltkriegs wanderten etwa 200.000 Japaner und danach noch einmal 60.000, meistens

staatlich organisiert, nach Brasilien aus. Mittlerweile lebt dort die dritte Generation. Die Mitglieder dieser jüngeren Generation verstehen sich als japanische Brasilianer (*nippo brasileiro*), als Japaner, die keine japanische Staatsangehörigkeit haben und ihrem Lebensstil nach brasilianisch sind. Sie gehören – seit den 1970er Jahren – zur Oberschicht, haben ein hohes Bildungsniveau und ein vergleichsweise hohes Einkommen. Mitte der 1980er Jahre begannen qualifizierte Arbeitskräfte, teils der zweiten, teils der dritten Generation, zur temporären Arbeitsaufnahme oder zur dauernden Niederlassung nach Japan aus- bzw. zurückzuwandern.

Später differenzierte sich diese ›Rückwanderung‹ weiter aus, es kamen u.a. Angestellte, Studenten, kleine Unternehmer, Ärzte, Lehrer, Ingenieure und schließlich auch Arbeiter. Nach einer Befragung des brasilianischen öffentlichen Arbeitsvermittlungsinstituts (CIATE) rangierten 1993 jedoch hochqualifizierte Facharbeiter mit 14,2 % hinter den Arbeitslosen (22%) an zweiter Stelle. Unqualifizierte Arbeiter gab es hingegen nur 2,2%.¹²

Warum gingen diese Menschen als Arbeitswanderer (*dekasegi*) nach Japan? Hintergrund war einerseits die wirtschaftliche Stagnation in Brasilien in den 1980er Jahren. In diesem sog. ›verlorenen Jahrzehnt‹ litt die brasilianische Wirtschaft unter einer hohen Inflationsrate und hoher Arbeitslosigkeit. Zu eben dieser Zeit, insbesondere in der zweiten Hälfte der 1980er Jahre, befand sich Japan andererseits in einem wirtschaftlichen Aufschwung. Und schließlich war der Unterschied im Lebensstandard zwischen Japan und Brasilien sehr groß, das brasilianische Bruttosozialprodukt betrug nur etwa ein Zehntel des japanischen. Die persönlichen Motive für die Arbeitswanderung werden aus den Ergebnissen einer Umfrage deutlich: Ein Viertel der Befragten nannte »Lebensunterhalt für sich und die Familie«; ein weiteres Viertel antwortete: »für die neuen Unternehmen in Brasilien«; bei etwa 17% ging es um die Anschaffung eines eigenen Hauses in Brasilien.¹³

Die Frage, wofür sie in Brasilien ihr Geld wirklich eingesetzt hatten, untersuchte 1992 das Institut für Brasilianisch-Japanische Kultur. Die häufigste Antwort war »Auto gekauft«, dann folgten »ein Haus gekauft«, »Haus renoviert« und »Grundstück gekauft«. Es gibt einen Bericht von Zeitungsartikeln, daß die Bauern der Vorstadt von São Paulo nach ihrer Rückkehr aus Japan das Geld nicht in die Landwirtschaft, sondern in städtische Grundstücke oder in das Telefonnetz investierten.¹⁴

Dekasegi-Brasilianer, die jetzt als Familienangehörige in Japan ohne Beschränkung arbeiten dürfen, nehmen in Japan Stellen in Produktionsbran-

12 Nach Masato Ninomiya, (Hg.), *Nippon Brasile Ryokoku ni okeru Nikkei-jin no Rodo to Seikatsu*, Tokio 1994, S. 112.

13 Befragung im Stellenservice-Zentrum für Nikkeijin vom Januar bis März 1992; Ninomiya, *Nippon Brasile*, S. 148.

14 Ninomiya, *Nippon Brasile*, S. 95f.

chen, vor allem in der Auto- und Elektroindustrie und Bauindustrie, ein. Die meisten arbeiten jedoch wegen der starken Nachfrage als unqualifizierte Arbeitskräfte, obwohl sie oft – wie erwähnt – eine qualifizierte Ausbildung haben.

Im Zusammenhang mit der Arbeitssuche und dem Arbeiterschutz werden japanische Brasilianer staatlich bevorzugt. Das Arbeitsministerium gründete schon 1991 in Tokio, 2 Jahre später in Nagoya, ein staatliches Zentrum ausschließlich für die Stellensuche der *nikkei-jin* (NIKKEIS). Damit werden japanische Brasilianer nicht nur vor kriminellen Arbeitsvermittlern, sondern auch vor der Arbeitslosigkeit geschützt. Die Aufnahme der Brasilianer wird hingegen meistens von Gemeinden oder Firmen arrangiert. Als ein extrem gut geglücktes Beispiel der Aufnahme kann Oizumi, eine Industriestadt 200 km nördlich von Tokio, gelten. Dort sind im Zusammenhang mit der Integration der japanischen Brasilianer 68 Firmen dieser Stadt initiativ geworden. Als Folge ihrer Kooperation mit der Stadtverwaltung gibt es im Stadthaus ein portugiesisches Informationsheft über die Stadt, 4 städtische Grundschulen und 3 Mittelschulen bieten Japanischkurse für brasilianische Kinder an. In der Stadt findet man ein portugiesisches Restaurant, im Supermarkt spezielle Zutaten für brasilianisches Essen, wie z.B. Piranha. Im Getränkeladen finden sich brasilianische alkoholische Getränke. Etwa 10% Prozent der Gesamtbevölkerung der Stadt (40.000) sind heute Brasilianer. Die Stadt gilt als ›Paradies der japanischen Brasilianer‹. Viele japanische Brasilianer begannen, sich angesichts der bisher unbekanntenen großen Unterschiede als ›Brasilianer‹ zu verstehen. Ihre ›Fremdheit‹ ist nicht anders als die der Ausländer. Japanische Brasilianer erweisen sich sogar noch als weitaus ›fremder‹ als es Unternehmen, Gesellschaft und sie selbst erwartet hatten.

In diesen 10 Jahren haben sich manche Brasilianer in Japan eingelebt, manche sind wiederholt nach Japan gekommen. Die Tendenz zur Niederlassung ist gestiegen. Nach einer Befragung des NIKKEIS hatte ein Viertel der Brasilianer, die keine Stellen gefunden haben, die Antwort »Keine Angebote am Wohnort« gewählt. Das wurde wie folgt kommentiert: »Bemerkenswert ist, daß sie zur Niederlassung neigen, während die eigentlichen *dekasegi* flexibel den besseren Stellen von Ort zu Ort folgen.«¹⁵

1992 wollten schon 5% der japanischen Brasilianer ›für immer‹ in Japan bleiben. Diese Tendenz wird immer stärker. Das ist allerdings keine unerwartete Folge der Aufnahme der ausländischen Arbeitswanderer. Umgekehrt, gerade weil die Regierung die zukünftige Neigung zur Niederlassung vorausgesehen hatte, wurde ein für die Wirtschaft notwendiges großes ›Schlupfloch‹ der Restriktion gegen Einwanderung der unqualifizierten Arbeitskräfte für niemand anderen als die *nikkei-jin* geschaffen.

15 Ebd., S. 168.

Zusammenfassung und Ausblick

Die japanische Ausländerpolitik war von Ausschluß, Diskriminierung und Assimilation ausgegangen. Bis zum Ende der 1970er Jahre hatte es in Japan nur zwei Kategorien der Bevölkerung gegeben: Japaner und Ausländer als verdrängte Existenzen. Bis zu dieser Zeit hatte Japan auch nach außen die Homogenität der Nation betont.

Ende der 1970er Jahre, unter dem Motto der ›Internationalisierung‹, erhielten Ausländer einen besseren Rechtsstatus. Dabei gab es noch keine Unterscheidung zwischen *sainichi* und anderen Ausländern. Bei der sog. dritten ›Öffnung des Staates‹, der Gesetzesänderung von 1990, richtete sich die Ausländerpolitik zwar auf die Restriktion der Aufnahme der Ausländer, aber bevorzugte dafür *nikkei-jin* und unterschied *sainichi* als Dauer-Wohnberechtigte von anderen Ausländern.

Die Rechte der *sainichi*, im rechts- und politikwissenschaftlichen Verständnis als *denizen* bezeichnet, wurden noch erweitert. In 80% der Gemeinden in Japan war 1997 der Zugang zum öffentlichen Dienst für sie offen. Im November 1997 wurde es als verfassungswidrig eingestuft, einer *sainichi*-Frau im öffentlichen Dienst Aufstiegschancen zu verweigern. Der Anteil dieser Gruppe in der gesamten Ausländerbevölkerung in Japan wird allerdings von Jahr zu Jahr kleiner. Das liegt nicht nur am Anstieg der Zahl der neuen Zuwanderer, sondern auch an der verbreiteten Eheschließung zwischen *sainichi* und japanischen Staatsangehörigen; denn ihre Kinder erhalten meistens die japanische Staatsangehörigkeit. Damit lassen sich Japaner und Ausländer immer weniger unterscheiden.

Dekasegi aus Lateinamerika holen aufgrund der Stabilität ihres Status zunehmend ihre Familienangehörigen nach und lassen sich als *nikkei-jin* nieder, ohne sich jedoch zu assimilieren. In Japan leben allerdings nicht nur *nikkei-jin* aus Lateinamerika, sondern auch – wenn auch nur in geringer Zahl – aus Asien. Alle *nikkei-jin* sind zwar japanischer Abstammung, aber nicht japanische Staatsangehörige. Es bleibt zu fragen, ob man noch einen Unterschied zwischen Japanern und *nikkei-jin* wird feststellen können, wenn sie wie *sainichi* noch 50 Jahre in Japan bleiben würden, und ob sie ›Japaner‹ werden oder Ausländer bleiben, wenn sie nicht eingebürgert werden.

Es wurde deutlich, daß weder die Zahl der Ausländer noch die Verschiedenheit ihrer Herkunftsländer allein für ihre rechtliche und wirtschaftlich-soziale Lage entscheidend ist. Entscheidend war vielmehr, daß der Begriff ›Japaner‹, die einst ihre Homogenität betont hatten, einige heterogene Faktoren umfaßt. Sie beginnen die Grenzen zwischen ›Japanern‹ und ›Ausländern‹ zu verwischen. Solange das ein Ergebnis der Ausländerpolitik seit 1945 oder sogar seit dem 19. Jahrhundert ist, die die Fiktion der Homogenität aufrechtzuerhalten suchte, ist gerade diese Heterogenität eine Herausforderung für die künftige Ausländerpolitik Japans.

Heiko Körner

›Brain-Drain‹ aus Entwicklungsländern

I.

Die Ökonomik erhebt den Anspruch, eine Realitätswissenschaft zu sein: Sie will tatsächliche Prozesse in der gesellschaftlichen Wirtschaft erklären und, unter Heranziehung von Werturteilen (wie etwa des Pareto-Kriteriums), auch bewerten. In vielen Bereichen ist das möglich, weil genügend statistisches Material über Faktorbestände und Wertströme zur Verfügung steht. Manche Problemfelder sind aber – was die verfügbaren Informationen betrifft – eher ›terra incognita‹. So verhält es sich mit dem in der Migrationsforschung immer wieder erörterten Phänomen des ›Brain-Drain‹ aus Entwicklungsländern. Bereits während der 1970er Jahre war diese ›Humankapitalflucht‹ heftig diskutiert worden.¹ Heute ist das Interesse an der ›Flucht der hellen Köpfe‹ aus den Entwicklungsländern in die Industrieländer wieder aufgelebt, wie die Literatur zeigt. Die empirische Durchdringung dieses von Seiten der Entwicklungsländer oft heftig beklagten Phänomens ist allerdings in der Zwischenzeit nicht besser geworden: Einigermaßen verlässliche Daten gibt es nur aus der Einwanderungsstatistik der klassischen Aufnahmeländer Nordamerikas und des Pazifiks. Aus Entwicklungsländern, insbesondere aus Afrika, gibt es dagegen kaum gesicherte Zahlen, die zitierenswert sind. Dennoch ist das politische Interesse an dem Thema groß geblieben, wird doch die ›Humankapitalflucht‹ von vielen Kritikern des globalen Liberalisierungssystems als ›Reverse Transfer of Technology‹² interpretiert, also als skandalöse Umkehrung des entwicklungspolitisch notwendigen Technologietransfers von den reichen Industrieländern in die armen Drittweltländer.

1 Eine Zusammenfassung der damaligen Diskussion bieten Jagdish N. Bhagwati/C. Rodriguez, *Welfare Theoretical Analyses of the Brain Drain*, in: *Journal of Development Economics*, 2. 1975, S. 195–221.

2 So I. Bernard Logan, *The Reverse Transfer of Technology from Sub-Saharan Africa to the United States*, in: *The Journal of Modern African Studies*, 25. 1987, S. 597–612; vgl. auch D. Chongo Mudende, *The Brain Drain and Developing Countries*, in: Reginald Appleyard (Hg.), *The Impact of International Migration on Developing Countries*, Paris (Organisation for Economic Co-operation and Development, OECD) 1989, S. 183–196.

Diese Diskussion wird im folgenden im Lichte neuerer Literaturbeiträge nachgezeichnet. Zunächst sollen die heute verfügbaren Daten zum zahlenmäßigen Umfang und zur Richtung der ›Humankapitalflucht‹ dargestellt, sodann die Ursachen des ›Brain-Drain‹ und dessen Folgen diskutiert werden, wobei hier vornehmlich auf Prognosen der ökonomischen Wachstumstheorie zurückgegriffen wird. Schließlich sind einige mögliche Politikoptionen zu erörtern, die sich zur Steuerung der ›Flucht der hellen Köpfe‹ aus Entwicklungsländern anbieten.

II.

Verglichen mit dem globalen Umfang der Migrationsprozesse, die derzeit ablaufen – am Ende der 1980er Jahre gab es in allen Regionen der Welt allein etwa 80–100 Mio. Menschen, die als Migranten zählten³ –, ist die Migration der Qualifizierten mit einem geschätzten Umfang von etwa 1 Mio. kaum von Bedeutung. Da aber Qualifikation, auch wenn sie kein Massenphänomen ist, stets einen qualitativen, für Wachstum und Entwicklung unerlässlichen Faktor darstellt, lohnt es sich, im folgenden Umfang und Richtung des ›Brain-Drain‹ nachzuzeichnen.

Am auffälligsten ist die Abwanderung von beruflich und akademisch Qualifizierten aus den Ländern Lateinamerikas: Einerseits sollen in den 1980er Jahren mehr als 200.000 Techniker, Geschäftsleute und höhere Angestellte sowie Studierende aus den Ländern Lateinamerikas emigriert sein, davon 65% in die USA und 35% in andere Länder Südamerikas.⁴ Andererseits beschäftigten die USA und Kanada nach Zensusdaten 1980 insgesamt rund 1 Mio. qualifizierter Einwanderer aus Mittel- und Südamerika.⁵ Herkunftsländer sind vor allem die geographisch benachbarten Länder der Karibik und Zentralamerikas, die auf solche Weise einen erheblichen Teil ihres gewerblichen Mittelstandes und der Universitätsabgänger an den Norden verlieren. Auch aus Argentinien und Kolumbien gehen beruflich Qualifizierte und Akademiker in zahlenmäßig beträchtlichem Ausmaß in die USA, neuerdings zunehmend ebenso nach Spanien und Italien. In Lateinamerika selbst

3 Vgl. Stiftung Entwicklung und Frieden (Hg.), *Globale Trends 1991*, Bonn/Düsseldorf 1991, S. 95; J. d'Oliveira e Sousa, *The Brain Drain Issue in International Negotiations*, in: Appleyard (Hg.), *The Impact of International Migration*, S. 197–212, hier S. 199.

4 Vgl. Jorge Martinez Pizarro, *Intraregional Migration of Skilled Manpower*, in: CEPAL Review, Nr. 50, 1993, S. 127–146, hier S. 133; Noberto Fernandez Lamarra, *Human Resources, Development and Migration of Professionals in Latin America*, in: *International Migration*, 30. 1992, S. 313–333, hier S. 318f.

5 Vgl. Sergio Diaz-Briquets, *The Effects of International Migration on Latin America*, in: Demetrios G. Papademetriou/Philip L. Martin (Hg.), *The Unsettled Relationship. Labor Migration and Economic Development*, New York/London 1991, S. 183–199, hier S. 188f.

sind insbesondere Venezuela, Argentinien und Brasilien das Ziel nennenswerter Zuwanderung aus den angrenzenden Ländern.

Im asiatisch-pazifischen Raum ziehen Japan und Australien schon lange qualifizierte Einwanderer an. In neuerer Zeit haben sich auch Schwellenländer wie Singapur zum Ziel qualifizierter Migranten entwickelt. Die wesentlichen Entsendeländer in Ostasien sind bzw. waren Indonesien, die Philippinen, Südkorea und Taiwan.⁶ So wird berichtet, daß z.B. die Philippinen während der 1970er Jahre mehr als 10% ihrer qualifizierten Kräfte (allein rund 20.000 Mediziner) an die USA und die ostasiatischen Länder mit raschem Wirtschaftswachstum verloren haben.⁷ Bei der Mehrzahl der zwischen 10.000 und 20.000 Qualifizierten aus Südkorea und Taiwan handelt es sich vor allem um Studierende, die nach ihrem Abschluß in den USA nicht mehr in die Heimat zurückkehrten.⁸ In Südasien ist Bangladesch wichtigstes Auswanderungsland. Es hatte während der 1970er Jahre eine Abwanderung von rund 10.000 Qualifizierten zu verzeichnen. Für Indien wurden in demselben Zeitraum etwa 50.000 Wissenschaftler und Mediziner geschätzt, die in die USA und in Mittelostländer gegangen sind.⁹

Von der Abwanderung qualifizierter Menschen besonders betroffen erscheint Afrika. Nach Schätzungen der Weltbank haben Mitte der 1990er Jahre alle Länder Afrikas zusammen jährlich etwa 23.000 akademisch und beruflich Qualifizierte an die Industrieländer verloren.¹⁰ Dabei handelt es sich zum einen um Akademiker, die vor allem in Frankreich, Großbritannien und den USA studiert haben und nach dem Studium dort bleiben bzw. nach einer zeitweiligen Rückkehr wieder dorthin zurückkehren. Zum anderen wandert auch ein Teil beruflich Qualifizierter innerhalb Afrikas von ärmeren in prosperierende Länder. In Westafrika sind z.B. Nigeria und in Ostafrika Kenia Ziele solcher Migranten. Besonders auffällig als Emigrationsländer sind Ghana und Nigeria, wo etwa ein Drittel aller Qualifizierten in die angelsächsi-

-
- 6 Vgl. allg. Manolo I. Abella, *Emigration Pressures in Selected Asian Countries*, in: OECD (Hg.), *Migration and Regional Economic Integration in Asia*, Paris 1998, S. 53–70.
 - 7 Vgl. Andrew Gonzales, *Higher Education, Brain Drain and Overseas Employment in The Philippines*, in: *Higher Education*, 23. 1992, S. 21–31, hier S. 23.
 - 8 Vgl. Bang-Soon Yoon, *Reverse Brain Drain in South Korea*, in: *Studies in Comparative International Development*, 27. 1992, S. 4–26, hier S. 6f.; Shirley L. Chang, *Causes of Brain Drain and Solutions: The Taiwan Experience*, in: ebd., S. 27–43, hier S. 28.
 - 9 Vgl. Béatrice Knerr, *Labour Migration from South Asia: Patterns and Economic Implications*, in: David O'Connor/Leila Farsakh (Hg.), *Development Strategy, Employment and Migration*, Paris (OECD) 1996, S. 203–228, hier S. 207.
 - 10 Vgl. J.D.N. Ogina, *International Migration and the »Brain Drain« from Africa*, in: *Universiteit van Pretoria, ISSUP Bulletin 1/97*, S. 1–14, hier S. 13; Aderanti Adepoju, *Binational Communities and Labor Circulation in Sub-Sahara Africa*, in: Papademetriou/Martin (Hg.), *The Unsettled Relationship*, S. 45–64.

schen Länder gegangen ist.¹¹ Aus dem Sudan ist ein Drittel bis die Hälfte aller akademisch ausgebildeten Ingenieure emigriert.¹² Von der Abwanderung beruflich und akademisch Qualifizierter besonders betroffen sind in Nordafrika auch Ägypten und Algerien.

III.

Die Analyse der Ursachen der so dokumentierten ›Humankapitalflucht‹ muß Beweggründe auf der individuellen Ebene und solche auf der Ebene der gesamten Gesellschaft unterscheiden.

Auf der Ebene der Individuen läßt sich eindeutig sagen, daß die Auswanderung ein Ergebnis der beruflichen Karriereplanung der potentiellen Migranten ist und ihnen – wenn sie gelingt – per Saldo monetären und oft auch nichtmonetären Nutzen bringt: Hängt die Migrationsentscheidung allein vom Willen des Migranten (und möglicherweise seiner Familie) ab und handelt er rational, so kommt es nur zu einer Abwanderungsentscheidung (oder einer Entscheidung, im Aufnahmeland zu bleiben), wenn die erwarteten Nutzen die erwarteten Verluste übersteigen. Wie bei der intranationalen Migration spielen auch hierbei Überlegungen insbesondere der Risikostreuung und der Verstetigung von Einkommensströmen durch Diversifikation von Beschäftigungschancen¹³ eine große Rolle. Über die rein wirtschaftlichen Faktoren hinaus haben ebenso allgemeine gesellschaftliche Größen – von der relativen Positionierung in der sozialen Schichtung bis hin zum als schlecht empfundenen institutionellen und politischen Zustand des heimischen Milieus – eine zusätzliche Bedeutung. Wird unterstellt, daß die Migration der Qualifizierten freiwillig ist, was die Regel sein dürfte, so muß die Abwanderung aus Drittweltländern als eine profitable Alternative eingeschätzt werden.

Bei den an Universitäten der ›Dritten Welt‹ ausgebildeten Intellektuellen schlägt das »Leiden an der gesellschaftlichen Malaise« ihrer Heimatländer besonders zu Buche: Sie leiden extrem an der Beschränktheit der politischen und gesellschaftlichen Zustände.¹⁴ Sie sind als Mitglieder der internationalen

11 Vgl. Kwaku Danso, The African Brain Drain: Causes and Policy Prescriptions, in: The Scandinavian Journal of Development Alternatives, 14. 1995, S. 249–264, hier S. 250; Bennett A. Odunsi, An Analysis of Brain Drain and its Impact on Manpower Development in Nigeria, in: Journal of Third World Studies, 13. 1996, S. 193–214, hier S. 194.

12 Vgl. UN Development Programme, Human Development Report 1992, Oxford 1992, S. 57.

13 Vgl. Oded Stark, The Migration of Labor, Cambridge, Mass./Oxford 1991, insbes. S. 39–45, 119–139.

14 Vgl. Julio C. Terán Dutari, The Socio-Cultural Impact of Brain Drain: Reflections from Latin America, in: Higher Education Policy, 7. 1994, S. 25–28, hier S. 27.

akademischen Gesellschaft im Hinblick auf Bilingualität, akademische Standards und Milieukenntnisse auch besser als jede andere Person fähig, sich in die Milieus der Industrieländer zu integrieren. Insofern neigen gerade die Abkömmlinge der Eliten aus Drittweltländern stärker zur Abwanderung als durchschnittlich Qualifizierte.¹⁵

Auf der Ebene der Gesellschaft lassen sich die Anreize zur Migration der Qualifizierten mit Hilfe der in der Migrationstheorie oft benutzten Push-pull-Modelle¹⁶ analysieren: Die Migration spielt sich nach dieser Interpretation in einem gesellschaftlichen Kraftfeld ab, das durch (bestimmte Gruppen von Migranten) abstoßende (push-) und anziehende (pull-) Faktoren abgebildet wird. Intervenierende Faktoren (Raum, Zeit, ›kulturelle Nähe‹) können einzelne Migrationsströme im Niveau beeinflussen. Als wesentliche abstoßende Faktoren werden von verschiedenen Autoren¹⁷ genannt: Geringe Berufschancen im Entsendeland (die wiederum durch die Schwäche des privatwirtschaftlichen Sektors und die durch Nepotismus geprägte Einstellungspolitik der öffentlichen Verwaltung bestimmt sind), ferner die schlechte Wirtschaftslage (die sich in geringer Entlohnung und im Mangel an beruflichen Infrastrukturen niederschlägt) sowie politische Instabilität und Repression. Im Hinblick auf Universitätspersonal wird unter den abstoßenden Faktoren oft auch der deplorable Zustand der tertiären und universitären Bildungseinrichtungen genannt und zudem das geringe Prestige, das (insbesondere naturwissenschaftliche) Abschlüsse im Heimatland verleihen.

Wesentliche anziehende Faktoren sind nach allgemeiner Überzeugung die in den Industrieländern vorhandene hohe Nachfrage nach Medizinern, Ingenieuren und Universitätspersonal und die damit einhergehenden guten Verdienstmöglichkeiten. Ferner werden genannt: die bessere Qualität der höheren Lehrinrichtungen und das höhere Prestige, das die Abschlüsse vermitteln. Schließlich spielt nach allgemeiner Ansicht auch die Immigrationpolitik der klassischen Einwanderungsländer eine wichtige Rolle insofern, als hier die Immigration beruflich und akademisch Qualifizierter systematisch begünstigt wird.

15 Vgl. Abdellatif Attaffi, L'exode des cerveaux: cadre théorique et hypothèses, in: *Revue canadienne d'études du développement*, 15. 1994, S. 89–99; Nakeem Barbero, Northern International Education Policies and the South-North-Brain Drain, in: *Development – Journal of SID*, 1993, S. 36–38.

16 Vgl. I. Bernard Logan, The Brain Drain of Professional, Technical and Kindred Workers from Developing Countries, in: *International Migration*, 30. 1992, S. 289–312, hier S. 292.

17 Vgl. Raymond J. Smyke, African Brain Drain: Reality versus Myth, in: *African Development Perspectives Yearbook 1994/95*, Bd. IV, Hamburg/New Brunswick, N.J. 1996, S. 307–323, hier 312; ferner auch Danso, The African Brain Drain, S. 252–254; Odunsi, An Analysis of Brain Drain, S. 194–197; Gonzales, Higher Education, Brain Drain and Overseas Employment, S. 22; Chang, Causes of Brain Drain and Solutions, S. 32f.

Im Hinblick auf akademisches Personal und Studierende sind intervenierende Faktoren wirksam, die die ›Flucht der hellen Köpfe‹ aus ihren Ursprungsländern besonders in die USA fördern.¹⁸ Dazu zählen eine westliche Orientierung und die damit einhergehende Bilingualität, die Existenz internationaler akademischer Kontakte und das Vorhandensein eines (öffentlichen, aber qualitativ als minderwertig eingeschätzten) Systems höherer Bildung. Interessanterweise wurde auch hier festgestellt, daß die Existenz intensiver Wirtschaftsaktivitäten zwischen dem Heimatland der Studierenden und dem aufnehmenden Industrieland sowie dessen Stipendienpolitik die Abwanderung von Studierenden und Akademikern unterstützen.¹⁹

Die ›Humankapitalflucht‹ hat sich also gute Gründe. Jedoch stellt sich unter normativen Gesichtspunkten die Frage, ob jene in Entwicklungsländern beruflich und akademisch Qualifizierten, die aufgrund der dargestellten Faktorenkonstellation in die Industrieländer ziehen oder (nach vollendeter akademischer Ausbildung) dort bleiben, nicht im Hinblick auf die Wohlfahrt ihrer Heimatländer ausgesprochen egoistisch handeln.

Die meisten Beobachter sind sich darin einig, daß die individuelle Nutzenmaximierung der Qualifizierten mit erheblichen negativen Auswirkungen auf Gesellschaft und Wirtschaft der Heimatländer verbunden ist.²⁰ So wird behauptet, daß die Abwanderung von Akademikern aus ihren Heimatländern nicht nur dort einen Verlust an Wissen und Ausbildung bedeutet, sondern auch an ethischen und kulturellen Potentialen. Deshalb verursacht der ›Brain-Drain‹ ein Klima geistigen Mangels und intellektueller Frustration. Im Hinblick auf das Beschäftigungssystem der Heimatländer wird festgestellt, daß der ›Brain-Drain‹ sowohl die strukturellen Rigiditäten der lokalen Arbeitsmärkte als auch die Mängel im Beschäftigungssystem, die ihn hervorrufen, noch verstärkt. Die Unfähigkeit der meisten Drittweltländer, die (häufig auf Kosten der Staatsbudgets) ausgebildeten Arbeitskräfte auch sinnvoll einzusetzen, reproduziert sich selbst, und im Zusammenwirken mit der ›Ausbildungshilfe‹ der Industrieländer hat sich ein *circulus vitiosus* herausgebildet, der einmal als ›South-North Brain-Drain Trap‹²¹ beschrieben worden ist.

Insgesamt läßt sich konstatieren, daß die Migration der Qualifizierten nicht nur die in vielen Drittweltländern endemischen Strukturrigiditäten verfestigt. Sie führt auch über den Verlust an rational denkenden, innovatori-

18 Vgl. Mary E. McMahon, Higher Education in a World Market, in: Higher Education, 24. 1992, S. 465–482.

19 Barbero, Northern International Education Policies, S. 37f.

20 Vgl. zusammenfassend Charles W. Stahl, Overview: Economic Perspectives, in: Appleyard (Hg.), The Impact of International Migration on Developing Countries, S. 361–389.

21 So Barbero, Northern International Education Policies, S. 37.

schen und risikobereiten Menschen insgesamt zu Verlusten an Wachstumspotential. Die Innovationsmöglichkeiten in Wirtschaft, Gesellschaft und Staat der Emigrationsländer des Südens stagnieren, und die Unfähigkeit der Staaten, dort sinnvolle und effektive Bildungssysteme aufzubauen, wird auf solche Weise verewigt.²² So wird die für viele Drittweltländer typische Infrastrukturschwäche nicht zuletzt auch durch den ›Brain-Drain‹ zementiert.

Natürlich ist es außerordentlich schwierig, entsprechende Effekte in Geldwerten zu beziffern. Genau genommen gibt es nur eine einzige Quelle, die die Aufwände für Ausbildung und Universitätsstudium der Entsendeländer darstellt, die diesen durch die ›Humankapitalflucht‹ verlorengehen: Nach Angaben des Forschungsbüros des US-Kongresses haben die Entwicklungsländer z.B. Anfang der 1970er Jahre für die Ausbildung eines jeden qualifizierten Migranten im Durchschnitt etwa 20.000 US Dollar ausgegeben.²³ Da sie aber wegen der Abwanderung keinen Nutzen aus diesem Aufwand ziehen können, während die Industrieländer den Vorteil kostenlos importieren, läuft die Migration der Qualifizierten tatsächlich auf einen indirekten Transfer von Wohlstand aus der ›Dritten Welt‹ in die ›Erste Welt‹ hinaus.

Die Stringenz und Realistik solcher Rechnungen können allerdings mit Recht bezweifelt werden. In Wirklichkeit sind die Auswirkungen des ›Brain-Drain‹ auf die Ursprungsländer so komplex und vielfältig, daß einfache Kosten-Nutzen-Kalküle unmöglich erscheinen.²⁴ Wenn die Empirie keine gesicherten Aussagen zuläßt, bleiben nur die logischen Schlußfolgerungen der ökonomischen Theorie, um die dargestellten Vermutungen zu überprüfen. Unter den wenig realistischen Annahmen der neoklassischen Wachstumstheorie lassen sich aus der Abwanderung qualifizierter Arbeitnehmer keine negativen Wirkungen auf das Wachstum des Entsendelandes ableiten. Werden die realitätsnäheren Modelle der Theorie des endogenen Wachstums herangezogen (in der die durch Privatpersonen und den öffentlichen Sektor gesteuerte Humankapitalakkumulation u.a. Träger des Wachstums ist und externe Effekte und größenabhängige Ertragszuwächse möglich sind)²⁵, so läßt sich zeigen, daß die Abwanderung qualifizierter Arbeitnehmer tatsächlich zu Wohlfahrtsverlusten im entsendenden Drittweltland führen muß.

22 Vgl. Franz Haslinger/Thomas Ziesemer, Endogenous Growth and Distributional Conflict, in: Gabrielle Köhler et al. (Hg.), Questioning Development, Marburg 1996, S. 227–244, insbes. S. 240f.

23 Vgl. d'Oliveira e Sousa, The Brain Drain Issue in International Negotiations, S. 203.

24 Vgl. Logan, The Brain Drain of Professionals, S. 298.

25 Vgl. Arvind Panagariya, Factor Mobility, Trade and Welfare, in: Journal of Development Economics, 39. 1992, S. 229–245; Nadeem U. Haque/Se-Jik Kim, ›Human Capital Flight‹: Impact of Migration on Income and Growth, in: IMF Staff Papers, 42. 1995, S. 577–607.

Und weiter: Da die Einwanderung der Qualifizierten in die Industrieländer zur überproportionalen Vergrößerung des dortigen Humankapitalbestandes führen kann, wird die Migration der Qualifizierten die Divergenz im Entwicklungsstand und Wachstum, die zwischen Entwicklungs- und Industrieländern herrscht, im Zweifel noch vergrößern.²⁶ So scheint die Sorge nicht unberechtigt zu sein, daß der gegenwärtige Zustand einer geduldeten ›Humankapitalflucht‹ die internationale Desintegration, unter der die Weltgesellschaft leidet, noch verstärkt.

IV.

Unter moralischen Bewertungskriterien kann dieser Sachverhalt durchaus als skandalös eingestuft werden. Deshalb hat es nicht an Überlegungen gefehlt, wie der ›Brain-Drain‹ als Ursache und seine Folgen zu korrigieren seien.

Der indische Ökonom Jagdish Bhagwati hat z.B. bereits vor rund 20 Jahren vorgeschlagen, die Subventionierung der reichen Industrieländer durch Qualifizierten-Transfer seitens der armen Entsendeländer durch eine Migrationssteuer zu kompensieren, die entweder die qualifizierten Migranten an die Heimatländer zahlen oder die durch die Regierungen der Zielländer erhoben und an die entsendenden Drittweltländer weitergegeben werden sollte.²⁷ Entsprechende Kompensationsvorschläge sind auch im Rahmen der UNCTAD und der Internationalen Arbeitsorganisation (ILO) diskutiert worden.²⁸ Allerdings hat schon damals der einzelstaatliche Finanzegoismus – besonders der großen Industrieländer – die Einsetzung eines dahingehend konstruierten ›global tax system‹ bis heute verhindert. Man muß dies aber nicht unbedingt bedauern. Denn ein solches Interventionssystem könnte vielleicht eine Annäherung an eine globale Verteilungsgerechtigkeit herbeiführen; die Regulierungsdichte der Weltwirtschaft und die entsprechenden Kontrollkosten hätten sich aber dadurch ebenfalls erhöht. Und was entscheidend ist: Die Ursachen des ›Brain-Drain‹-Phänomens würden damit kaum erfolgreich ausgeräumt werden. Auch Emigrationsverbote, wie sie etwa u.a. von den Regierungen Tansanias und Ugandas erwogen wurden, helfen angesichts der Stärke der Push- und Pull-Faktoren, denen vor allem die afrika-

26 Vgl. Philip M. Bodman, *Education, Migration and Growth* (Discussion Paper no. 222, Dept. of Economics, The University of Queensland), Brisbane 1997; Riccardo Faini, *Increasing Returns, Migrations and Convergence*, in: *Journal of Development Economics*, 49. 1996, S. 121–136.

27 Vgl. Jagdish N. Bhagwati, *International Migration of the Highly Skilled: Economics, Ethics and Taxes*, in: Robert C. Feenstra (Hg.), *J. Bhagwati: International Factor Mobility* (Essays in Economic Theory, Bd. 2), Cambridge, Mass./London 1983, S. 57–70, hier S. 60.

28 Vgl. d'Oliveira e Sousa, *The Brain Drain Issue in International Negotiations*, S.203–205.

nischen Länder unterliegen, wenig. Dasselbe dürfte für eine Politik der Rückkehrförderung²⁹ gelten – zumindest was die afrikanischen Länder betrifft. Denn diese kann nur erfolgreich sein, wenn die inneren Arbeitsmärkte für die Rückwanderer attraktive Bedingungen bieten und die allgemeinen sozio-ökonomischen Randbedingungen Stabilität verbürgen. Erfahrungen aus Südkorea und Taiwan belegen das.³⁰ Deshalb erscheint eine Korrektur der Ursachen der ›Humankapitalflucht‹ allemal als die wesentlich bessere Alternative.

Zur Abschwächung der abstoßenden Faktoren in den Heimatländern der qualifizierten Migranten eignen sich am besten strukturelle Reformen, die die Aktivitäten des privaten formellen Sektors nachhaltig unterstützen, besonders durch die Verbesserung der Bedingungen für private Kapitalinvestitionen. Außerdem sind notwendig: die Bekämpfung der Arbeitsmarktimperfectionen, die den ›Brain-Drain‹ begünstigen; die Deregulierung der Lohnbildung durch Durchsetzung produktivitätsgerechter, nicht statusbestimmter Löhne, und die Erhöhung der sektoralen und regionalen Mobilität. Ferner erscheinen auch eine Reform der Ausbildungssysteme und ein den wirtschaftlichen Erfordernissen angemessener Ausbau von autochthonen Forschungs- und Beratungseinrichtungen angebracht. Von entscheidender Bedeutung ist dabei eine Politik, die das Bildungswesen auf die Vermittlung von Fähigkeiten orientiert, die zur Bewältigung entwicklungspolitischer Aufgaben im ländlichen Sektor, im Umweltbereich, im Bereich der Urbanisierung und Medizin notwendig sind.³¹

Daß im übrigen auch alle Bestrebungen, die einen friedlichen Konfliktausgleich in den betroffenen Entwicklungsländern fördern, die Neigung der Qualifizierten zur Abwanderung vermindern werden, dürfte unbestritten sein. Wie sehr eine Politik liberaler Reformen und Marktanpassungen die Ursache der Intelligenzmigration ausräumen, ja sogar zu einem ›reverse brain drain‹ führen kann, zeigt das Beispiel der Softwareindustrie in Indien.³² Indische Spezialisten sind nach der Liberalisierung der Industrialisierungspolitik in Indien aus den USA zurückgekehrt, um in den aufstrebenden Zentren der Hard- und Softwareindustrie Südindiens erfolgreich zu arbeiten.

29 Vgl. z. B. Ogina, *International Migration and the »Brain Drain« from Africa*, S. 6–10; Fernandez Lamarra, *Human Resources, Development and Migration*, S. 325–327.

30 Vgl. Yoon, *Reverse Brain Drain in South Korea*, S. 8–21; und Chang, *Causes of Brain Drain and Solutions*, S. 35–42.

31 So Godson C. Obia, *Brain Drain and African Development. A Descriptive Framework for Deriving indirect Benefits*, in: *Journal of Third World Studies*, 10. 1993, S. 74–97, hier S. 79–86.

32 Vgl. Vudayagiri N. Balasubramanyam/A. Balasubramanyam, *International Trade in Services: The Case of India's Computer Software*, in: *The World Economy*, 20. 1997, S. 829–843.

Es wird ernstlich kaum bestritten werden können, daß solche strukturellen Reformen besonders in den ärmeren Entsendeländern Afrikas nur mit Hilfe vermehrter Anstrengungen der Industrieländer in der Entwicklungszusammenarbeit und der Handelspolitik erfolgreich sein werden.³³ Die Industrieländer sind zwar nicht allein verantwortlich für die ›Humankapitalflucht‹ aus den Ländern des Südens. Sie sollten aber – auch durch Förderung entsprechender Reintegrationsprogramme für Qualifizierte in deren Heimatländern – alles tun, was die Attraktivität der Drittweltländer für ihre eigenen ›hellen Köpfe‹ steigert. Nur so kann es dort zu nachhaltiger Entwicklung von Wirtschaft und Gesellschaft kommen.

33 Vgl. Sharon St. Russell/Michael S. Teitelbaum, *International Migration and International Trade* (World Bank Discussion Papers no. 160), Washington, D.C. 1992, insbes. S. 42f., und Riccardo Faini/Jean Marie Grether/Jaime de Melo, *Globalisation and Migration Pressures from Developing Countries: A Simulation Analysis* (Cahiers du Département d'Economie Politique, no. 97.01, Université de Genève), Genf 1997.

Utz Maas und Ulrich Mehlem

Sprache und Migration in Marokko und in der marokkanischen Diaspora in Deutschland

Einleitende Bemerkungen

Sprachliche Probleme spielen bei allen Wanderungen eine große Rolle, und insofern sollte ihnen auch in der Migrationsforschung eine Schlüsselfunktion zukommen, hängen an ihnen doch viele der in den Forschungsarbeiten operativen Zuschreibungen wie etwa die Zugehörigkeit zu einer ethnischen Gruppe, die Beurteilung von Integrationspotentialen etwa, aber auch die Zuordnung zu spezifischen Fördermaßnahmen (insbes. zum sprachlichen Förderunterricht). Geradezu umgekehrt proportional zu ihrer Bedeutung ist aber in der Forschung die Klärung der mit diesen Fragen verbundenen Voraussetzungen. Im Vorfeld eines geplanten Forschungsprojekts soll diese Problemkonstellation am Beispiel einer notorisch schwierigen Migrantengruppe, der in Deutschland zwar relativ jungen, aber stetig wachsenden Gruppe der Marokkaner, veranschaulicht werden.

Wie generell bei kulturellen Fragestellungen im Feld der Migration geht es auch hier vordergründig darum, ob in der Diaspora beobachtbare Erscheinungen mit der Immigration ›importiert‹ worden sind – oder ob sie ein genuines Produkt der Diasporasituation selbst, der Auseinandersetzung der Migranten mit den dominanten Verhältnissen im Zuwanderungsland sind. Bei der nordafrikanischen Immigration stellen sich diese Fragen verschärft im Hinblick auf die große kulturelle Distanz von Heimat- und Gastland: Die Übertragung der aus den europäischen Verhältnissen gewohnten Schemata ist gerade auch bei den Begriffen zu hinterfragen, mit denen die Fremdheit dieser Gruppe gefaßt wird; das gilt insbesondere für die homogenisierende Zuordnung zu einer *nationalen* marokkanischen Gruppe, definiert durch Merkmale wie etwa ›Islam‹, ›Arabisch‹, die z.B. Fördermaßnahmen wie den Ergänzungsunterricht definieren. Wie wenig diese Definitionen und die mit ihnen gestrickten Maßnahmen passen, zeigt sich, wenn die sozialstatistischen

Daten zu dieser Gruppe mit denen anderer Migrantengruppen verglichen werden, die mit den gleichen oder ähnlichen Merkmalen zu belegen sind.¹

Ein aufschlußreiches Beispiel bietet die Verteilung marokkanischer Schüler auf verschiedene Schularten in der drittgrößten marokkanischen Gemeinde in Dortmund aus dem Jahre 1993:

Ausländische und deutsche Schüler in Dortmund nach Schularten 1993

Nationalität	HS		SoS		RS		Gym.		GS		Summe abs.
	abs.	in%	abs.	in%	abs.	in%	abs.	in%	abs.	in%	
Deutsche	4.681	15,5	1.830	6,1	6.152	20,4	11.233	37,3	6.246	20,7	30.142
Griechen	30	18,3	8	4,9	31	18,9	45	27,4	50	30,5	164
Italiener	87	35,5	18	7,3	53	21,6	39	15,9	48	19,6	245
Jugoslawen	432	42,5	65	6,4	182	17,9	168	16,5	169	16,6	1.016
Marokkaner	176	32,7	69	12,8	106	19,7	38	7,1	150	27,8	539
Polen	90	28,0	14	4,3	58	18,0	111	34,5	49	15,2	322
Portugiesen	46	26,1	7	4,0	9	5,1	107	60,8	7	4,0	176
Spanier	4	5,7	4	5,7	19	27,1	16	22,9	27	38,6	70
Tunesier	17	26,2	8	12,3	13	20,0	10	15,4	17	26,2	65
Türken	1.041	33,2	312	10,0	398	12,7	332	10,6	1.050	33,5	3.133
Sonstige	332	36,4	54	5,9	81	8,9	310	34,0	135	14,8	912
Ausländer	2.255	34,0	559	8,4	950	14,3	1.176	17,7	1.702	25,6	6.642
Schüler ges.	6.936	18,9	2.389	6,5	7.102	19,3	12.409	33,7	7.948	21,6	36.784

Quelle: Regionale Arbeitsstelle zur Förderung von Kindern und Jugendlichen (RAA), Die schulische Situation zugewanderter Kinder und Jugendlicher an allgemeinbildenden Schulen in Dortmund. Schuljahr 1993/94, Dortmund 1995, S. 9. (HS = Hauptschule, SoS= Sonderschule, RS = Realschule, Gym. = Gymnasium, GS = Gesamtschule)

Die Tabelle zeigt, daß 1993 der Anteil marokkanischer Schüler an Hauptschulen etwa dem der anderen eingewanderten Kinder entspricht und bei Gesamt- und Realschülern über dem Durchschnitt liegt. Besonders auffällig

1 Einen Überblick über die Einwanderung von Marokkanern in die Bundesrepublik und ihre Besonderheiten gibt Ulrich Mehlem, Die marokkanische Gemeinschaft in der Bundesrepublik Deutschland, in: Ethnische Minderheiten in Deutschland. Arbeitsmigranten - Asylbewerber - Ausländer - Flüchtlinge - Regionale und religiöse Minderheiten - Vertriebene - Zwangsarbeiter (Berliner Institut für vergleichende Sozialforschung), 4. Lieferung, Berlin 1996, 3.1.14.1-31. Die Zahl der Marokkaner bleibt im Verhältnis zu den anderen Migrantengruppen zwar relativ gering (1993: 82.803), doch sind diese mit über 85% in den beiden Bundesländern Nordrhein-Westfalen und Hessen konzentriert. 47% der Community verteilen sich auf nur 10 Großstädte, darunter Frankfurt, Düsseldorf und Dortmund.

ist aber ihre schwache Repräsentanz im Gymnasium mit nur 7,1%, sogar noch hinter der Gruppe der Türken. Umgekehrt ist in der Sonderschule der Anteil der marokkanischen Kinder besonders hoch (12,8%), höher als der türkische (10%). Trotz der kulturellen und sozialen Gemeinsamkeiten der marokkanischen und der türkischen Gruppe (islamische Religionszugehörigkeit, ländliche Herkunft, relativ niedriger Alphabetisierungsgrad der ersten Generation) ist die Verteilung der marokkanischen Schüler in den verschiedenen Schularten also noch ungünstiger.

Unsere These ist, daß für die Erklärung dieses besonders auffälligen Befundes neben familiären und sozialen Ausgangsbedingungen auch sprachliche Faktoren berücksichtigt werden müssen, insbesondere solche, die mit dem Erwerb von Schriftkultur zusammenhängen, was sich besonders stark auf den Schulerfolg auswirkt. Um hier klarer zu sehen, wird zunächst ein Überblick über die Verhältnisse in Marokko gegeben, danach werden exemplarisch die Ergebnisse einer Untersuchung zur sprachlichen Situation marokkanischer Kinder in Dortmund aufgezeigt.²

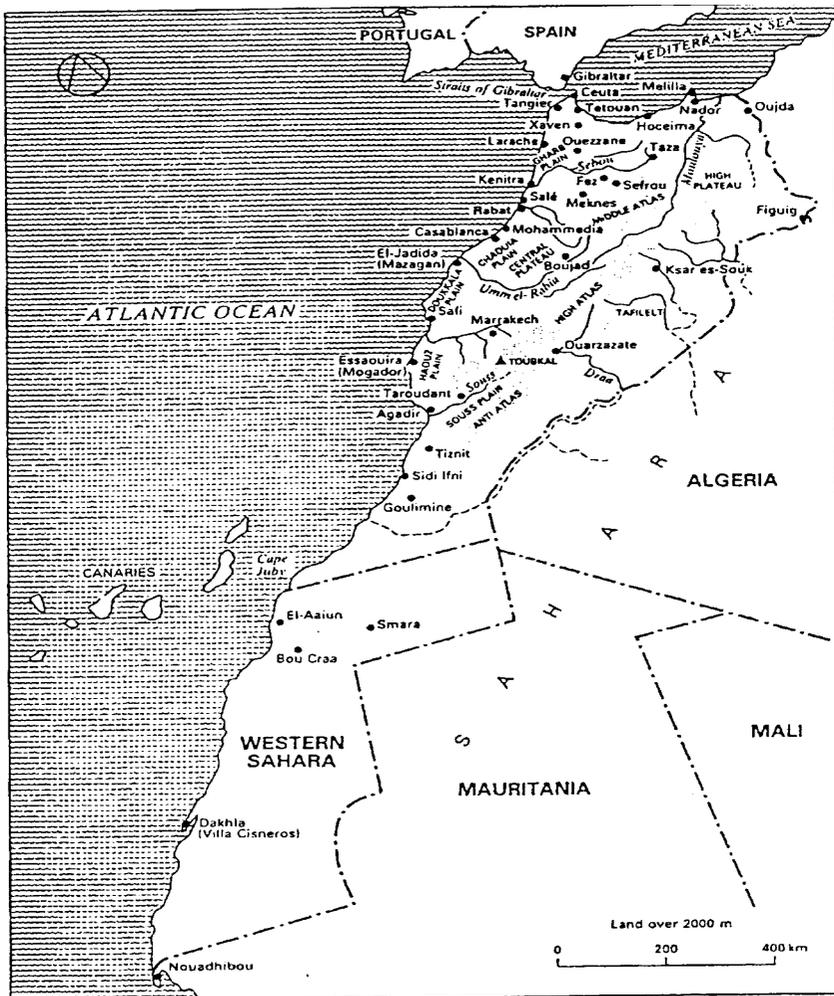
Die sprachliche und kulturelle Situation in Marokko

Als Hintergrund für die Darstellung der sprachlichen Verhältnisse in Marokko sind einige Rahmendaten zum Land, seiner Gesellschaft und seiner Geschichte erforderlich. Die gegenwärtigen politischen Grenzen sind vor allem im Süden international noch strittig: Seit 1975 hat Marokko ein großes Areal der früheren spanischen Sahara besetzt. In Hinblick auf die folgenden Betrachtungen kann dieses Areal ausgeblendet bleiben, da es extrem dünn besiedelt ist (ca. 200.000 Einwohner). Die ca. 30 Mio. Einwohner Marokkos³ leben in dem traditionellen Territorium nördlich des Flusses (Wadi) Draa (südlichste Stadt: Goulimine).

2 Die Autoren sind bisher in unterschiedlicher Weise in diesem Feld engagiert: Maas arbeitet seit Jahren als Sprachwissenschaftler zu den sprachlichen Verhältnissen in Marokko, s. etwa Utz Maas, Einführung in das marokkanische Arabische. Zur Struktur einer Sprache im Werden (»Marokkanisch«). Überarbeitung eines Vorlesungsskripts, Universität Osnabrück, zuletzt 1997; ders., Moroccan: A Language in Emergence, in: Jonathan Owens, (Hg.), Arabic as a Minority Language, Berlin [1999]. Mehlem hat sich als Arabist und Islamwissenschaftler mit Marokko und in den letzten Jahren speziell mit der marokkanischen Migrantengruppe in Deutschland befaßt; die Ausführungen im zweiten Teil des Beitrags basieren auf Ulrich Mehlem, Zweisprachigkeit marokkanischer Kinder in Deutschland. Untersuchungen zu Sprachgebrauch, Spracheinstellungen und Sprachkompetenzen marokkanischer Kinder in Deutsch, marokkanischem Arabisch und Berber (Masirisch) in Dortmund, Berlin/New York/Bern 1998.

3 Zu denen noch ca. 5 Mio. Marokkaner in der Diaspora hinzuzurechnen sind.

Karte 1: Marokko



Anders als in den meisten Teilen Afrikas sind die Grenzen hier kein Kunstprodukt der Kolonialzeit, sondern historisch sedimentiert. In der Antike war Marokko zentraler Teil der römischen nordafrikanischen Provinz (die Ruinen der alten Hauptstadt Volubilis, arabisch Wilili (bei Meknès), können heute noch bewundert werden). Die autochthone Bevölkerung sind die *Berber*, die ganz Nordafrika von den Kanarischen Inseln bis nach Ägypten besiedelt hatten (wo sie heute nur noch als ethnisch-sprachliche Minorität in

der Oase Siwa identifizierbar sind). Die Berber sind traditionell in Stämmen gegliedert, die in der historischen Zeit in einer Reihe von wechselnden Königreichen organisiert waren. Bereits vor-römisch, vor allem aber im römischen Reich war Marokko Ziel der *jüdischen* Zuwanderung, deren Prosyletismus zur Folge hatte, daß ganze Berberstämme zum Judentum konvertierten, das bis in jüngste Zeit eine Schlüsselrolle in der marokkanischen Gesellschaft einnahm. Mit der *arabischen* Expansion seit dem 7. Jahrhundert wurde Marokko Bestandteil des arabischen Reichs, was vor allem seine Islamisierung bedeutete und damit die Präsenz des Arabischen als religiöse und Bildungssprache. Zumindest in den ersten Jahrhunderten war die Siedelung von Arabern im ethnischen Sinne marginal: Die Erobererheere zogen weiter nach Spanien (verstärkt durch islamisierte Berber, aus denen sich auch die andalusischen Dynastien rekrutierten). Allein die Neugründung Fes als religiöses Zentrum dürfte einen nennenswerten arabischen Bevölkerungsanteil aufgewiesen haben.

Die Arabisierung Marokkos ist eine Folge späterer Entwicklung, des Einfalls beduinischer Stämme seit dem 11. Jahrhundert (den Bani Hilal und Bani Sulaim)⁴, die vor allem in der westlichen Ebene siedelten – in einer sozialen Osmose mit den dort lebenden (bäuerlichen) Berbern. Das erklärt auch die sprachliche Spaltung des in Marokko gesprochenen Arabischen, das wie überall in der arabischen Welt zwei Grundvarietäten aufweist⁵:

- das »sedentäre« (städtische, arabisch⁶ *mdini* bzw. *ħdari*),
- und das beduinische (arabisch *bdwi*), für die in der Arabistik traditionell die lautliche Fortsetzung des altarabischen⁷ stimmlosen uvularen Plosiv-

4 Der Wanderung beduinischer Stämme nach Westen ist eine endemische Erscheinung der arabischen Reiche. Zu den Folgen gehört auch die Arabisierung des heutigen Mauretaniens und eben der jetzt von Marokko annektierten Sahara-Gebiete, wo in der Nachfolge der Bani Hassan die arabische Varietät des sog. *Hassanija* gesprochen wird.

5 Zum Arabischen und seiner Differenzierung, auch in historischer Hinsicht, s. etwa Clive Holes, *Modern Arabic. Structure, Functions and Varieties*, London 1995.

6 Hier und im folgenden werden, soweit nicht anders angegeben, die marokkanischen Formen zitiert.

7 Bei der Terminologie herrscht in der Literatur einige Verwirrung. Im folgenden wird strikt getrennt in eine *sprachgeschichtliche* und eine *sprachsoziologische* Betrachtung: Historisch sind zu differenzieren: – das *Altarabische*, von der (nur rekonstruierbaren) vorschriftlichen Zeit bis zur klassischen Kodifizierung im Mittelalter; – das *Neuarabische*, mit den verschiedenen heute gesprochenen regionalen Varietäten (darunter der marokkanischen) und der einheitlichen modernen Schriftsprache (auch *modernes Standardarabisch* genannt). Das kodifizierte Altarabische (seit dem 8. Jahrhundert), insbes. das des Qoran wird als *Klassisches Arabisch* bezeichnet; das *moderne Standardarabisch* schließt daran an, die Puristen versuchen es (wie z.B. die Praxis der Zeitungssprache zeigt: vergeblich) zu konservieren. Insofern ist die oft dafür ebenfalls verwendete Bezeichnung als *Klassisches Arabisch* verfehlt.

lautes [q] als Indikator genommen wird, am Beispiel von altarabisch /qa:la/ ›er hat gesagt‹:

- sedentär wird [q] bewahrt, in den entsprechenden marokkanischen Varietäten also /qal/,
- beduinisch wird [q] durch (das altarabisch nicht existierende) [g] ersetzt, in den entsprechenden marokkanischen Varietäten also /gal/ [gɛ:l].

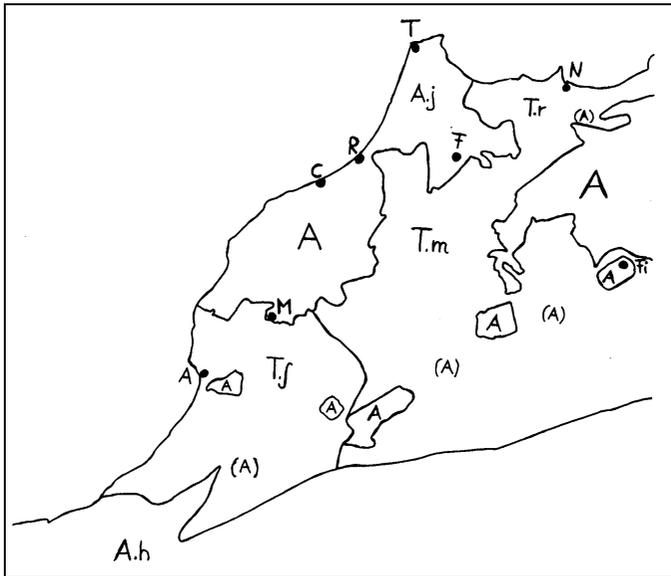
Mit der Reconquista in Spanien seit dem 12. Jahrhundert, dann massiv seit dem 15. Jahrhundert (christliche Eroberung von Granada 1494) kam es zur Rückwanderung der andalusischen Araber (und mit ihnen der dort lebenden Juden!), die in diesem Sinne eine sedentäre Variante sprachen, so z.B. in der städtischen Neugründung Rabat. Sie hatten die Weiterentwicklung der sedentären arabischen Varietäten nicht mitgemacht, die sich sonst weitgehend durchgesetzt hatten, bei denen nach dem Verlust eines distinktiven glottalen Verschußlautes [ʔ] (ähnlich dem ›Knacklaut‹ im Deutschen) das offensichtlich überall labile [q] in der Opposition zu [k] durch ein (neues) [ʔ] ersetzt wurde. Diese Entwicklung findet sich in Fes genauso wie etwa in Kairo, also bei unserem Shibboleth: /ʔal/ ›er hat gesagt‹.

Diese innerarabischen Differenzierungen betrafen aber nur die dünne Schicht derer, die arabisch sprachen – im Regelfall in den städtischen Siedlungen und ihrem Umland: Im Norden, zwischen Fes und Tanger, also der Durchzugsregion nach Spanien, fand auch im ländlichen Raum eine relativ frühe Arabisierung statt, mit ›sedentären‹ Zügen (bei den sog. ›Bergleuten‹, arabisch *ʒbala*), sowie bei dem beduinisch-berberischen Amalgam in der westlichen Ebene mit dem heutigen Zentrum Casablanca. Ansonsten war (und ist) die Bevölkerung Marokkos beim Berberischen geblieben, das heute in drei große Dialektfamilien zerfällt, zwischen denen keine wechselseitige Verständigung besteht, traditionell bezeichnet mit:

- *Tarifit* im Norden (wie der Name sagt: vor allem im Rif-Gebirge)
- *Tamazight* im Zentrum (vor allem im Mittleren Atlas)
- *Taschelhit* im Süden (im Hohen Atlas und im Sous).⁸

8 Die Bezeichnungen sind berberische Wortbildungen mit einem Abstrakt-Zirkumfix *ta-...-t*: *tamazight*, gesprochen [tamaziyt] oder [θamaziyt] ist gebildet mit einem berberischen Wort für »Mensch, Mann« – *maziḡ* – (Sg. *amaziy*, Pl. *imaziḡən*). Vor allem in den politischen Bewegungen der Berber wird der Terminus *tamazight* (im Berberischen auch in der Bedeutung »Sprache« gebräuchlich) auch als Oberbegriff verwendet, um die historischen Konnotationen von *Berberisch* (von griechisch, lateinisch *barbarisch*) zu vermeiden.

Die folgende Skizze zeigt die geographische Verteilung der sprachlichen Varietäten in Marokko, basierend auf sprachgeographischen Untersuchungen in der französischen Kolonialzeit:



Legende: Sprachen

A	Arabisch
(A)	auch Arabisch (Mischgebiet)
A.h	Hassanija
A.j	Jebli (Jbala)
T	Tamazight (Berberisch)
T. j	Taschelhit
T.m	Tamazight
T.r	Tarifit

Ortsnamen

A	Agadir
C	Casablanca
F	Fes
Fi	Figuig
M	Marrakesch
N	Nador
R	Rabat
T	Tanger

Quelle: Ahmed Boukous, Société, langues et cultures au Maroc, Rabat 1995.

Diese Darstellung ist allerdings heute in weiten Teilen überholt bzw. ein Anachronismus. Die sprachlichen Verhältnisse in Marokko waren immer schon viel dynamischer, als es eine solche kartographische Segregierung zeigt. Das gilt für die Berberstämme, die, zum Teil getrieben von Naturkatastrophen, in die Ebenen zogen (und dort siedelten: wie etwa seit dem 17. Jahrhundert in der Region von Meknès), nicht anders als für arabischsprachige Verbände, etwa die zahlreichen, auch größeren ›Bruderschaften‹, die als arabophone Enklaven im südlichen Berbergebiet zu finden sind, ganz zu schweigen von den im ganzen Land (früher!) siedelnden jüdischen Familien

und Sippen, die, abgesehen von kulturbedingten hebräischen Elementen in ihrer Sprache, arabophon waren. Diese Dynamik wurde verstärkt durch die politischen Umwälzungen, bei denen mit dem Wechsel der Dynastien meist auch der Residenzort wechselte (zwischen den großen Königsstädten Fes, Marrakesch, Rabat und Meknès), wobei die königliche Residenz verbunden war mit der Ansiedlung eines großen stehenden Heeres und seinem Troß: in ethnisch-sprachlicher Hinsicht überwiegend berberisch-beduinisch geprägt.⁹

An diesen Verhältnissen änderte sich in der kolonialen Zeit sehr wenig, in der Marokko eine *terra irredenta* bildete: Die koloniale Struktur beschränkte sich bis zum Beginn dieses Jahrhunderts auf einen Kranz von Hafen-Forts, die zugleich Umschlagplätze für den Überseehandel mit Gold, vor allem aber mit Sklaven waren – große Handelsstraßen aus dem Sudan hatten hier ihr Ziel, besonders in Mogador, dem heutigen Es-Sawira. Die französische Kolonialzeit brachte in Marokko, anders als etwa in Algerien, zunächst ebenfalls nur eine formale Kontrolle, die auf die Kollaboration lokaler Dynastien angewiesen war. 1912 wurde Marokko französisches Protektorat (nach einem Kuhhandel mit Deutschland, das dort zunächst ebenfalls Interessen angemeldet hatte¹⁰); erst in den 1930er Jahren erfaßte sie auch das Landesinnere. Die gesellschaftlichen Umwälzungen waren dann allerdings rapide, lösten vor allem rasch die traditionale gesellschaftliche Arbeitsteilung auf, über die nicht zuletzt die Rolle der jüdischen Bevölkerung im ländlichen Raum definiert war (der massive jüdische Exodus seit den 1920er Jahren ist eine Folge davon).

Zur Umwälzung der traditionellen Strukturen kam es erst seit den 1960er Jahren (politisch im Rahmen der Selbständigkeit seit 1956) infolge der massiven Binnenwanderung und ›wilden‹ Urbanisierung. Gesellschaftliches Zentrum Marokkos ist heute Casablanca, das Anfang des Jahrhunderts noch ein unbedeutender kleiner Fischerhafen neben einem ehemaligen spanisch-portugiesischen Fort war.¹¹ Hier bildet sich in einem Küstenstreifen von Casablanca über Mohammedia nach Rabat eine der Dritte-Welt-typischen Megalopoleis heraus, mit einem hypermodernen Zentrum mit Banken und Ho-

9 Deutlich greifbar ist das etwa in Fes: Die alte Altstadt (Fes Bali) ist durch einen sedentären Dialekt charakterisiert (s.o. [ʔal]), die neue Altstadt (Fes ʒdid), als Fortsetzung der Heeresiedlung, durch einen beduinischen Dialekt (s.o. [gal]) – daneben gibt es noch die Neustadt (*ville nouvelle*), die auf die Bebauung in der französischen Kolonialzeit zurückgeht.

10 Eine Konsequenz davon war nicht nur die zeitgenössische deutsche Exploration von Bodenschätzen, sondern auch die sprachwissenschaftliche: Wir verdanken deutschen Orientalisten, vor allem an der dazu gegründeten Abteilung des Orientalischen Seminars in Berlin, das Ausbildungsaufgaben für das Kolonialpersonal hatte, die erste Generation wissenschaftlich verlässlicher Arbeiten zum Marokkanischen – zum gesprochenen Arabischen wie zum Berberischen.

11 Daher der spanische Name, deutsch ›weißes Haus‹, arabisch *ḏ-ḏar l-baiḏa*.

tels auf der einen Seite und Behelfswohnungen für die Zugezogenen am Rand, die unter ›urbanen‹ Bedingungen dort in gewissen Grenzen dörfliche Gesellschaftsstrukturen reproduzieren, auf der anderen Seite. Casablanca hat heute weit über 2 Mio. Einwohner; eine parallele Entwicklung kennt Fes mit über 1 Mio. Einwohnern, wobei beide Agglomerationen von den Menschen zunehmend als Durchgangsstation auf der Weiterwanderung nach Europa gesehen werden (so wie sie vorher schon eine Zielstation bei der Migration vom Dorf über das nächste regionale Zentrum gewesen waren).

Sprachlich kommt es dadurch zu einer Dynamisierung der Verhältnisse. Man kann davon ausgehen, daß in etwa 40% aller Familien in Marokko noch Berberisch gesprochen wird, zum Teil allerdings in sehr ungleicher Verteilung: Nur abgelegene ländliche Regionen sind noch einsprachig. Ansonsten findet sich Einsprachigkeit nur noch bei der ältesten Generation; die berberisch-arabische Zweisprachigkeit ist die Regel. Selbst wo die jüngste Generation kein Berberisch mehr spricht, hat sie in solchen Familien durch den Kontakt mit der ältesten Generation noch ein gewisses Sprachverständnis. In städtischen Gebieten nimmt dagegen die Praxis von Eltern zu, ihre Kinder bewußt in Arabisch zu erziehen, mitunter geschlechtsspezifisch getrennt; so vor allem gegenüber den Jungen. Die Dynamik der Binnenmigration sorgt nun dafür, daß die Ballungszentren zugleich auch berberophon sind: Die verlumte Altstadt von Fes und die Bidonvilles von Casablanca sind heute wohl die größten berberophonen Agglomerationen überhaupt.

Soweit bisher von Arabisch die Rede war, war das in Marokko gesprochene Arabisch gemeint, arabisch *darīza* (›Umgangssprache‹). Dem steht die arabische Hochsprache gegenüber, wie sie in der Schule gelehrt wird, deren Normen am Klassischen Arabisch ausgerichtet sind, vor allem an der Qoran-Überlieferung. Die letztere macht diese Sprache sankrosankt – für Puristen darf an dieser Sprache nichts geändert werden (in der arabischen Bezeichnung: die *foshā* ›die reine [Sprache]‹, die auch im folgenden rein konventionell verwendet wird). Diese religiösen Obertöne sind zudem noch mit politischen verquickt: Die koloniale Spätzeit des 19. Jahrhunderts brachte eine politisch-kulturelle Gegenbewegung hervor, die sich selbst als Renaissance bezeichnete (arabisch *nahḍa*), die Rückbesinnung auf die große Zeit der arabischen Welt und ihre Sprache, das Klassische Arabisch, demgegenüber die real praktizierte Sprache als Verfall betrachtet wurde, eng verquickt mit der Korruption durch die Kolonialisierung. In Marokko wurde auch das Berberische in diese Perspektive gestellt, das die französische Kolonialverwaltung tatsächlich aus durchsichtigen politischen Gründen zu fördern versucht hatte. Damit sind die Komplikationen des Sprachdiskurses in Marokko angedeutet: Marokko ist in seiner Verfassung als *arabisches Land* definiert – wobei arabisch durch die *foshā* interpretiert wird. Aber dieses Arabisch ist nieman-

des Muttersprache¹² – die Muttersprache der Menschen in Marokko ist gegenüber der offiziellen Sprache, auch wenn es sich nicht um Berberisch, sondern um die arabische *darīza* handelt, eine dominierte Sprache.¹³

Eine weitere Komplikation ergibt sich als Nachlaß der kolonialen Einbindung Marokkos in ein frankophones Imperium: Kapitalverkehr, Außenhandel, Technik, Medizin etc. sind französisch artikuliert. Trotz einer Phase des Versuchs zur vollständigen ›Arabisierung‹ der Gesellschaft in den 1960er Jahren ist eine faktische Zweigleisigkeit französisch/arabisch (*darīza*) etabliert – Französisch wird schon in der Grundschule (neben Arabisch [*foshā*]) unterrichtet (Unterrichtssprache ist selbstverständlich *darīza*). An den Universitäten ist die ›Arabisierung‹ weitgehend auf die islamisch-arabische Fakultät beschränkt – in der medizinischen Fakultät (wie generell wohl an den naturwissenschaftlichen Fakultäten) ist wohl nie anders als auf französisch unterrichtet worden. An den anderen Fakultäten findet sich eine gemischte Praxis. Viele Hochschullehrer geben auch zu, daß sie nicht in der Lage wären, einen *foshā*-Vortrag zu halten oder ihm zu folgen – was denn auf wissenschaftlichen Tagungen (außer bei den rituellen Eingangs- und Schlußabschnitten) auch nicht praktiziert wird.

Dominanter Gesichtspunkt bei den vorausgehenden Überlegungen waren die Verhältnisse der mündlichen Kommunikationsformen. Diese bilden auch den Hintergrund für die schriftsprachlichen Verhältnisse, für die gilt, daß nur die *foshā* oder eine der (ehemaligen) Kolonialsprachen, insbesondere das Französische, als Schriftsprachen nutzbar sind und unterrichtet werden. Entsprechend groß ist die Distanz weiter Bevölkerungsteile zur Schriftkultur, wie sich an der hohen Analphabetenrate ablesen läßt. Nach Angaben der Weltbank waren es 1988 immer noch 60% der Bevölkerung (40% der Männer und 80% der Frauen), die gar keine oder nur weniger als die fünfjährige obligatorische Grundschule besucht hatten¹⁴ – was allerdings auch keinen zwin-

12 Um es in einem Vergleich zu verdeutlichen: Das ist in etwa so, als wenn für Spanien oder Rumänien das Latein als Nationalsprache postuliert würde.

13 Eine Minoritätensprache im Sinne von Owens (Hg.), *Arabic as a Minority Language*. Was diese Situation verkompliziert, sind die durch die religiöse Unterweisung vermittelten Textkenntnisse, insbesondere aus dem Quran: Selbst Analphabeten kennen oft große Passagen von diesem auswendig und benutzen auch Zitate daraus. Das impliziert allerdings keinen analytischen Zugang zur *foshā*: Die Texte werden rein mnemotechnisch fixiert – auch in der modernen Schule. Ein anekdotisches Beispiel dazu: Ein siebenjähriges Mädchen in Marokko zeigte Maas stolz ihr Schulbuch und las aus einer Lektion (einer Quran-Passage) einige Zeilen vor. Auf die Aufforderung weiter zu lesen, antwortete sie, daß sie das noch nicht in der Schule gemacht hätten und war nicht dazu zu bewegen, die folgenden Buchstaben auch nur zu entziffern. Lesen bedeutet hier das Wiedererkennen der auswendig gelernten Textpassagen.

14 Daniel A. Wagner, *Literacy, Culture and Development. Becoming Literate in Morocco*, Cambridge 1993.

genden Schluß auf eine Alphabetisierung im vollen Sinne (z.B. im Sinne der *literacy* der UNESCO) erlaubt.¹⁵ Die Folge davon sind eine Vielfalt sozialer Praktiken, bei denen der Gebrauch von Schrift vermieden (etwa durch Audio- und Videokassetten) oder auf die Dienste von professionellen Schreibern zurückgegriffen wird.

Sprachen und Sprachkontakt in Marokko

Damit der so skizzierte Rahmen der sprachlichen Verhältnisse in Marokko nicht zu abstrakt bleibt, sollen die angesprochenen Rahmenaussagen noch verdeutlicht und wenigstens mit einigen Beispielen bzw. Beobachtungen illustriert werden.¹⁶

Arabisch und Berberisch gehören im weiteren Sinne zwar zu einer großen Sprachfamilie (›Afro-Asiatisch‹, früher auch ›Semito-Hamitisch‹ genannt), die Beziehungen zwischen ihnen sind aber nicht so, daß der Wortschatz im Sinne von etymologischen Familienstrukturen rekonstruierbar wäre, wie es etwa zwischen Deutsch und Englisch (beides germanische Sprachen), Deutsch und Französisch, Russisch oder Griechisch (alles indoeuropäische Sprachen) der Fall ist.¹⁷ Dieser in einem mehrtausendjährigen Prozeß herausgebildeten Fremdheit zwischen Berberisch und Arabisch stehen nun die Folgen eines über tausendjährigen Sprachkontakts gegenüber, die sich vor allem im Lexikon spiegeln: Auch in sehr elementaren Strukturfeldern sind arabische Entlehnungen im Berberischen¹⁸ zu finden, wie z.B. bei den Kardinalzahlen von 1–10 (Beispiele im Tamazight und in der *dariza*; bei Genusmotion ist die erste Form maskulin, die zweite feminin):

	1	2	3	4	5	6	7	8	9	10
berberisch	<i>idʒ</i> (<i>jum/jut</i>)	<i>sin</i> (<i>snat</i>)								
berb./arab.			<i>tlata</i>	<i>rbʒa</i>	<i>xmsa</i>	<i>st:a</i>	<i>sbʒa</i>	<i>tmanja</i>	<i>tsʒa</i>	<i>ʃfra</i>
arabisch	<i>waħd</i> / <i>wħda</i>	<i>tnin</i> (<i>zuz</i>)								

15 Dies bedeutet, daß auch einfache Texte weder geschrieben noch gelesen werden können. Allerdings entwickeln auch Menschen ohne Schulbildung Strategien zum Umgang mit schriftlichem Material, die Wagner als ›literate behavior‹ diskutiert und die in Marokko eine große Rolle spielen.

16 Die Gesprächsaufzeichnungen stammen aus einem größeren Corpus von Sprachaufnahmen, die der Darstellung von Maas, *Moroccan: A Language in Emergence*, zugrundeliegen.

17 Zur grammatischen Basis der Rekonstruktion afro-asiatischer Gemeinsamkeiten zwischen Berberisch und Arabisch s.u.

18 Beispiele aus dem Berberischen soweit nicht anders angegeben aus dem Tamazight.

- ber.** zid-y dx lʕadadija
 zufüg:PF-1S noch Mittelschule
- ar.** zid l-ʕadadija
ich habe noch die Mittelschule gemacht
- ber.** aʃk-y dx ɣ-d s-ʕarbaǧǧa
 komm:PF-1S noch nach-hier nach-Casablanca
- ar.** ʕarbaǧǧa [aʕ-ʕar-baǧǧa »das weiße Haus«]
ich bin noch nach Casablanca gekommen
- ber.** ʃkr-y ʕamajn n-d:axilija
 verbring:PF-1S zwei.Jahre von-Internat
- ar.** ʕamajn d-daxilija
ich habe zwei Jahre im Internat verbracht
- ber.** ar-qra-ɣ u-l:uɣa lalmanija ʕamajn
 HAB-studier:-1S und-Sprache deutsche.Sprache zwei.Jahre
- ar.** qra u-l-luɣa l-almanija ʕamajn
ich habe zwei Jahre die deutsche Sprache gelernt
- ber.** aili-y ɣi-x lbak
 zu-dann nehm:PF-1S Abitur
- ar.** l l-bak [< frz. le bac]
bis ich das Abitur gemacht habe

Diese relative Durchlässigkeit zwischen den beiden muttersprachlichen Varietäten Marokkos kontrastiert dramatisch mit der Barriere, die die Hochsprache darstellt – auch nach einem mehrjährigen Schulbesuch. Die Bestätigung dafür liefern eher unfreiwillige Tests bei Sprachaufzeichnungen in Marokko, wenn das Gespräch von jemandem geführt wird, der sich durch die Aufnahmesituation provoziert fühlt, hochsprachliche Elemente in seine Äußerungen einzubauen. Wie fremd diese sind, zeigen Reaktionen wie in den folgenden Beispielen (I = Interviewer, A = Gesprächspartner, F = *fosħa*-Entsprechung):

Gesprächsausschnitt (1)

- 1 I u ma wqa- l-k ʃi hadat (F hadaθ) li ma
 und NEG passier:PF.3S zu-2S INDEF Ereignis REL NEG
 bya-ʃ i-t-nsa -l-k
 werd:PF.3S 3S-REFL-vergess:IPF zu-2S
ist dir irgendwas passiert, das du nicht vergessen kannst?
- 2 A la / walu / ana l-hadita
nein / nichts / ich - der Unfall
- 3 I [unterbricht] mafi hadita / la / ʃi-haɣa ... / waf bħal ʃi ...
 NEG Unfall / nein / etwas... / ob wie etwas...

Gesprächsausschnitt (2)

- 1 I ʃkun hiʒa l-umnia (F ʔumnija) djal-k
was 3Sfem DEF-Wunsch von-2S
was hast du vor [weiterhin] zu machen?
- 2 A waħd ʃi n-nas / ta-n-ʃuf-u-hum / n-ʃ iʃ-u mʃa-hum
INDEF DEF-Leute HAB-1-seh:IPF-P-3P 1-leb:IPF-P mit-3P
ħ:t:a ma i-kun-u-ʃ duk-n-nas / u ʔħħ i-ʃawn
bis NEG 3-sei:IPF-P-NEG DEM.P-DEF-Leute und Gott 3-helf:IPF
*einige Leute / wir sehen sie / wir leben mit ihnen, bis diese Leute nicht mehr sind /
Gott sei ihnen gnädig*
- 3 I l-umnia djal-k / a s-si b...
DEF-Wunsch von-2S / VOK DEF-Herr B...
Ihre Pläne, Herr B...
- 4 A naʃam a s-sidi
bitte mein Herr?
- 5 I l-umnia djal-k / aʃ ka-t-tmn:a / aʃ ka-t-tmn:a
DEF-Wunsch von-2S was IND-2-hoff:IPF was IND-2-hoff:IPF
t-ħq:q f-d-dnja djal-k
2-verwirklich:IPF in-DEF-Lebenvon-2S
Ihre Pläne, was Sie hoffen / was Sie in Ihrem Leben zu verwirklichen hoffen
- 6 A d-dnja dak-ʃi daba / insan i-ʃaif-u u ʃafi /
DEF-Welt DEM jetzt Menschen 3-leb:IPF-P und Schluß
ʃi maʃaifja n-nit u dak-ʃi
INDEF Leben genau und DEM
die Welt ist jetzt so, daß die Menschen leben, und das ist es / irgendein Leben und so
- 7 I aʃ a-n-dir-u / a s-si
was FUT-1-mach:IPF-P VOK DEF-Herr
Was wollen sie machen, mein Herr?
- 8 A bnadm ta-j-akul l-xbz u ʃafi
Mensch HAB-3-ess:IPF DEF-Brot und Schluß
der Mensch ißt sein Brot und das ist es

Die beiden blockierenden *foʃħa*-Wörter (*ħadaθ* ›Ereignis‹ und *ʔumnija* ›Wunsch, Vorhaben‹) sind keinesfalls ausgefallene Vokabeln, sondern Wörter, wie sie täglich in den (hochsprachlichen) Fernsehnachrichten benutzt werden, in der Zeitung zu lesen sind usw. Im ersten Beispiel fand der Angesprochene eine assoziative Anknüpfungsmöglichkeit in seiner Sprache – und mißverstand die Frage, im zweiten Fall konnte er das nicht und war nur noch verwirrt...

Die Kontakte mit den europäischen Sprachen sind alt und haben ebenfalls vor allem im Wortschatz ihre Spuren hinterlassen – zum Teil schon alte

Spuren, die auf eine gemein-mediterrane Verkehrssprache des Mittelalters zurückweisen. Verstärkt wurden diese Kontakte in der Kolonialzeit, wo der sprachliche Austausch in der Folge materialer Innovationen erfolgte, insbesondere in der Handwerkersprache, wie das folgende Beispiel verdeutlichen kann (Auszug aus einem Gespräch des Autors [Maas] mit einem Schreiner):

- 1 ~~t~~-tabla-t / ta-n-ʒib-u l-xʃb / ta-n-xʃi-u-h f-l-lasiri /
 DEF-Tisch-P HAB-1-bring:IPF-P DEF-Brett HAB-1-hineinsteck-P-3S in-DEF-Sägerei
 span. tabla frz. scierie
was die Tische angeht, wir bringen das Brett, wir geben es in die Sägerei

- 2 ta-n-d:i-u-h l-l-makina / ta-n-qsm-u-h f-l-mnʃar /
 HAB-1-nehm:IPF-P-3S zu-DEF-Maschine HAB-1-schneid:IPF-P-3S in-DEF-Säge
 span. machina
wir nehmen es zu der Maschine, wir schneiden es mit der Säge

- 3 f-l-lasi / ta-n-dw:z-u-h f-l-ɣabo /
 in-DEF-Säge HAB-1-bearbeit:IPF-P-3S in-DEF-Hobel
 frz. scie frz. rabot
mit der Säge / wir bearbeiten es mit dem Hobel

- 4 ta-n-dw:z-u-h f-l-latupi / f-l-ftaʒ (???) /
 HAB-1-bearbeit:IPF-P-3S in-DEF-Fräse (???) in-DEF-???
 frz. la toupie ???- bei Wiederholung:
 l-kofraʒ, frz. coffrage
Wir bearbeiten es mit der Fräse, mit der ???

- 5 ta-n-ʒib-u-h l-l-hanut / ta-n-dir-u l-kola /
 HAB-1-bring:IPF-P-3S zu DEF-Laden HAB-1-mach:IPF-P DEF-Leim
 span. cola
wir bringen es in die Werkstatt / wir machen Leim

- 6 ta-n-kuli-u-ha / ta-n-zir-u-ha /
 HAB-1-leim:IPF-P-3Sfem HAB-1-press:IPF-P-3Sfem
 span. cola (nur Subst.!)
wir leimen es / wir pressen es

- 7 t-n-xl:i-u-ha t-njʃ f-f-ʃmʃ /
 HAB-1-lass:IPF-P-3Sfem 3Sfem-trockn:IPF in-DEF-Sonne
wir lassen es in der Sonne trocknen

- 8 ta-n-ʒib-u ʃawd r-rʒli
 HAB-1-bring:IPF-P Holz DEF-Fuß.P
wir bringen das Holz für die Füße ...

Die lexikalischen Bedeutungsveränderungen sprechen für sich. Auch hier gilt wieder, daß diese Ausdrücke ›reguläres‹ Marokkanisch sind – ohne konkurrierendes Wort im Wortschatz der Sprecher, die, um sie zu benutzen, auch keinerlei Französischkenntnisse benötigen.

Wie in oben angesprochen ist die *dariza* in Marokko keineswegs homogen: Über die Differenzierung in eine ›sedentäre‹ und eine ›beduinische‹ Varietät (Termini, die in diesem Zusammenhang nur noch eine konventionelle Funktion haben) hinaus gibt es noch weitere lokale Ausdifferenzierungen – wie es in allen Sprachen lokale Dialekte gibt. In Marokko spiegelt sich in ihnen die angesprochene Besiedlungsgeschichte, wie schon am Beispiel des *Fassi* (Dialekt von Fes, Beispiel [ʔ] für [q]) angesprochen, vor allem aber auch die Entwicklung der Arabisierung der Berber (s.o. zu den *ɣbala*). Dem steht eine Dynamik zum überregionalen Sprachausgleich gegenüber, orientiert am *dem* Fixpunkt für alle Marokkaner unter 20 Jahren (und das ist weit über die Hälfte der Bevölkerung!), der Metropole Casablanca. Gemeint ist damit nicht der alte kleine Fischerhafen Casablanca (mit seinem Dialekt der *Schauwija*), sondern das dynamische Bevölkerungsgemisch von heute, das einen verkehrssprachlichen Ausgleich hervorbringt, eine *Koiné*: In hohem Maße tolerant für Variation, gleichzeitig aber mit Ausschluß von nur kleinräumig verwendeten Dialektmerkmalen. Diese *Koiné* wird nun von den Massenmedien gespiegelt – nicht zuletzt im Fernsehen²¹ in den Spielshows, Magazinsendungen und Talkshows, überall wo Menschen spontan sprechen bzw. wo dieses spontane Sprechen inszeniert, wird wie in der Werbung für Massenprodukte (z.B. Waschmittel). So wird diese medial verbreitete *Koiné* selbst aber wieder zum Modell, an dem sich alle orientieren können – vor allem eben die Jüngeren bei ihrem Bemühen, wenn schon nicht real, dann wenigstens imaginär der Beschränktheit ihrer Lebensverhältnisse zu entkommen. So wird die *Koiné* zu einem Vehikel der ›Jugendkultur‹, die geradezu mit der Abgrenzung von den Dialekten als emblematischer Charakterisierung des Alten spielt. Das folgende Beispiel kann das zeigen (Auszug aus einer Musikkassette der Gruppe Issam-Issam ›Marocofolies‘ 94‹ (1994); Stück ›Laaloua‹, Musik-Genre Techno).

1 tbɿ-ti ulad l-hal a bnijt-i
 folg: Pf-2Sf Knabe.PL DEF-Zustand VOK Mädchen.DIM-1S
 Dialekt: Oujda
du bist mit den bösen Jungen mitgegangen, mein Töchterchen

21 Das in den Wohnungen nur dann nicht läuft, wenn das Gerät einen Defekt hat – es läuft auch in den letzten Atlasdörfern, die noch weit ab von der Elektrifizierung sind; Esel bringen die dazu benötigten Autobatterien dahin (und zum Wiederaufladen wieder zur nächsten Tankstelle hinunter).

2 nsi-ti walidi-k a wlijd-i
vergess:PF-2Sf Eltern.PL-2S VOK Kind.DIM-1S
du hast deine Eltern vergessen, mein Kindchen

3 yadi l-ʕalwa
geh:PZP zu-Treffpunkt
Dialekt: Oujda
du gehst in die Disco

4 n-uf:i-k bʕda
1S-rate:IPF-2S wenigstens
ich will dir wenigstens einen Rat geben

5 ila lħk-ti sl:m l-ʕalwa
wenn ankomm:PF-2S grüß:IPT.S DEF-Treffpunkt
wenn du dahinkommst, grüß die Disco

6 la t-xm:m lwi
NEG 2S-denk.IPF abbieg:IPT
und denke dran vorbeizugehen

Als dialektal markierte Passagen, hier solche aus der Region Oujda, woher die Gruppe kommt, sind in anderen Gegenden Marokkos zum Teil unverständlich.

Auf dieser Folie ist die Dynamik der sprachlichen Verhältnisse in Marokko definiert: mit einer Koiné als Fluchtpunkt, die sich bereits in hohem Maße stabilisiert hat und über die elektronischen Massenmedien eine entsprechende Resonanz erfährt. Das alles spielt sich gewissermaßen unter dem Deckel des offiziellen Sprachdiskurses ab, der die *dariza* gewissermaßen gar nicht zur Kenntnis nimmt. Der Bildungsapparat ist fixiert auf das Problem der Arabisierung, die zwar tatsächlich dank der großen Anstrengungen im Schul- und Universitätsbereich²² den Zugang zum Arabischen (der *fosħa*) verbreitert hat, aber gesamtgesellschaftlich gesehen eben doch nur bei einer dünnen Schicht. Die moderne Fraktion auf der Gegenseite ist auf das Französische fixiert, das in Teilen der städtischen Oberschicht, z.B. in Arztfamilien, auch schon zur Erstsprache der Kinder werden kann – und auf einer trivialeren Seite folgen ihnen Menschen, die im Tourismusbereich arbeiten (wie etwa Kellner oder Taxifahrer, die z.B. in Agadir außer ihrer berberischen Muttersprache nur noch Französisch und evtl. einige Brocken Deutsch lernen). Die dramatischste Verschiebung im Sprachdiskurs brachte ein Dekret des Königs von 1994, das plötzlich verkündete, daß das Berberische Teil des

22 Die Scolarisierung hat eine wachsende Schicht von Arbeitslosen mit einem relativ hohen formalen Qualifikationsniveau produziert, deren Ansprüche die sozialen Spannungen im Land nur noch verstärken – und für die ein Ventil nur in der angestrebten Emigration besteht.

kulturellen Erbes und als solches zu pflegen sei: Seitdem werden sogar die Nachrichten im Fernsehen in die Berberdialekte übersetzt, und es gibt Pläne, Berberisch nach dem Vorbild der Regionalsprachen in Frankreich auf dem Gymnasium als Wahlfach einzuführen – nichts Vergleichbares ist für die Koiné (die *dariza*) in Sicht oder zur Zeit auch nur denkbar.

Das macht die sprachliche Situation geradezu schizophoren. Einen Eindruck von der angesprochenen Koiné-Dynamik kann folgender Gesprächsausschnitt geben, bei dem in einem Ort im Zentrum des berberischen Gebiets alle Beteiligten von Hause aus berberophon sind, sich hier aber an einem öffentlichen Platz, bei einem Schusterladen (mit einem zur Straße hin offenen Tresen) unterhalten. Es handelt sich um zwei Frauen, die ihre Schuhe dem Schuster zur Reparatur bringen und in diesem Ausschnitt mit ihm den Preis aushandeln (**K** = Kundin; **S** = Schuster):

K st: mja / safi / u hna dik t-tɛriq li ka-n-tɛ-u
600 Schluß und wir DEM DEF Weg REL HAB-1-hinauf.geh:IPF-P

u n-hbt-u / ma ɛrf-ti b-fhal
und 1-herunter.geh:IPF-P / NEG wiss:PF-2S mit-wieviel

600 (d.h. Rjal) / das reicht / und wir [geben dir noch dazu] den Weg, den wir herauf- und heruntergehen / du weißt nicht was [uns das kostet]

S la: safi/ dik t-tɛriq daba u ntuma talɛ-in
nein Schluß DEM DEF-Weg jetzt und 2P hinauf.geh:PZP-P

ka-t-sarh-u rɛzli-kum f-l-xla
DUR-2-ausführ:IPF-P Fuß.P-2P in-DEF-Wildnis

nein, einverstanden / dieser Weg, den ihr jetzt heraufsteigt, indem ihr eure Füße in die Wildnis ausführt

LACHEN

i-ɕar
Fuß.P (berber.)
[eure] Füße

K fkun li gal l-k a s-sidi qdi-t n-sr:h
wer REL sag:PF.3S zu-2S VOK DEF-Herr könn:PF-1S 1-ausführ:IPF

rɛz-l-i u ana ma qdi-t-f
Fuß.P-1S und 1S NEG könn.PF:1S

wer hat Ihnen gesagt, mein Herr, daß ich meine Füße ausführen kann, obwohl ich das gar nicht kann

Der Schuster macht Witze über seine Kundinnen, mit denen er den von diesen heruntergehandelten Preis symbolisch kompensiert. In dieser Passage findet er noch eine Steigerung seiner witzig gemeinten Bemerkung über die zu strapazierenden Füße seiner Kundinnen, indem er das arabische Wort (*rʒli* ›Füße‹) einfach nochmal auf berberisch wiederholt (›Fuß‹ im Tamazight: Sg. *a-ḍar*, Pl. *i-ḍar-n*); das Lachen, mit dem seine Zuhörerinnen diesen Gesprächszug quittieren, macht deutlich, daß sie ihn verstehen – alle hätten auch berberisch sprechen können; aber das tun in einem solchen Ort, dessen Bewohner sich als dynamisch verstehen und der von den Gesprächsbeteiligten auch schon als Ziel einer Zuwanderung vom ländlichen Umfeld angesteuert wurde, nur die ganz Alten in der Öffentlichkeit, die damit zeigen, daß sie kein Arabisch (*dariza*) können.

Das ist ein repräsentatives Beispiel für das, was in solchen Situationen zu beobachten ist: Die arabische Koiné ist zur ›Matrix‹-Sprache geworden, wie es in der einschlägigen Forschung zum ›code-switching‹ heißt²³, auch wenn die Muttersprache berberisch ist. Aber das Berberische bleibt präsent – weniger für Fälle der ›Sprachnot‹, wo die arabischen Ressourcen nicht ausreichen (Maas hat solche Fälle im Feld praktisch nie beobachten können), sondern als zusätzliche stilistische Ressource wie in diesem Beispiel.²⁴

Mehrsprachigkeit und Sprachbund in Marokko

Das Frappierendste an dieser Situation ist die sie fundierende Zweisprachigkeit, oder richtiger: die Leichtigkeit, mit der Berberophone in Situationen, die sie dazu motivieren, zu dieser Zweisprachigkeit kommen – im dramatischen Kontrast zur Blockierung gegenüber der *fosha*, die für sie – genauso wie in der Regel für muttersprachliche *dariza*-Sprecher – unerreichbar ist. Instruktiv sind dafür Beobachtungen, die Maas bei einem Feldforschungsaufenthalt 1995 im mittleren Atlas gemacht hat: Bei ihrer ersten Station auf der Migration aus dem südlichen ländlichen Raum kommen die Berberfamilien hier einsprachig an. Der größte Teil von ihnen siedelt behelfsmäßig am Ortsrand, wo die Kommunikation nur in Tamazight möglich ist. Aber Familien, die nach wenigen Jahren in das Leben im Ort integriert sind, verhalten sich nicht anders, als es das Beispiel im vorigen Abschnitt illustriert: Im öffentlichen

23 Carol Myers-Scotton, *Duelling Languages. Grammatical Structure in Code-Switching*, erw. Neuaufl. Oxford 1997.

24 Daher sind solche Fälle des ›code-switching‹ von einer Sprachmischung zu unterscheiden, die charakteristisch für Immigrantensprachen zu sein scheint – und auch für die Sprache von Remigranten: In Marokko sind Witze und Anekdoten über das Sprachgemisch der Remigranten aus Frankreich feste Topoi. Bei vielen Berbern (jedenfalls im berberischen Hinterland) ist dagegen ein Bemühen um ein Getrenthalten von Berberisch und Arabisch deutlich, das den Hintergrund für ein solches stilistisch motiviertes ›code-switching‹ bildet.

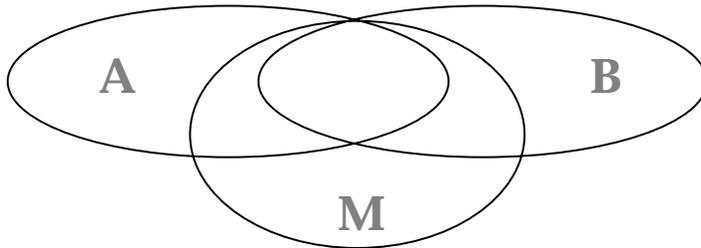
Raum ist ihre Sprache die *darīza* (die zur ›Matrixsprache‹ geworden ist), die sie, relativ zum regionalen Standard, perfekt beherrschen; sie zeigen nicht die Unsicherheiten, die sprachlichen Hilfsreduktionen, die als für (Im-)Migranten-sprachen charakteristische ›Pidginisierung‹ immer beschrieben werden (so etwa auch für die Immigranten in der Bundesrepublik Deutschland). Ein dermaßen rascher Lernprozeß zu einer perfekten Zweisprachigkeit, wie er anderswo über mehrere Generationen gestaffelt abläuft, ist offensichtlich nur möglich, wenn bestimmte sprachstrukturelle Voraussetzungen bestehen.

Das sind auf der einen Seite die angesprochenen sozialen Bedingungen, die den sprachlichen Ausgleich (die Entwicklung einer Koiné) in Marokko rein pragmatisch verlaufen lassen: In der Kommunikation sind Formen akzeptabel, wenn sie *verständlich* sind; ihre darüber hinausgehende Bewertung erfolgt rein *konnotativ*, durch die mit ihnen symbolisch verbundenen Verweise auf die sozialen Kontexte, in denen sie sonst Verwendung finden (s.o. zu den kleinräumigen Dialektmarkierungen). Es gibt also keine *normative* Bewertung nach richtig oder falsch: Diese wären an eine schulische Instanz und letztlich an die Existenz einer schulisch vermittelten Schriftsprache gebunden. Insofern ist der oben angesprochene Windschatten des Sprachdiskurses für die dynamische Entwicklung der Koiné tatsächlich produktiv.

Zu den Voraussetzungen für diese Entwicklung gehören vor allem aber auch sprachstrukturelle, die hier nur kurz thesenartig umrissen werden sollen.²⁵ Die schon angesprochenen Kontaktbeziehungen zwischen Arabisch und Berberisch gehen weit über das Lexikon hinaus. Tatsächlich hat sich in der über tausendjährigen Kontaktsituation von Arabisch und Berberisch in Marokko (bzw. dem Maghrib insgesamt) eine Sprachbund-Konstellation herausgebildet, die den Erwerb der *darīza* für marokkanische Berbersprecher gewissermaßen zu einem Heimspiel macht: Dieses ist ja auch das spezifische Produkt aus der panarabisch zu beobachtenden Weiterentwicklung des Alt-arabischen und deren spezifischer Adaptierung an die Aneignungsbedingungen durch Berbersprecher. Demgegenüber ist die künstlich auf die Struktur des Klassischen Arabischen eingefrorene *fosħa* ein Fremdkörper.

25 Dabei ist allerdings zu bedenken, daß die Mehrsprachigkeit in traditionellen Gesellschaften (generell so in Afrika) der Normalfall ist. Die europäische Vorstellung vom einsprachigen Menschen ist ideengeschichtlich ein Produkt der Romantik, praktisch aber ein Produkt der (Volks-)Schule und der von dieser bewerkstelligten (zweiten) Sprachnatur, die gegenüber der *richtigen* (National-)Sprache, die immer auch die *Schriftsprache* ist, nur noch deren Degenerationserscheinungen kennt – oder aber die (in gleicher Weise als Schriftsprachen schulisch zu lernenden) Fremdsprachen. Das Verhältnis von Sprache und Schrift bildet offensichtlich den Schlüssel zu diesem sozialen Syndrom, was in diesem Beitrag nicht weiter ausgeführt werden kann; vgl. Maas, Moroccan: A Language in Emergence.

Schematisch läßt sich das Verhältnis wie folgt modellieren (A: Arabisch, B: Berberisch, M: ›Marokkanisch‹, also insbesondere die *darīza*):



Die Rede von ›Marokkanisch‹ steht hier gegen eine statische Sicht der konstituierenden Faktoren: in dieser Sprachbundkonstellation hat sich auch das Berberische in Marokko geändert und nicht nur im Lexikon eine arabisch-kongruente Entwicklung genommen. Ohne im einzelnen darauf einzugehen, sei hier nur eine Zusammenstellung von sprachlichen Variablen²⁶ aufgeführt, die die spezifischen Überlagerungen im marokkanischen Sprachbund bei *darīza* (MA: marokkanisches Arabisch) und marokkanisches Berberisch (MB) zeigen – gegenüber den Kontrasten nicht nur zur *fosħa* (F), sondern etwa auch dem in Ägypten gesprochenen Arabisch (Ä) sowie dem archaischen Berberischen (*Tamashek*: T) der Tuaregs im Süden von Marokko; außerdem aufgenommen ist das mit dem marokkanischen Arabischen eng verwandte Maltesische (MAL), das seit dem Mittelalter im engen Kontakt mit dem Italienisch/Sizilianischen steht.

Die einzelnen Variablen zu kommentieren würde hier zu weit in technische Fragen der sprachwissenschaftlichen Beschreibung führen – relevant sind in diesem argumentativen Rahmen nur die Verteilungsmuster, die eine Polarisierung zeigen: In einer ersten Näherung zeigen die mit XXX markierten Felder Gemeinsamkeiten des afroasiatischen Makrophylums (7, 12, 13, 16, 18) oder aber ein charakteristisch arabisches Profil: Übereinstimmung mit dem Altarabischen (für das hier die *fosħa* steht) im Unterschied zum Berberischen (9, 11, 21), während die mit 000 markierten Felder ein berberisches Profil zeigen (4, 14, 15, 17, 19 (?), 20 (?)).²⁷ Die spezifische Sprachbundstruktur,

26 Utz Maas, Der maghrebische Sprachbund (unveröffentlichter Vortrag auf der Jahrestagung der Deutschen Gesellschaft für Sprachwissenschaft in Halle am 6.3.1998).

27 Methodische Probleme einer solchen Darstellung müssen hier undiskutiert bleiben, so die Tatsache, daß die *fosħa* eine Schriftsprache und als solche normiert ist – die berberischen Varietäten und auch die arabische *darīza* sind rein gesprochene Sprachen mit dominant oraten Markierungen. In diesem Sinne sind sicherlich als unterschiedliche sprachliche Ausbauformen, nicht aber wohl genetisch zu interpretieren: 19, 20 und vielleicht auch 10.

also die marokkanischen Gemeinsamkeiten von MA und MB gegenüber F und Ä, zeigen sich sowohl im Bereich der Phonologie wie der Syntax: bei den prosodischen Strukturen 1, 3, 4 und Syntax 17 und 19.

	F	Ä	MAL	MA	MB	T
PHONOLOGIE						
1 Wortakzent	XXX	XXX	XXX			
2 Syllabierung invariabel	XXX					
3 vokalische Quantitäten	XXX	XXX	XXX			
4 marokkanisches Schwa				0000	00000	00000
5 morphoprosodisch Nomen ≠ Verb	XXX	XXX		XXX		
NOMINALGRAMMATIK						
6 Kasussuffixe	XXX					
7 Nominalklassen (Genus)	XXX	XXX	XXX	XXX	XXX	XXX
8 Dual (Numerus)	XXX	XXX				
9 Definitheitsmarkierung	XXX	XXX	XXX	XXX		
10 Genetivkonstruktion (iḍafa)	XXX					
VERBALGRAMMATIK						
11 Präfix- vs. Suffixkonjugation	XXX	XXX	XXX	XXX		
12 grundlegend: Aspektopposition	XXX	XXX	XXX	XXX	XXX	XXX
13 grammatikalisierte Stammbildung	XXX	XXX	XXX	XXX	XXX	XXX
14 Negativkonjugation					00000	00000
15 Orientierungsmarkierung					00000	00000
16 Komplexe Prädikate (Koverben)	XXX	XXX	XXX	XXX	XXX	??????
17 Verbalkomposita				0000	00000	??????
SYNTAX SONST						
18 Nominal- vs. Verbalsatz	XXX	XXX	XXX	XXX	XXX	XXX
19 thetische vs. kategorische Wortstellung			0000	0000	00000	?????
20 asyndetische Hypotaxe		0000		0000	00000	00000
21 Bestimmtheitsmarkierung beim Attributsatz	XXX	XXX		XXX		

Die Interpretation eines solchen Befundes hängt an der Gewichtung der so isolierten Variablen: Es muß sichergestellt sein, daß sie tatsächlich zentrale (für die Sprachproduktion wie -perzeption produktive) Strukturen fassen und nicht nur marginale Randerscheinungen. Das ist aber vor allem bei der Phonologie und der Syntax deutlich, die schon im Vorfeld der eigentlichen

Interpretation einer Äußerung deren Zugänglichwerden steuern: Charakteristischerweise sind Äußerungen im marokkanischen Arabischen auch für Sprecher des ägyptischen Arabischen kaum verständlich, weil sie für sie nicht so zu gliedern sind, daß sie darin Formen der eigenen Sprache wiedererkennen könnten – in der gemeinsamen Kommunikation weichen Ägypter und Marokkaner (etwa Studenten im Ausland) in der Regel auf eine gemeinsame Fremdsprache aus

Der silbenstrukturelle Aufbau der marokkanischen *dariza* ist innerhalb des Neuarabischen völlig isoliert – aber identisch mit dem des Berberischen (in Marokko). Ein Berber hat anders als ein Ägypter kein Problem, bei *dariza*-Formen ›durchzublicken‹ – allein deren semantische Interpretation kann ihm (zu Beginn des Lernprozesses) noch fremd sein (aber das lernt er erfahrungsgemäß situationsgesteuert sehr schnell). Diese Strukturhomologie setzt sich auf allen Ebenen der Grammatik fort; in den meisten – vor allem aber in den für die Strukturierung einer Äußerung zentralen – Bereichen gibt es eine einfache Übersetzungsäquivalenz zwischen den Formen und ihrer Anordnung in der *dariza* und den berberischen Varietäten in Marokko, ganz im Gegensatz zur *foshā*, die in allen diesen Punkten als eine ganz andere Fremdsprache und obendrein nicht situativ gesteuert zu lernen ist, weil sie in praktischen Alltagssituationen nicht vorkommt.

Die soziokulturelle und sprachliche Situation marokkanischer Kinder in Deutschland

Die bereits in Marokko komplizierten sprachlichen Verhältnisse werden unter den Bedingungen der Migration durch die Dominanz des Deutschen überlagert und wirken sich auf die erste und zweite Einwanderergeneration in unterschiedlicher Weise aus.

Über 70% der marokkanischen Einwanderer in der Bundesrepublik stammen aus dem östlichen Rif, insbesondere der Provinz Nador, aber auch aus Oujda und Alhoceima. Die überwiegende Mehrheit dieser Gruppe ist berberophon und spricht die rifische Variante, Tarifit, als Muttersprache. Marokkanisches Arabisch sprechen darüber hinaus meist nur die Väter. In manchen Familien ist ein Elternteil berbersprachig, der andere arabischsprachig. In diesem Fall ist marokkanisches Arabisch die erste Sprache der Kinder. Die Mehrheit der ersten marokkanischen Generation in Deutschland ist weder im Hocharabischen noch im Deutschen alphabetisiert. Waltner's Befragung von marokkanischen Arbeitern bzw. Rückwanderern (nur Männer!) aus Deutschland nach ihren Kenntnissen in Hocharabisch ergab für die 1960er Jahre noch eine Analphabetenrate²⁸ von 69%, die 1978 auf 59% gesunken war.²⁹ Die

28 Dabei wird von dem Standardfall einer Alphabetisierung in Arabisch in der Grundschule ausgegangen.

Schriftkenntnis der ersten Generation liegt damit noch unter dem Landesdurchschnitt für Marokko. Noch geringer sind die Schreib- und Lesekenntnisse im Deutschen einzuschätzen. Im Unterschied zu Marokko, wo diese Situation für die Bevölkerungsmehrheit gilt, bedeutet mangelhafte Literalität in Deutschland jedoch eine gravierende soziale Barriere, die auch die sprachliche Entwicklung der zweiten Generation beeinflusst.

Die fehlende Schriftkenntnis vieler Eltern bedeutet in einem islamischen kulturellen Kontext nicht, daß die Kinder mit dem Hocharabischen überhaupt nicht in Berührung kommen. Vielmehr werden auch sie durch religiöse Praktiken in formelle Sprachregister und einen besonderen Umgang mit dem geschriebenen Wort eingeführt.³⁰ Das islamische Gebet, dessen Bewegungsablauf genau eingehalten werden muß und das die Eltern auch zu Hause verrichten, folgt einem vorgeschriebenen hocharabischen Wortlaut; kalligraphische Koranzitate schmücken viele Wohnzimmer. Auch wenn niemand die Zeichen lesen kann, werden sie als unmittelbares Wort Gottes verehrt. Daneben taucht gesprochenes Hocharabisch in der Familie nur noch in den Sendungen des marokkanischen Fernsehens bzw. auf arabischen Videokassetten auf, über die ein Großteil der marokkanischen Familien verfügt.³¹

Eine große Zahl der marokkanischen Kinder in Deutschland besucht eine Koranschule bzw. den muttersprachlichen Ergänzungsunterricht (MEU) in Arabisch. Letzterer wurde zunächst in den Ländern Nordrhein-Westfalen und Hessen ab Anfang der 1980er Jahre eingerichtet. In den ersten Jahren waren die marokkanischen Lehrer auf Lehrbücher aus Marokko und selbstentwickelte Lernhilfen angewiesen, bis im Rahmen eines Modellversuchs eigenes Unterrichtsmaterial entwickelt wurde, das sich an den Rahmenrichtlinien bzw. Empfehlungen der deutschen Schulbehörden orientiert.³²

Über die Funktionsweise und die Resultate des muttersprachlichen Unterrichts gibt es keine neueren Untersuchungen. Die Hospitationen von Mehlem 1993 bestätigen eine große Heterogenität der Lerngruppen bezüglich Alter und Arabischkenntnissen. Noch im 4. Schuljahr war die Alphabetisierung der Mehrzahl nicht abgeschlossen. Von 24 nach ihren Arabischkennt-

29 Peter Waltner, Migration und soziokultureller Wandel in einer nordmarokkanischen Provinz: Strukturen und kulturelle Aspekte der Aus- und Rückwanderung marokkanischer Arbeitskräfte vor dem Hintergrund von Unterentwicklung und wiedererwachsendem islamischen Selbstbewußtsein, Diss. Zürich 1988.

30 Trees Pels, Marokkaanse kleuters en hun culturele kapitaal. Opvoeden en leren in het gezin en op school, Amsterdam 1991.

31 Vgl. Mehlem, Zweisprachigkeit marokkanischer Kinder in Deutschland.

32 Eine kritische Besprechung des Modellversuchs aus berberischer Sicht gibt Mohamad Tilmatine, Arabisch und Berberisch: die marokkanischen Schüler und Schülerinnen im Spannungsfeld zwischen Staats- und Muttersprache, in: Deutsch lernen, 19. 1994, H. 2, S. 113-127.

nissen befragten Kindern konnte nur ein Junge die schriftliche Nacherzählung einer Bildergeschichte anfertigen (vgl. Text 5), zwei weitere waren imstande, einzelne Personen und Handlungen auf den Bildern auf Arabisch zu benennen und aufzuschreiben. Sieben Schüler schrieben ihren Vornamen auf Arabisch, zwei konnten arabische Wörter korrekt von der Vorlage abschreiben. Die übrigen 12 Schüler waren nicht in der Lage, Wörter in Hocharabisch zu schreiben.³³ Das schlechtere Abschneiden marokkanischer Schüler im (irreführend so genannten: ›muttersprachlichen‹ Arabischunterricht ist auch aus den Niederlanden bekannt und wird dort seit Jahren kontrovers diskutiert.³⁴

Warum besuchen marokkanische Kinder einen Unterricht, in dem sie eine weitere Fremdsprache lernen müssen, aus deren Gebrauch sie kaum Nutzen ziehen können? Neben der religiösen Bedeutung spielen auch die Erwartungen der Eltern und nationale Aspekte eine gewisse Rolle, allerdings deutlich weniger bei den Berbersprachigen. Ein Teil von ihnen erklärt, Arabisch besonders ungern zu sprechen und bricht den Besuch des MEU nach kurzer Zeit ab.³⁵ Die Forderung, für diese Gruppe Tarifit als Muttersprache zu unterrichten, stößt bei den Eltern jedoch meist auf Ablehnung.

Über welche sprachlichen Register marokkanische Kinder in ihren Herkunftssprachen verfügen, ist bisher noch nicht erforscht. Für den Erwerb von Schriftkultur sind hier formelle Register besonders wichtig, bei denen es auf die genaue Beherrschung eines bestimmten Wortlautes ankommt. So kennt natürlich auch der Islam im religiösen Bereich den Gebrauch der jeweiligen Herkunftssprache wie z.B. die Wechselgesänge von Männern und Frauen bei der Totenfeier (sadaqa).³⁶ Auch das nicht-formelle Stoßgebet (du`a) greift auf spontane muttersprachliche Formen zurück. Die Auslegung des Korantextes in der Freitagspredigt erfordert schon aus Gründen der Verständlichkeit beim Redner einen Rückgriff auf informelle Sprachregister, die in die formalisierte Rezitation der Koranzitate eingestreut werden. Außerhalb des religiösen Bereichs wird – auch in der Migration – eine Volkskultur gepflegt, bei der Dichtungen und Lieder in den Herkunftssprachen vorgetra-

33 Mehlem, *Spracheinstellungen und Sprachkompetenzen*, S. 174.

34 Rian Aarts/Jan Jaap de Ruiter/Ludo Verhoeven, *Turkish and Arabic Proficiency in a First and Second Language Environment*, in: Willem Fase/Koen Jaspaert/Sjaak Kroon (Hg.), *The State of Minority Languages. International Perspectives on Survival and Decline*, Amsterdam 1995, S. 75–96.

35 Mehlem, *Spracheinstellungen und Sprachkompetenzen*, S. 95–97.

36 Hiltrud Schröter, *Arabesken. Studien zum interkulturellen Verstehen im deutsch-marokkanischen Kontext*, Frankfurt a.M./Berlin/Bern 1997, S. 113–135.

gen und mit modernen kulturellen Stilen (des Aufnahmelandes bzw. der internationalen Jugendkultur) verbunden werden.³⁷

Als wichtigste Verständigungssprache spielt das Deutsche schon in der Familie eine beachtliche Rolle; seine Verbreitung wird insbesondere durch ältere Geschwister gefördert. Die außerhäusliche Umwelt ist fast ausschließlich deutschsprachig, je nach dem Grad, in welchem die Familie in ein marokkanisches Umfeld integriert ist. Bei marokkanischen Vereinen dominiert zwar das marokkanische Arabisch als übergreifende Verkehrssprache, doch sprechen Berberophone untereinander auch oft Rifisch. Bei den Berberophonen der zweiten Generation konnte Mehlem beobachten, daß sie das marokkanische Arabisch kaum noch beherrschten und daher mit marokkanischen Mitschülern arabischer Muttersprache Deutsch sprechen mußten.³⁸ Bei Urlaubsreisen nach Marokko berichtet ein Teil der berberophonen Schüler daher bereits über Verständigungsprobleme, oder es wird darauf hingewiesen, daß zur Verständigung ausschließlich Berberisch gebraucht wird.

Die für Marokko beschriebenen Prozesse der Herausbildung einer gemeinsamen Koiné von Arabisch- und Berbersprachigen greifen unter Migrationsbedingungen also nicht mehr. Zumindest in der zweiten Generation reduziert sich die mehrsprachige Ausgangssituation auf eine Zweisprachigkeit, bei der sich die häusliche Familiensprache und das Deutsche unvermittelt gegenüberstehen. Ein Vergleich mündlicher Nacherzählungen in den Muttersprachen und Deutsch ergab außerdem, daß bei den meisten befragten Kindern (4. bis 6. Jahrgangsstufe) das Deutsche bereits klar dominiert. In manchen Fällen war bereits eine irreversible Tendenz zum Sprachwechsel erkennbar.³⁹ Diese Tendenz kann auf eine problematische herkunftssprachliche Entwicklung zurückgeführt werden: Der Gegensatz von Hocharabisch und Muttersprache wird unter Migrationsbedingungen ebenso verschärft wie die Isolation der Familiensprache gegenüber der informellen Kommunikationssprache des außerhäuslichen Bereichs.

37 Roel Otten, *Quelques caractéristiques de la poésie des poètes rifains aux Pays-Bas*, in: *Université Mohamed V: La recherche scientifique au service du développement, Colloques et séminaires 22*, Rabat 1992, S. 147–161; s. auch oben der Hinweis auf die Musikkassetten, die selbstverständlich auch in der Diaspora kursieren.

38 Beispiele aus Mehlems Hospitationen in Dortmunder Schulen mögen diesen Sachverhalt illustrieren: Als er in einer Klasse marokkanische Kinder in marokkanischem Arabisch ansprach, mußte eine tunesische Schülerin für ihre berberophonen Klassenkameradinnen ins Deutsche übersetzen. In einer anderen Klasse wunderten sich die mehrheitlich berberophonen Schüler, daß ein arabophoner Mitschüler ebenfalls an der Befragung teilnahm. Sie hatten geglaubt, er sei Tunesier.

39 Mehlem, *Zweisprachigkeit marokkanischer Kinder in Deutschland*, S. 271–276.

Analyse von schriftlichen Texten marokkanischer Schüler in Deutschland

Über welche sprachlichen Ressourcen verfügen marokkanische Kinder in Deutschland? Dies soll im folgenden – im Unterschied zur bisherigen Forschung – anhand schriftlicher Texte in den Herkunftssprachen und Deutsch untersucht werden. Eine solche Analyse verspricht genaueren Aufschluß darüber, inwiefern die Kinder nicht nur kommunikativ über eine Sprache verfügen, sondern auch die sprachlichen Register beherrschen, die für den Schulerfolg entscheidend sind.

Eine Schwierigkeit dieses Vorgehens besteht darin, daß eine Gegenüberstellung von Texten in Deutsch und in Hocharabisch nur in extremen Ausnahmefällen möglich ist. Die Muttersprachen marokkanisches Arabisch und Berberisch werden in der Regel nicht geschrieben (s.o.). Um hier dennoch ein brauchbares Material zu erhalten, sollen die Kinder in einem geplanten Forschungsprojekt dazu ermutigt werden, ihre mündlichen muttersprachlichen Texte spontan in dem ihnen verfügbaren Schrift- und Orthographiesystem (in der Regel dem lateinischen Alphabet und nach den Regularitäten der deutschen Orthographie) zu verschriften. Daß dies möglich ist, soll an einem Text in marokkanischem Arabisch gezeigt werden (vgl. Text 6).

Der linguistischen Analyse der Texte liegt eine analytische Trennung zwischen den allgemeinen (universellen) Vertextungsstrukturen und ihrer formalen Gestaltung in jeweils verschiedenen einzelnen Sprachen zugrunde. Ausgangspunkt ist die Beschreibung der kommunikativen Funktionen nach den Erfordernissen einer bestimmten Diskursart (hier: des Erzählens), die mit bestimmten sprachlichen Mitteln realisiert werden können. Sprache wird also nicht mehr losgelöst von ihren Verwendungskontexten, sondern innerhalb bestimmter Diskursarten analysiert. Dabei steht die sprachlich-formal angemessene Gestaltung eines Textes im Mittelpunkt des Interesses.⁴⁰

Erzählungen eignen sich für eine vergleichende Analyse besonders gut, weil für sie die meisten sprachlichen Ressourcen gleichzeitig mobilisiert werden und nicht nur ein Teilbereich sprachlicher Aktivität beobachtet werden kann. Als weiteres Argument kommt hinzu, daß Erzählungen sowohl in Gemeinschaften mit überwiegend oralen Traditionen eine bedeutsame soziale Praxis darstellen, aber auch in solchen mit einer differenzierten Schriftkultur. Das Vorgehen soll im Hinblick auf drei Fragen verdeutlicht werden: 1. In welchem Grad zeigen die Texte die übergreifende Erzählstruktur? 2. Über

40 Als Modell für die geplante Untersuchung und auch schon für die folgenden Beispielanalysen dient ein Großprojekt an der Universität Berkeley, das mündliche Nacherzählungen von Bildergeschichten in fünf Sprachen und am Beispiel von vier Altersgruppen untersucht: Ruth A. Berman/Dan Isaac Slobin, *Relating Events in Narrative. A Crosslinguistic Developmental Study*, Hillsdale, N.J. 1994.

welche sprachlichen Mittel verfügen die Kinder in welchen Sprachen, um temporale Bezüge auszudrücken? 3. Wie führen die Kinder die Protagonisten der Handlung ein, wie verfahren sie bei Wechsel oder Aufrechterhaltung von Referenz?

Untersucht wurden sechs Texte von vier Schülern (Schüler 1–4), die eine Bildergeschichte mit sechs Szenen aus E.O. Plauen (Vater und Sohn - Der Fischfang) in schriftlicher Form nacherzählen; vier der Texte sind in Deutsch (Text 1–4), je einer in Hocharabisch (Text 5) und in marokkanischem Arabisch (Text 6).⁴¹

In Anknüpfung an Berman & Slobin⁴² werden folgende drei Hauptkomponenten der Handlung unterschieden: Die Exposition zeigt die beiden Protagonisten Vater und Sohn mit einem Kescher auf dem Weg zum Wasser. Damit ist zugleich das Handlungsziel vorgegeben, das den weiteren Verlauf strukturiert: der gemeinsame Fischfang. Die im 3. Bild gezeigte Szene markiert die Peripetie, den entscheidenden Wendepunkt der Handlung: Der Sohn weint, weil er nicht möchte, daß der Fisch geschlachtet wird. Der Vater, der schon das Messer gezogen hat, hält inne. Das 4. Bild zeigt die beiden wieder auf dem Weg zum Fluß, woraus sich das Resultat des 3. Bildes ergibt: Der Vater hat dem Sohn nachgegeben und zugestimmt, daß der Fisch wieder zurückgebracht wird. Die dritte Komponente der Handlung, die Pointe, wird im letzten Bild sichtbar: Der freigelassene Fisch wird von einem anderen gefressen. Vollständig erfaßt ist diese Handlungsstruktur nur dann, wenn alle drei Komponenten in der Erzählung auftauchen.

Eine Exposition findet sich in allen sechs Texten. Die meisten machen in einer modalen oder inzeptiven Handlungskonstruktion das Ziel der Akteure explizit, das sich nicht unmittelbar aus der Betrachtung des Bildes ergibt und zeigt, daß die Kinder gelernt haben, diese Bilder als Handlungsabfolge zu lesen. Am wenigsten deutlich ist hier der hocharabische Text, der nur eine partielle Bildbeschreibung vorlegt, die nicht direkt mit dem Folgenden verknüpft ist. Die Peripetieszene wird in fünf Texten in ihrer Struktur erfaßt, nur Schüler 2 verkennt die gegensätzlichen Absichten der beiden Akteure und die aus ihnen hervorgehende Lösung des Falles. Außer Schüler 3 greifen alle Schüler zum Mittel der Dramatisierung des Geschehens in einer Dialogszene, die den Wunsch des Sohnes und das Nachgeben des Vaters expliziert. Die abschließende Pointe dagegen findet sich nur bei vier Texten (Text 3–6). Die beiden anderen Texte schließen ohne überraschenden Effekt: Die beiden Schüler sind noch nicht ausreichend mit dem Genre (bzw. der gestellten Aufgabe) vertraut, als daß sie auf dem letzten Bild nach einer Pointe gesucht hätten, und übersehen deshalb den großen Fisch. Insgesamt entsprechen da-

41 Die Texte sind im Anhang abgedruckt.

42 Berman/Slobin, *Relating Events in Narrative*, S. 46.

mit nur vier Texte den Merkmalen von Nacherzählungen Neunjähriger, wie sie bei Berman & Slobin entwickelt sind. Auffällig ist, daß nur der deutsche, aber nicht der hocharabische Text von Schüler 3 alle drei Hauptelemente der Erzählstruktur umfaßt. Bei Schüler 4 bestehen hier zwischen dem deutschen und dem muttersprachlichen Text keine Unterschiede.

* * *

Für die *Kohärenz* einer Erzählung ist es zunächst entscheidend, daß ein dominierendes Erzähltempus gewählt wird. Dadurch wird der zeitliche Ablauf der Haupthandlung vom Standpunkt des Erzählers aus auf einer Zeitlinie situiert. Die temporale Verankerung wird in der Regel im Zeitraum der ersten Schuljahre erworben und ist bei Neunjährigen bereits voll ausgebildet.⁴³

Das Deutsche kennt den Modus des Erzählens im Präteritum (z.B. bei Märchen), doch ist das Präsens – zumindest im Mündlichen – die bei weitem häufiger gewählte Erzählzeit und dient nicht nur als Stilmittel zur Dramatisierung einer Handlung im Sinne des ›historischen Präsens‹. In den von Bamberg⁴⁴ analysierten deutschen Nacherzählungen von Bildergeschichten überwiegt das Präsens deutlich.

Das Verbalssystem des marokkanischen Arabisch ist dagegen bestimmt durch die Unterscheidung von zwei Aspekten, einen für abgeschlossene Handlungen bzw. Vorgänge (das Perfektiv, arabisch: *al-Mādī*) und einen für unabgeschlossene (Imperfektiv, arabisch: *al-Mudārī*). Die Situierung von Handlungen auf der Zeitachse erfolgt also nicht direkt durch die Verbform. Aufgrund der zentralen Bedeutung sequentieller und punktueller Ereignisse bei Erzählungen überwiegen Formen im Perfektiv. Auch Bos beobachtet bereits bei siebenjährigen marokkanischen Kindern, daß sie bei ihren Erzählungen überwiegend auf das Perfektiv rekurren, während marokkanische Kinder in den Niederlanden dies erst mit neun Jahren tun.⁴⁵ Die Formen im *Mudārī* sind dagegen äußerst selten. Bei jüngeren Kindern tauchen beide Formen nebeneinander auf.

In den vorliegenden vier deutschen Texten wählt Schüler 3 das Präsens zur temporalen Verankerung, die anderen drei dagegen das Präteritum. Bei den hier nicht weiter berücksichtigten mündlichen Texten war das Verhältnis noch umgekehrt. Im Schriftlichen halten also mehr Schüler den Gebrauch des Präteritums für angemessen als im Mündlichen, obwohl zumindest zwei von ihnen bei der Bildung dieser Formen noch erhebliche Schwierigkeiten haben. Häufigster Fehlertyp sind Übergeneralisierungen der regelmäßigen Präteritumbildung mit dem *t*-Morphem (*nehmten*, *schmeißten*).

43 Ebd., S. 70f.

44 Michael Bamberg, Development of Linguistic Forms: German, in: ebd., S. 189–238.

45 Petra Bos, Development of Bilingualism. A Study of School-age Moroccan Children in the Netherlands, Tilburg 1997.

In den beiden herkunftssprachlichen Texten wird das Perfektiv (*Madi*) fast durchgängig verwendet. Hier treten im Hocharabischen orthographische Unklarheiten auf, deren Ursache nicht eindeutig zu klären ist. Die Voranstellung des Alifs könnte dadurch motiviert sein, daß der im marokkanischen Arabisch verschwundene, aber im Hocharabischen obligatorische kurze Vokal in (*mafa:*) an der falschen Stelle (*am/a:*) eingefügt wurde. Möglich ist aber auch, daß das Alif vielen Verbformen obligatorisch vorangestellt wird, ohne daß es ausgesprochen wird.⁴⁶

Die konsequente Wahl eines durchgehenden Erzähltempus in den deutschen Texten zeigt, daß alle Schüler einen Entwicklungsstand erreicht haben, bei dem sie in der Lage sind, der Erzählung temporale Kohärenz zu verleihen. In den Herkunftssprachen wird dies durch die überwiegende Verwendung des perfektiven Aspekts zur Kennzeichnung abgeschlossener Handlungen sichergestellt.

* * *

Abweichende *Tempus*formen können in einer Erzählung unterschiedliche Funktionen erfüllen: Zur Beschreibung von Handlungen, die vor- oder nach der Referenzzeit passierten, gibt es in vielen Sprachen ein System der Zeitfolge. Auch der gleichzeitige Ablauf zweier Handlungen bzw. das sich Überschneiden von Handlungen unterschiedlicher Dauer kann durch unterschiedliche Tempora ausgedrückt werden. Hintergrundinformationen können durch die Wahl eines anderen Tempus von der Abfolge der Haupthandlungen abgesetzt werden.

In allen hier untersuchten Texten treten neben dem dominierenden Tempus/Aspekt auch andere Verbformen auf, deren Erscheinen unterschiedlich motiviert ist. Hierbei lassen sich folgende Bereiche unterscheiden:

Abhebung der Exposition von der Haupthandlung: Schüler 3 und 4 markieren in ihren deutschen Texten die Exposition durch eine Perfektkonstruktion mit inzeptivem, handlungseröffnendem Aspekt, denen im zweiten Satz dann der Übergang in die Erzählung mittels Präteritum folgt: »Herr Amara und sein Sohn wollen ein Fisch fangen Zum Mittagessen. Aber der Fisch war schwer zu schnappen.« (Text 2, Zeile 1–2).

Schüler 3 eröffnet seinen hocharabischen Text mit einem Partizip, das die Dauer einer Handlung hervorhebt. Die erste punktuelle Handlung »Fisch gefangen« steht dann im Perfekt. Aber auch die beiden anderen Expositionen sind durch temporale Bezüge hervorgehoben: Der marokkanische Text (Text 6) beginnt modal mit einem erweiterten Verb (»wollten«) und der Imperfektform »fangen«, was sich vom folgenden »sie gingen und fingen« diesmal durch modale Spezifizierung abhebt. Der deutsche Text von Schüler 3, Text 3, beginnt zwar mit dem für die weitere Handlung bestimmenden Präsens,

46 Wie es sich bei Verschriftungen der entsprechenden *dariza*-Form findet: /mfa/.

hebt aber das zweite Bild durch die Wahl des Perfekts von der vorausgehenden und den nachfolgenden Handlungen ab: »Papa Moll geht mit seinem Sohn angeln. Sie haben einen Fisch gefangen. Papa Moll geht nach Hause...«

Er schafft nach der Exposition einen zweiten Handlungskern, bei dem sich die Akteure schon wieder auf dem Heimweg befinden. Ob dies ein Fall von »vorausschauender Relevanz«⁴⁷ ist, bleibt aber zweifelhaft, da es keinen direkten Übergang zwischen den beiden Sätzen gibt.

Markierung gleichzeitiger Handlungen: Die für das Verständnis des Plots wichtigste Passage, in der ein Begriff gleichzeitiger Handlungen erforderlich ist, ist die auf Bild 3 gezeigte Peripetieszene. Der Beginn des Schlachtens und die Tränen des Jungen müssen als gleichzeitig gefaßt werden, da das Schlachten durch die Tränen des Jungen unterbrochen wird. Die Pointe ist gerade, daß das Schlachten des Fisches nicht zum Abschluß gebracht wird.

In den Texten von Schüler 4 wird die Gleichzeitigkeit der Handlungen (Beginn des Schlachtens und Weinen des Jungen) nicht durch Wahl verschiedener Tempora bzw. Aspekte, sondern durch modale Spezifizierung der ersten Handlung (Text 4: er wollte = Text 6: *bya*) mit den entsprechenden Erweiterungen (Imperfekt bzw. Infinitiv) gelöst. Text 3 setzt die modale Handlung zusätzlich ins Präteritum und hebt sie so von der Haupthandlung quasi als vorzeitig ab: »Papa Moll wollte den Fisch schlachten. aber der kleine Junge ist sehr traurig.« Im hocharabischen Text (Text 5) ist es umgekehrt die Handlung des Jungen: »*la yuhibb yaqtul as-samak*«, die ins Imperfektiv gesetzt wird; allerdings dürfte hierfür vor allem die Wahl der Negation »*lā*« ausschlaggebend sein, deren Gebrauch im Verbalsatz zwingend das Imperfektiv erfordert. Der Satz kann daher auch als bloße Fortsetzung der sequentiellen Darstellung verstanden werden. Allerdings führt hier der Gebrauch des Perfekts »*dabaha*«⁴⁸ zu der falschen Darstellung, daß der Fisch tatsächlich geschlachtet wurde.

Schüler 1 benutzt zur Markierung von Gleichzeitigkeit an zwei Stellen einen mit »*als*« eingeleiteten Temporalsatz; in der Peripetieszene wird damit allerdings nur ein weniger zentraler Aspekt der Handlung, die veränderte Lokalität, vom Fortgang der Handlung abgehoben. Dafür läßt er alle Hinweise auf die Vorbereitung des Schlachtens weg. Warum der Junge weint, muß der Hörer aus dem folgenden Dialogtext erschließen.

Einschub direkter Rede: Der Einschub direkter Rede ist vielleicht das wirkungsvollste Mittel, um die Komplexität der im 3. Bild dargestellten Peri-

47 Bamberg, *Development of Linguistic Forms*, S. 194.

48 Die Schreibweise im Text »*atbaha*« ergibt sich aus einer Unsicherheit bei der Übertragung des marokkanischen Lautes »*d*« (*dbeh*) ins Hocharabische, der drei verschiedenen Lauten entsprechen kann. Die Schreibung des Alif vor der eigentlichen Verbform wurde bereits weiter oben diskutiert.

petieszene wiederzugeben. Drei der vier Schüler (außer Schüler 3) und vier der sechs Texte (außer Text 3 und 5) machen von diesem Mittel Gebrauch. In den im Präteritum erzählten Texten wird auf diese Weise eine zweite Zeitebene eingezogen, die die aktuelle Sprechzeit der Protagonisten von der Erzählzeit auch formal deutlich abhebt. Dadurch werden auch neue zeitliche Bezüge möglich, in denen vom Standpunkt der Protagonisten noch un abgeschlossene Handlungen durch Imperativ oder Adhortativ markiert werden.

Die Einbettung der direkten Rede ist am vollständigsten in Text 1 und 4 gelöst, während bei Text 2 und 6 Formulierungen zu finden sind, die auf einen mündlichen Sprachgebrauch verweisen, bei dem der Kontext durch Betonung und Pausen die Eindeutigkeit der Bezüge sicherstellt, wie er im Schriftlichen nicht möglich ist.

Die Beispiele zeigen, daß Hintergrund und Gleichzeitigkeit durch verschiedene sprachliche Mittel realisiert werden können. Die Verwendung abweichender Tempora ist nur eine mögliche Variante; nicht weniger wichtig ist die Markierung von Modus und Aspekt der Handlung.

Die Bedeutung des Aspekts bei den temporalen Beziehungen deutscher und marokkanisch-arabischer Texte ist besonders hoch einzuschätzen, da sich die formalen Mittel der beiden Sprachen hierin besonders stark voneinander unterscheiden. Das Deutsche drückt Aspekt ausschließlich durch lexikalische Mittel aus, während dem Marokkanischen hierfür eine besonders reiche Palette von Konstruktionen zur Verfügung steht.

Zu beobachten ist zunächst, daß weder der hocharabische noch der marokkanisch-arabische Text von den größeren Ausdrucksmöglichkeiten der beiden Sprachen Gebrauch machen. Besonders der hocharabische Text wirkt in dieser Hinsicht sehr simplifiziert; die einzige Imperfektkonstruktion ist eher durch den Gebrauch der Negation ›lâ‹ bedingt, als daß sie eine un abgeschlossene, gleichzeitige Handlung vom punktuellen und sequentiellen Erzählerverlauf absetzen würde. Auch im marokkanischen Text ist es allein die unmarkierte Imperfektform ›n-redd-u‹, die neben zukünftiger Handlung auch Wiederholung konnotiert. Um so auffälliger ist, daß die beiden deutschen Texte dieser Schüler (Text 3, 4) im Unterschied zu den beiden anderen deutschen Texten (Text 1, 2) mehrere solche Markierungen aufweisen.

* * *

Die Einführung von *Akteuren* und die Eindeutigkeit des Bezugs in der Abfolge mehrerer Sätze ist ein weiteres unverzichtbares Element, um die Kohärenz einer Erzählung herzustellen. Bei Neunjährigen wird allgemein eine überdurchschnittlich häufige explizite Verwendung von Nomina beobachtet⁴⁹, was als notwendiges Übergangsstadium zu einer flexibleren Verwendung von Proformen im Sprachgebrauch von Erwachsenen gilt.

49 Berman/Slobin, Relating Events in Narrative.

Deutsch, marokkanisches Arabisch und Hocharabisch verfügen über die Möglichkeit, morphologisch die Bestimmtheit (oder Unbestimmtheit) einer Nominalphrase zu kennzeichnen. Das Deutsche kennt – außer den Demonstrativa – zwei unterschiedliche Proformen (*er* – *der*). Nur bei Aufrechterhaltung der Referenz bei mehreren Prädikaten in einem Satz darf das Subjekt ganz wegfallen (sog. ›Nullformen‹).⁵⁰ Die Proformen des marokkanischen Arabisch (*huwa* – *hada*) variieren nur nach dem Geschlecht männlich – weiblich und Singular und Plural; allerdings wird hier zwischen einer selbständigen Form zur Bezeichnung des Nominativs und einem Suffix für andere Positionen (*-u* bzw. *-h*) unterschieden. In Verbalsätzen braucht kein Subjekt ausgedrückt zu werden, da es bereits in der Verbform (nach Genus und Numerus) ausgedrückt ist.

In fünf Texten werden die beiden Hauptprotagonisten Vater und Sohn so eingeführt, daß der zweite durch seine Beziehung zum ersten durch ein Possessivpronomen – ›sein Sohn‹ (*walad-u*), ›sein Vater‹ (*bba-h*) – bereits definiert ist. Der jeweils erste Akteur ist durch einen Namen oder ein generell determiniertes ›*baba*‹ (Papa) markiert. Die Einführung von Protagonisten durch Indefinitpronomina, die im Korpus von Bos und auch bei den Texten der Neunjährigen bei Berman & Slobin⁵¹ bereits eine relativ große Rolle spielt, kommt in den vorliegenden Texten nur bei den beiden Fischen als Nebenrollen vor. Durch den Gebrauch von Eigennamen vermeiden die Kinder in den hier vorgestellten Texten den Gebrauch des unbestimmten Artikels zur erstmaligen Nennung eines Akteurs, ohne daß die Norm verletzt wird.

Bei den weiteren Referenzen auf Akteure im Text überwiegen die expliziten Benennungen: Von 81 Bezugnahmen auf Akteure in den deutschen Texten sind allein 46 Nomina oder Eigennamen und 22 Pronomina. In 13 möglichen Positionen fehlen Subjekte, u.a. in Sätzen mit mehreren Prädikaten, die in Text 2 zum Teil auch aber in obligatorischen Kontexten verwendet werden. Bei der Verteilung der Formen in den einzelnen Texten hebt sich Text 2 auch insofern deutlich ab, als hier nur sechs Nominalformen zehn Pronomina und sogar acht Verbformen ohne Subjekt gegenüberstehen. Der Schüler nimmt auch bei Referenzwechsel an vier Stellen keine Markierung der Referenz vor. Indem er für beide Akteure das Pronomen ›*sie*‹ verwendet, das eindeutig ist, weil keine anderen Akteure im Plural vorkommen, und öfter mehrere Handlungen aneinanderreihet, gelingt es ihm dennoch, seinem Text eine größere Flüssigkeit zu verleihen, während bei den drei anderen deutschen Texten Nomina verwendet werden, auch wenn kein Wechsel in der Referenz erfolgt, oder aufgrund einer umständlichen Erzählstrategie häufige Referenzwechsel mit entsprechenden Nomina notwendig werden, was

50 Vgl. Bamberg, Development of Linguistic Forms.

51 Berman/Slobin, Relating Events in Narrative, S. 223.

ihren Texten eine typische, auch bei Berman & Slobin an neunjährigen Schulkindern beobachtete übertriebene, ›pedantische‹ Explizitheit verleiht.

Auch in den arabischen Texten fällt das Übergewicht der expliziten Benennungen noch beträchtlich aus (20 von 36); der Anteil der Verbformen ohne Subjekt ist jedoch deutlich höher, da diese in Verbalsätzen grundsätzlich nicht mehr gesondert markiert werden müssen. Marginal sind Pronomina und tauchen nur als oblique Objekte in Präpositionalphrasen auf.

Erweiterungen der Nominalphrase um eine pronominale Kopie derselben (links oder rechts) sind im Unterschied zu den gesprochenen Texten äußerst selten (einziger Fall: eine rechts-Erweiterung in Text 4) und können daher als Spezifika gesprochener Sprache gelten⁵², die im Schriftlichen getilgt werden.

* * *

Die sechs vorgestellten Texte repräsentieren ein relativ breites Spektrum in der Verfügung über erzählerische Fähigkeiten und ihre Umsetzung in geschriebene Sprache. Den problematischsten Fall stellt Schüler 1 dar, der nur mit Mühe auf Deutsch einen konsistenten, lesbaren Text erfassen kann. Allerdings liegen auch bei ihm temporale Verankerung und explizite Referenz vor; zwei Hauptelemente der Erzählstruktur tauchen auf. Hintergrundmarkierungen in Temporalsätzen und Versuche, Objekt- bzw. Komparativsätze zu konstruieren, zeigen, daß der Schüler um einen differenzierten sprachlichen Ausdruck bemüht ist, aber bei seiner schriftlichen Realisierung scheitert. Ob hierfür auch seine abgebrochene herkunftssprachliche Entwicklung eine Rolle spielt, konnte nicht genauer untersucht werden. Im Interview zeigte der Schüler eine ausgesprochen starke Orientierung auf Deutsch und die deutsche Lebenssituation, während er seine Herkunftskultur eher distanziert beschrieb.

Schüler 2 verfehlt zwar die korrekte Wiedergabe des Handlungsbogens in zwei zentralen Punkten und ist auch in der Markierung der Referenz am wenigsten explizit, legt aber immer noch einen Text vor, der in seinen einzelnen Äußerungen nachvollziehbar ist. Der Einfluß gesprochener Sprache ist deutlich erkennbar. Sein Text enthält Normverstöße bei der Bildung der Präteritumsformen und bei der obligatorischen pronominalen Markierung. Schüler 2 beherrscht im Mündlichen seine Herkunftssprache, das marokkanische Arabisch, noch sehr gut und nimmt auch am MEU teil. Es gelang ihm aber nur, einzelne Wörter in Hocharabisch zu schreiben.

Die deutschen Texte der Schüler 3 und 4 entsprechen dagegen weitgehend den Erwartungen an schriftliche Nacherzählungen bei Neunjährigen. Alle Hauptelemente des Plots werden erkannt und sind im Text gestaltet. Hinweise auf Gemütszustände der Akteure und Markierungen des Hinter-

52 Ebd., S. 225f.

grunds fehlen nicht, auch die Aspektmarkierungen sind reichhaltiger als in den beiden ersten Texten. Beim Gebrauch der für die untersuchten Funktionen des Erzählens erforderlichen sprachlichen Mittel liegen keine Normverstöße vor.

Von den herkunftssprachlichen Texten dieser Schüler (Text 5, 6) läßt sich dies nicht behaupten. Insbesondere der hocharabische Text enthält eine Fülle von Normverstößen und ist in der Gestaltung einzelner Szenen am stärksten reduziert, auch wenn die Handlungsstruktur im Ganzen korrekt dargestellt ist. Daß Schüler 3 überhaupt in der Lage war, einen Text in Hocharabisch zu verfassen, muß als Sonderfall gewertet werden. Das stark religiös geprägte Elternhaus ist für die schon früh einsetzende Vertrautheit mit hocharabischer Schriftkultur verantwortlich. Außer dem MEU besuchte der Junge einige Jahre eine Koranschule. Auch im Interview bewertet der Junge seine marokkanischen Bindungen sehr hoch.

Recht elaboriert ist dagegen der muttersprachliche Text 6, der kaum von der deutschen Fassung (Text 4) abweicht und zeigt, in welchem Maße der Schülerin auch ihre Muttersprache als potentielle Schriftsprache zur Verfügung steht. Dies ist um so erstaunlicher, als sie keinerlei formellen Unterricht in ihrer Muttersprache (oder in Hocharabisch) genossen hat und aus dem Stand ein Verschriftungssystem für Laute entwickelt, die im Deutschen nicht vorhanden sind. Obwohl sie im Interview eine deutliche Orientierung am Deutschen und ihrer deutschsprachigen Umgebung zeigt, verfügt die Schülerin also noch über beachtliche Ressourcen in ihrer Muttersprache.

Während sich an dem Sonderfall von Schüler 3 zeigen läßt, daß sogar noch in dieser seltenen und für den Erwerb des Hocharabischen ausgesprochen günstigen Konstellation der Gebrauch dieser Sprache dennoch mit deutlich eingeschränkten Ausdrucksmöglichkeiten verbunden ist, erhellt aus dem verschrifteten marokkanischen Text von Schüler 4, daß auch die Herkunftssprache als Ressource eines schriftsprachlichen Registers dienen kann, obwohl sie nicht formal unterrichtet wurde. Es ist davon auszugehen, daß eine größere Zahl marokkanischer Kinder in Deutschland zu solchen Verschriftungen in der Lage sein werden als zum Gebrauch des Hocharabischen.

Deutlich wird aber auch schon aus diesem exemplarischen Befund, daß der Zugang zu den sprachlichen Ressourcen für diese marokkanischen Kinder in der Diaspora, in der sie abgeschnitten von der sprachlichen Dynamik des Heimatlandes aufwachsen (s.o. zur Ausbildung einer Koiné), anders strukturiert ist als bei ihren Altersgenossen in Marokko. Das genauer auszuloten wird Aufgabe des geplanten Forschungsprojektes sein.

Die so aufgezeigten sprachlichen Probleme der Kinder marokkanischer Immigranten in Deutschland und somit die Probleme der darauf abzustellenden pädagogischen Maßnahmen sind vor der Folie der im ersten Teil skizzierten Dynamik der Entwicklung der sprachlichen Verhältnisse in Marokko

zu sehen. Die Kinder wachsen hier abgekoppelt von dieser Dynamik auf; sie leben in der Spannung zwischen ihrer zumeist berberischen Familiensprache einerseits, die in der Diaspora gewissermaßen auf einen engen dialektalen Horizont regrediert, bestimmt von der Sprache der meist einsprachigen Mütter, und der Umgangssprache ihrer deutschen Umgebung (vor allem auch der Spielkameraden) andererseits. Die marokkanische *dariza*, ihre Entwicklung zu einer gesellschaftlichen Koiné, hat hier keinen Platz.

Spiegelverkehrt zu dieser Entfremdung von der gesellschaftlichen Entwicklung im Heimatland erfährt das literarische Arabische (die *fosħa*), wie es mit dem Qoran und auch im schulischen Ergänzungsunterricht gelehrt wird, eine symbolisch-emblematische Aufwertung. Das erklärt, daß es in Ausnahmefällen tatsächlich gelernt werden kann, wie das Beispiel des Schreibers von Text 5 zeigt. Aber in den überwiegenden Fällen bleibt der emphatische Bezug auf die vorgebliche arabische ›Muttersprache‹ imaginär, sind die Kinder damit (mit dem sog. ›muttersprachlichen Ergänzungsunterricht‹) überfordert. Die *fosħa* ist nicht nur eine nur schulisch zu lernende Sprache, wie sie es auch für die Altersgenossen in Marokko ist, sondern sie ist eine *fremde* Sprache, ohne alltägliche Anknüpfungspunkte, wie sie selbst noch im hintersten Dorf in Marokko nicht zuletzt durch die allgegenwärtigen Reklametafeln in arabischen Schriftzügen (etwa *Coca-Cola*, *Sprite*...) bestehen.

Die pädagogische Praxis und der sie artikulierende Diskurs über die Sprache dieser Kinder machen es sich in der Regel zu leicht, indem sie dieses Dilemma vereindeutigen: Die konservative Sicht, die von den offiziellen Institutionen des Heimatlandes gestützt wird, fokussiert allein die hochkulturell und religiös definierte Schriftsprache (orientiert an der *fosħa*) – und ignoriert weitgehend die reale Situation der Kinder; ›progressive‹ Pädagogen orientieren sich umgekehrt oft ausschließlich an deren Ausgangssituation, ihrer Familiensprache, und blenden damit die kulturellen Horizonte sowohl der arabischen ›Gemeinschaft‹ wie der sozialen Realität im Heimatland der Eltern dieser Kinder aus. Ein Ausweg aus diesem Dilemma wird nur um den Preis einer intensiven Erforschung sowohl der sprachlich-kulturellen Ressourcen der Kinder und ihrer Familien wie der bestehenden Barrieren gegenüber deren kulturellem Ausbau zu finden sein. Ziel dieses Beitrages ist es, einen Eindruck von der Komplexität dieser Aufgabe zu geben.

Anhang

Text 1:

Eines Tages fange Vater ein Fisch mit sanm sonnen.
der Junge war sehr fröhlich als sein Vater ein Fisch fangte
der Junge konnte so hoch spiegen (springen?) das er in den Mond
als sie nache hause kam Weinte der klein Junge und sagte: Vater, wer(f) den Fisch ins Meer
hinen
der sagte ja, wir werfen den Fisch ins Meer hinen
dan fante (??) Vater den ins Meer hinen.
Vater und Peter sachten (sahen) zu, der Fisch schwimmen her gete.
Vater und Sonnen gehen nach Hause.

Text 2:

Herr Amara und sein Sohn wollen ein Fisch fangen zum Mittagessen.
Aber der Fisch war schwer zu schnappen.
Aber trotzdem wollten sie ihn schnappen.
Und sie hatten in geschnappt und nehmten in mit.
Und waren glücklich.
Und wollte schneiden.
Und der Sohn sagte das sieht Lecker.
Der Vater sagte ist noch am Leben.
Und der sagte in schmeiß in weg.
Der ja das mach ich.
Gingen böse und schmeißten in weg.
Und waren froh.

Text 3:

Papa Moll geht mit seinem Sohn Angeln.
Sie haben einen Fisch gefangen.
Papa Moll geht nachhause
der kleine Junge ist schon neugierig.
Papa Moll wollte den Fisch schlachten, aber der kleine Junge ist sehr traurig.
Dann gehen die beiden zum Fluß zurück und werfen ihn ins Wasser.
Da Kamm ein großer Fisch und hat den kleinen Fisch gefreßen.
Papa Moll ist sehr traurig und sein Sohn auch.

Text 4:

Herr Jakop und Fritzchen sind angeln gegangen
und Plötzlich schnapte er ein Fisch.
Zusammen gingen sie zusammen nach Hause.
Als Vater den Fisch aufschneiden wollte, tat ihm der Fisch Fritzchen leit.
Fritzchen sagte bitte Vater laß uns den Fisch wider ins Wasser werfen
gut sagte der Vater
und sie gingen wieder in den See zurück.
Herr Jakop warf den Fisch ins waser
und auf einmal kamm ein Größere Fisch und aß den kleinen Fisch.

Text 5:

a) Reproduktion der Schülerschreibung

با با وا ولدو مننتين في البحر. وافبت لسمك كبير.
 ثم آمنش با با وا ولدو والو البيت. ثم أنتج السمك
 وا ولدو لا ينجو يفتك السمك. ثم آمنش للبحر وا نقل
 السمك. بگد سمك السمك الكبير وسر السمك التعبير

b) Umschrift (jeweils Zeile 1; morphologische Glossierung Zeile 2; Übersetzung Zeile 3)

ba:ba: wa waladu: mafiji:n fi: l-bahr
 Vater und Sohn-3S geh:PART.P in DEF-Meer
 Vater und sein Sohn gehen ins Meer

wa aqbata (qabada) li-samak kabi:r
 und fang:PF.3S zu-Fisch groß
 und er fing einen großen Fisch.

θumma amfa (mafa) ba:ba: wa waladu: ila l-bait
 Dann geh:PF.3S Vater und Sohn-3S nach DEF-Haus
 Dann gingen der Vater und sein Sohn nach Hause

θumma atbaħa (dabaħa) s-samak
 Dann schlacht:PF.3S DEF-Fisch
 Dann schlachtete er den Fisch

wa waladu: la: juħibb jaqtulu s-samak
 und Sohn-3S NEG lieb:IPF.3S töt:IPF.3S DEF-Fisch
 Und sein Sohn möchte nicht, daß er den Fisch tötet.

θumma amfi: li-l-bahr wa: atqala (atlaqa) s-samak.
 Dann geh:PF.3S zu-DEF-Meer und freilass:PF.3s DEF-Fisch
 Dann ging er zum Meer und ließ den Fisch frei.

baʿd dʒa:ʔa s-samak l-kab:ir wa sariħa s-samak s-sayi:r.
 Dann komm:PF.3S DEF-Fisch DEF-groß und verschling:PF.3S DEF-Fisch DEF-klein
 Dann kam der große Fisch und verschlang den kleinen Fisch.

Text 6:

a) Reproduktion der Schülerschreibung

Uahchen lueld u Bah urau j Gubdu uahehd
 lhuter mschau u kepdu uaheed huter
 fasch mschau ldarl ura Bain lueld jkeder hadig
 luter Okat vih hadik luter u galo hafek ab Bah
 nudushadik luter waeker fasch mschau rma
 hadih luter fel ma ca uaheed luhita kmira
 u klat hadike sreba

b) Umschrift (jeweils Zeile 1; vom Schüler intendierte *dariza*-Formen Zeile 2; morphologische Glossierung Zeile 3; Übersetzung Zeile 4)

Uahchen lueld	u Bah	urau	Gubdu	uahehd lhuter
wahəd l-wəld	u bba-h	bʏa-u	i-gəbd-u	wahəd l-huta
INDEF DEF-Junge	und Vater-3S	woll:PF.3P	fang:IPF.3P	INDEF DEF-Fisch

Ein Junge und sein Vater wollten einen Fisch fangen.

mschau	u	kepdu	uahed huter
mʃa-u	u	qəbd-u	wahəd l-huta
geh:PF.3P	und	fang:PF.3P	INDEF DEF-Fisch

Sie gingen und fingen einen Fisch

fasch	mschau	ldarl
fəʃ	mʃa-u	l-ɖ-ɖar
Dann	geh:PF.3P	zu-DEF-Haus.

Dann gingen sie nach Hause

ura	Bain lueld	jkeder	hadig luter
bʏa	bba-n-l-wəld	i-qəttəʃ	hadik l-huta
woll:PF.3S	DEF-Vater von-DEF-Jungen	schneid:IPF.3S	DEM-DEF-Fisch

Der Vater des Jungen wollte diesen Fisch schneiden

Pka-t	vih	hadik luter
bkat (!)	fi-h	hadik l-huta
wein:PF.3SF	über-3SP	DEM-DEF-Fisch

Er weinte um ihn dieser (!) Fisch

galo haferk ab Bah
gal-lu řafa-k a bba-h
sag:PF.3S bitte! VOK DEF-Vater
Er sagte zu ihm: Bitte, Vater!

nruđu hadik luter uacher
n-rədd-u hadik l-huta waxxa
zurückbring:IMP.1P DEM-DEF-Fisch einverstanden.
Laß uns den Fisch zurückbringen einverstanden

fasch mschau rma hadik luter fel ma
faj mřa-u rma hadik l-huta f-l-ma
Dann geh:PF.3P werf:PF-3S DEM-DEF-Fisch in-DEF-Wasser
Dann gingen sie Er warf diesen Fisch ins Wasser

ca wahed luhta kmira u klat hadik sreła
za wahəd l-huta kbira kla-t hadik řyir-a
Komm:PF3S INDEF-DEF-Fisch groß-F und ess:PF.3SF DEM-DEF-klein-F
Ein großer Fisch kam und fraß diesen kleinen Fisch

Die Autoren

Heiko Körner, Dr. rer. pol., Prof. für Volkswirtschaftslehre an der Technischen Universität Darmstadt, Mitgl. des Ausschusses Entwicklungsländer im Verein für Socialpolitik – Ges. für Wirtschafts- und Sozialwissenschaften; Publikationen zur Wirtschafts- und Gesellschaftspolitik, Weltwirtschafts- und Entwicklungspolitik sowie zur internationalen Arbeitsmigration, u.a.: Kolonialpolitik und Wirtschaftsentwicklung. Das Beispiel Französisch Westafrikas, Stuttgart 1965; Theoretische Grundlagen der Wirtschaftspolitik, Köln 1967; Dynamische Aspekte der außenwirtschaftlichen Stabilisierung, Göttingen 1970; Internationale Mobilität der Arbeit, Darmstadt 1990; Wanderungsbewegungen und ihre Ursachen: Nord-Süd-Wanderung, in: Friedrich-Ebert-Stiftung (Hg.), Zuwanderungspolitik der Zukunft, Bonn 1992, S. 33ff.; Arbeitsmarkt und Immigration, in: Albrecht Weber (Hg.), Einwanderungsland Bundesrepublik Deutschland in der Europäischen Union (IMIS-Schriften, Bd. 5), Osnabrück 1997, S. 85–93; Wanderungsbewegungen aus Nordafrika, in: Steffen Angenendt (Hg.), Migration und Flucht, Bonn 1997, S. 76–83.

Utz Maas, Dr. phil., Prof. für Allgemeine und Germanische Sprachwissenschaft an der Universität Osnabrück; Habilitation TU Berlin 1971 (Allgemeine Linguistik und Romanische Sprachwissenschaft); o. Prof. für Textwissenschaft, Univ. Roskilde (Dänemark) 1975; seit 1976 o. Prof. für Allgemeine und Romanische Sprachwissenschaft, Univ. Osnabrück, 1979 Änderung der Denomination in Allgemeine und Germanische Sprachwissenschaft; Mitglied des IMIS seit 1997; Gastprofessuren/Dozenturen, u.a. an der FU Berlin 1973/74, Univ. Paris VIII/St. Denis 1986, Univ. Hassan II Casablanca 1992, Univ. Sidi Mohammed Ben Abdellah Fes 1993/94, 1996, Ain Shams Univ. Kairo 1994/95, Monash Univ. Melbourne 1997. Publikationen zu Sprachtypologie und Sprachkontakt, Schrift/Orthographie, Fachgeschichte der Sprachwissenschaft, u.a.: Versuch einer kulturanalytischen Bestimmung ausländerpädagogischer Aufgaben, in: Deutsch lernen, 9. 1984, H. 1, S. 3–24; »Als der Geist der Gemeinschaft eine Sprache fand«. Sprache im Nationalsozialismus. Versuch einer historischen Argumentationsanalyse, Opladen 1984; Sprachpolitik und politische Sprachwissenschaft. Fünf Studien, Frankfurt a.M. 1989; Koverben im marokkanischen Arabischen, in: Zeitschrift für Sprachtypologie und Universalienforschung, 48. 1995, S. 239–274; Verfolgung und Auswanderung deutschsprachiger Sprachforscher 1933–1945, Bd. 1 (Einleitung, Biographische Artikel A–F), Osnabrück 1996; (zus. m. El-Sayed Madbouly Selmy u. Mostafa Ahmed Ahmed), Perspektiven eines typologisch orientierten Sprachvergleichs Deutsch-Arabisch/Arabisch-Deutsch, Kairo [1999]; Abriß einer funktionalen Phonetik des Deutschen. Eine Einführung in die Phonologie,

Opladen [1999]; *La koiné marocaine*, in: Jonathan Owens (Hg.), *Arabic as a Minority Language*, Berlin [1999].

Philip L. Martin, Ph.D., Prof. für Agrarökonomie an der University of California, Davis; Studium der Wirtschaftswissenschaften und Promotion an der University of Wisconsin, Madison (1975), Berater in Migrationsfragen bei politischen Körperschaften, Vorsitzender der Commission on Agricultural Workers, Leiter des Immigration and Integration Program der University of California, Herausgeber der ›Migration News‹. Publikationen zu Problemen der Arbeitswanderung, der Wirtschaftsentwicklung und der Einwanderungspolitik, u.a.: (Hg. zus. m. Demetrios G. Papademetriou), *The Unsettled Relationship. Labor Migration and Economic Development*, New York 1991; *Trade and Migration. NAFTA and Agriculture*, Washington 1993; (zus. m. David A. Martin), *The Endless Quest: Helping America's Farm Workers*, Boulder, Col. 1993; (Hg. zus. m. Wayne A. Cornelius u.a.), *Controlling Immigration. A Global Perspective*, Stanford 1994; (zus. m. Elizabeth Midgley), *Immigration to the United States: Journey to an Uncertain Destination*, Washington 1994; (zus. m. Jonas Widgren), *International Migration: A Global Challenge*, Washington 1996; *Guest Worker Policies for the Twenty-first Century*, in: *New Community*, 23. 1997, S. 483–494; *Germany: Reluctant Land of Immigration*, Washington D.C. 1998.

Ulrich Mehlem, Dr. phil., Islamwissenschaftler, Lehrbeauftragter am Institut für Islamwissenschaft der Freien Universität Berlin. Publikationen zur neueren Geschichte Marokkos und zur Situation marokkanischer Migranten in der Bundesrepublik, u.a.: *Der Kampf um die Sprache – Die Arabisierungspolitik im marokkanischen Bildungswesen*, Saarbrücken/Fort Lauderdale 1989; *Die marokkanische Gemeinschaft in der Bundesrepublik Deutschland*, in: Berliner Institut für vergleichende Sozialforschung (Hg.), *Ethnische Minderheiten in Deutschland. Arbeitsmigranten – Asylbewerber – Ausländer – Flüchtlinge – Regionale und religiöse Minderheiten – Vertriebene – Zwangsarbeiter*, Berlin 1996, 4. Lieferung, 3.1.14.1-31; *Typologie sociolinguistique d'élèves marocains en Allemagne*, in: Mohamed Tilmatine (Hg.), *Enseignement des langues d'origine et immigration nord-africaine en Europe: Langue Maternelle ou langue d'Etat?*, Paris 1997, S. 141–160; *Zweisprachigkeit marokkanischer Kinder in Deutschland. Untersuchungen zu Sprachgebrauch, Spracheinstellungen und Sprachkompetenzen marokkanischer Kinder in Deutsch, marokkanischem Arabisch und Berber (Masirisch) in Dortmund*, Berlin/New York/Bern 1998.

Kiyoko Sakamoto, Associate Prof. für Europäische/Amerikanische Kultur an der Staatlichen Universität Yokohama; Studium der Geschichte und Philosophie in Tokio und Frankfurt a.M., Dozentin (1992) und Ass. Prof. an der Univ. Yokohama (seit 1994), Lehrbeauftragte für Philosophie an der Komazawa Univ. Yokohama (seit 1998); Forschungsaufenthalte am IMIS 1995 und 1997/98. Publikationen zur deutschen Geschichte und Philosophie, u.a.: Die Konstruktion der ›Nation‹. Ein Re-Interpretationsversuch der »Reden an die deutsche Nation« von Fichte, in: *Area Studies*, 1. 1990, S. 59–80; ›Freiheit‹ und ›Vaterland‹. Der Wandel der Leitideen in der Urburschenschaft, in: *Area Studies*, 3. 1991, S. 95–123; ›Staat‹ und ›Nation‹. Zur nationalen Identität beim jungen Hegel, in: *The Humanities – Journal of the Yokohama National University*, section 1, no. 39, 1993, S. 1–16; Das Motto »Deutschland in Europa« als nationaler Legitimationstext, in: *Textstudien*, 1. 1996, S. 41–52; Einheimische und Fremde in Japan: Historische Entwicklungslinien und aktuelle Probleme (Veröffentlichungen der Forschungsstelle Japan, Univ. Osnabrück, Nr. 1), Osnabrück 1998.

Dietrich Thränhardt, Dr. rer. soc., Prof. für Politikwissenschaft an der Westfälischen Wilhelms-Universität Münster, Gastprof. an der International Christian University, Tokio 1990/91. Veröffentlichungen u.a.: (Hg. zus. m. Simone Wolken), *Flucht und Asyl. Informationen, Analysen, Erfahrungen aus der Schweiz und der Bundesrepublik Deutschland*, Freiburg i.Br. 1988; *Ausländerinnen und Ausländer in Nordrhein-Westfalen. Die Lebenslage der Menschen aus den ehemaligen Anwerbeländern und die Handlungsmöglichkeiten der Politik* (Landessozialbericht, Bd. 6), Düsseldorf 1994; (Hg. zus. m. Robert Miles), *Migration and European Integration. The Dynamics of Inclusion and Exclusion*, London 1995; (Hg.), *Europe – A New Immigration Continent. Policies and Politics in Comparative Perspective*, 2. Aufl. Hamburg 1996; *Geschichte der Bundesrepublik Deutschland 1949–1984*, erw. Neuausg. Frankfurt a.M. 1996; (Hg.), *Japan und Deutschland in der Welt nach dem Kalten Krieg*, Münster 1996; (zus. m. Hans Dietrich von Loeffelholz), *Kosten der Nichtintegration ausländischer Zuwanderer. Gutachten im Auftrag des Ministeriums für Arbeit, Gesundheit und Soziales des Landes Nordrhein-Westfalen*, Düsseldorf 1996; (Hg.), *Einwanderung und Einbürgerung in Deutschland: Jahrbuch Migration 1997/98*, Münster 1998.

SCHRIFTEN DES INSTITUTS FÜR MIGRATIONSFORSCHUNG UND INTERKULTURELLE STUDIEN DER UNIVERSITÄT OSNABRÜCK

(**IMIS-SCHRIFTEN**), herausgegeben vom Vorstand des Instituts

- 1 Klaus J. Bade (Hg.), Migration – Ethnizität – Konflikt. Systemfragen und Fallstudien, Osnabrück 1996, 458 S. (ISBN 3-930595-36-2)
- 2 Adolf Wennemann, Arbeit im Norden. Die Italiener im Rheinland und Westfalen des späten 19. und frühen 20. Jahrhunderts, Osnabrück 1997, 224 S. (ISBN 3-930595-37-0)
- 3 Klaus J. Bade (Hg.), Fremde im Land. Zuwanderung und Eingliederung im Raum Niedersachsen seit dem Zweiten Weltkrieg, Osnabrück 1997, 336 S. (ISBN 3-930595-39-7)
- 4 Eberhard Eichenhofer (Hg.), Social Security of Migrants in the European Union of Tomorrow, Osnabrück 1997, 135 S. (ISBN 3-930595-38-9)
- 5 Albrecht Weber (Hg.), Einwanderungsland Bundesrepublik Deutschland in der Europäischen Union. Gestaltungsauftrag und Regelungsmöglichkeiten, Osnabrück 1997, 384 S. (ISBN 3-930595-84-2)
- 6 Michael Bommers/Jost Halfmann (Hg.), Migration in nationalen Wohlfahrtsstaaten. Theoretische und vergleichende Untersuchungen, Osnabrück 1998, 309 S. (ISBN 3-932147-20-0)

STUDIEN ZUR HISTORISCHEN MIGRATIONSFORSCHUNG (SHM)

herausgegeben von Klaus J. Bade

- 1 Volker Ackermann, Der »rechte« Flüchtling. Deutsche Vertriebene und Flüchtlinge aus der DDR 1945-1961, Osnabrück 1995, 318 S. (ISBN 3-930595-32-X)
- 2 René Del Fabbro, Transalpini. Italienische Arbeitswanderung nach Süddeutschland im Kaiserreich 1870-1918, Osnabrück 1996, 320 S. (ISBN 3-930595-40-0)
- 3 Axel Lubinski, Entlassen aus dem Untertanenverband. Die Amerika-Auswanderung aus Mecklenburg-Strelitz im 19. Jahrhundert, Osnabrück 1997, 328 S. (ISBN 3-930595-41-9)
- 4 Hannelore Oberpenning, Migration und Fernhandel im »Tödden-System«. Wanderhändler aus dem nördlichen Münsterland im mittleren und nördlichen Europa des 18. und 19. Jahrhunderts, Osnabrück 1996, 424 S. (ISBN 3-930595-34-6)
- 5 Uwe Reich, Aus Cottbus und Arnswalde in die Neue Welt. Amerika-Auswanderung aus Ostelbien im 19. Jahrhundert, Osnabrück 1997, 272 S. (ISBN 3-930595-42-7)
- 6 Piet Lourens/Jan Lucassen, Arbeitswanderung und Berufsspezialisierung. Die lippischen Ziegler im 18. und 19. Jahrhundert, Osnabrück 1998, ca. 200 S. (ISBN 3-930595-58-3)